Mittwoch, 12. Februar 1986 - D * * *

Azel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 ... Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 36 - 7.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Affäre Antes: Der frühere Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Antes, der im Zusammenhang mit der Berliner Bestechungs- und Parteispendenaffäre seit November 1985 in Untersuchungshaft sitzt, ist aus der CDU ausgetreten.

Westland: Die Bundesmarine hat beim britischen Hubschrauber-Hersteller fünf Helikopter im Wert von 67 Millionen Mark bestellt. Der Auftrag wurde einen Tag vor der heutigen Westland-Hauptversammlung bekanntgegeben, die über das Beteiligungsangebot des US-Herstellers Sikorsky entscheiden soll.

Hamburg: Als Termin für die nächste Landtagswahl hat der Senat der Hansestadt den 9. November 1986 festgelegt.

Terror: Der republikanische Politiker und ehemalige Bürgermeister von Florenz, Lando Conti, ist von den „Roten Brigaden" ermordet worden. Die Mörder hinterließen am Tatort eine „Resolution" dieser Terrororganisation.

Menschenrechte: Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International (ai) hat die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua angeprangert. Dafür seien sowohl die regierenden Sandinisten als auch die gegen sie kämpfenden „Contras" verantwortlich, heißt es in einem gestern veröffentlichten Bericht.

Polen: Die Verleumdungsklage gegen Arbeiterführer Lech Walesa ist am ersten Prozeßtag wieder fallengelassen worden. (S. 10)

Libyen: Die USA haben die Flugzeugträger „Saratoga" und „Coral Sea" zu neuen Manövern in die Gewässer nördlich der libyschen Küste entsandt. Die Übungen sollen bis Samstag dauern, verlautete aus dem US-Verteidigungsministerium.

Haiti: Die nach dem Sturz des Präsidenten Jean-Claude Duvalier gebildete Junta hat demokratische Wahlen versprochen, ohne allerdings einen Termin zu nennen. Außerdem soll eine Verfassung ausgearbeitet werden. Im letzten Teil der WELT-Serie Haiti beschreibt Werner Thomas heute die Rolle der USA beim Umsturz. (S. 6)

Abberufen: Oleg Trojanowski, UNO-Botschafter der UdSSR, ist nach Angaben eines Sprechers der sowjetischen UNO-Mission in New York nach neunjähriger Tätigkeit abberufen worden. Über den Grund der Ablösung des 67jährigen Botschafters teilte der Sprecher nichts mit.

Moskau: Andrej Alexandrow-Agentow, seit 20 Jahren persönlicher Berater des jeweiligen Parteivorsitzenden, ist „in den Ruhestand" getreten, erklärte gestern ein Sprecher des Zentralkomitees gegenüber AFP.

WIRTSCHAFT

Steuerbelastung: Der Bund der Steuerzahler schätzt die heimlichen Steuererhöhungen für die Zeitspanne von 1981 bis 1985 auf rund 50 Milliarden Mark. Die Steuersenkung Anfang 1986 von rund zehn Milliarden Mark habe lediglich zwei Drittel der heimlichen Steuererhöhungen allein des vergangenen Jahres ausgemacht. (S. 11)

BDI: Der Spitzenverband der deutschen Industrie soll eine vierköpfige Hauptgeschäftsführung erhalten, die zusammen mit Siegfried Mann und seinem Stellvertreter Karl Peiffer von den Hauptabteilungsleitern Eckart John von Freyend und Kurt Steves gebildet wird. (S. 11)

Ölpreis: Die britische Ölförderung in der Nordsee sollte nach Auffassung führender Opec-Minister um zwölf Prozent gedrosselt werden. Dies wäre, so die Opec-Experten, ein angemessener Beitrag Großbritanniens, die Stabilität am Weltölmarkt wiederherzustellen. (S. 12)

Börse: Bei schleppendem Umsatz waren die Kurse an den Aktienmärkten überwiegend gehalten. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 283,99 (284,28). BHF Rentenindex 105,466 (105,402). BHF Performance Index 101,042 (100,953). Dollarmittelkurs 2,3789 (2,3891) Mark. Goldpreis je Feinunze 335,80 (340,15) Dollar.

KULTUR

Raubdruck: Englands Verlegerverband ist nicht länger bereit, die jährlichen Millionen-Verluste hinzunehmen, und hat deshalb eine Initiative gegen die Raubdruck-Ritter gestartet. Er will die Regierungen mobilisieren, den Piratennationen der Dritten Welt den Entzug der Wirtschaftshilfe anzudrohen, falls geistiges Eigentum nicht respektiert werde. (S. 19)

Oper: Als Welturaufführung ließ die Wiener Kammeroper „Bohème 86", eine Rockoper nach Puccini, großsprecherisch ankündigen. Doch der alte Opern-Hit geriet in seiner neuen Verpackung nur zu einem netten Stückchen, einem Ulk nach Studententheater-Manier, einem harmlosen Ausflug in einen Disco-Schuppen. (S. 19)

SPORT

Tennis: Wimbledonsieger Boris Becker gewann sein erstes Spiel beim Turnier in Boca West gegen den Holländer Tom Nijssen mit 6:3, 7:5. Becker trifft nun auf Pavel Slozil (CSSR). Das Spiel findet heute abend kurz vor Mitternacht statt. (S. 8)

Ski Alpin: Maria Epple-Beck, Riesenslalom-Weltmeisterin von 1978, verkündete ihren Abschied vom alpinen Weltcup. Am Wochenende wird sie bei den deutschen Meisterschaften in Todtnau (Schwarzwald) zum letzten Mal an den Start gehen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Nasa: Abgesagt hat die amerikanische Weltraumbehörde die nächsten drei der für dieses Jahr geplanten Raumfährenflüge. Damit ist der 24. Juni der früheste Starttermin für den ersten Flug eines Shuttle nach der „Challenger"-Katastrophe vom 28. Januar.

Galen-Prozeß: Der wegen Betrugs und Untreue angeklagte Bankier Ferdinand Graf von Galen bleibt in Untersuchungshaft. Dies entschied gestern in einer Eilentscheidung der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft. Auch bei einer Kaution von zehn Millionen Mark, so die Richter, sei die Fluchtgefahr bei dem 50jährigen von Galen nicht gebannt. (S. 20)

Wetter: Heiter bis wolkig. Minus 5 bis 0 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Um 10.58 Uhr war Schtscharanski frei

Demonstrative Geste der USA in Berlin: Botschafter Burt holte den russischen Bürgerrechtler ab

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Unter den Augen der Weltöffentlichkeit fuhr gestern um 10.58 Uhr der sowjetische Bürgerrechtler Anatoli Schtscharanski (37) im Auto des US-Botschafters in Bonn, Richard Burt, in die Freiheit. Der Diplomat hatte den Regimekritiker demonstrativ in seinen Dienstwagen genommen, noch bevor die Agenten-Austauschaktion zwischen Ost und West an der Berliner Stadtgrenze begann. Damit stellten die USA klar, daß Schtscharanski „zu keiner Zeit und auf keine Weise" US-Agent gewesen sei, wie US-Sprecher Edward Harper später sagte.

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl begrüßten gestern in einer gemeinsamen Erklärung die Freilassung Schtscharanskis, den sie als einen „Gefangenen des Gewissens" bezeichnet hatten. Die Aktion sei das Ergebnis einer „engen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit", hieß es in der Erklärung.

SEITE 3:
Der Austausch

Moskau wollte bis zuletzt den Regimekritiker als „einfachen" Agenten austauschen. Er war in der Sowjetunion wegen angeblicher Spionage für die USA verurteilt worden und saß acht Jahre in Lagerhaft. Die amtliche „DDR"-Nachrichtenagentur ADN berichtete über den Austausch. Nach entsprechenden Vereinbarungen der beiden deutschen Staaten, der USA, der UdSSR, der Tschechoslowakei und Polens seien mehrere Personen ausgetauscht worden, „die durch die jeweiligen Länder inhaftiert worden waren. Darunter befanden sich mehrere Kundschafter." Mit diesem Ausdruck bezeichnet die „DDR" im offiziellen Sprachgebrauch eigene Agenten.

Insgesamt tauschten Ost und West neun Personen aus. Von westlicher Seite wurden das Ehepaar Karl und Hanna Koecher aus der CSSR, der sowjetische Computerspezialist Jewgenij Semljakow, der „DDR"-Agentenwerber Detlef Scharfenort sowie der polnische Agent Jerzy Kaczmarek abgeschoben.

Die fünf Frauen und Männer waren gestern morgen mit einer US-Sondermaschine aus der Bundesrepublik Deutschland kommend auf dem amerikanischen Militärflughafen Tempelhof gelandet. Dort nahm sie – wie bei einer ähnlichen Aktion im Juni 1985 – Erich Honeckers persönlich Beauftragter für humanitäre Fragen, der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, in Empfang. In einem langen Konvoi mit blauen Kombibussen der US-Air Force fuhr die Kolonne rund zwanzig Kilometer durch West-Berlin zur Glienicker Brücke.

Erst nachdem Richard Burt neben dem weißen Grenzstrich auf der Brücke den sowjetischen Bürgerrechtler in seinen Dienstwagen geleitet hatte, begann der Austausch. Die Formalitäten nahmen eine halbe Stunde in Anspruch. Sowjets und „DDR"-Grenztruppen erlaubten einem Bus der Air Force, über den Grenzstrich auf den zur „DDR" gehörenden Teil der Glienicker Brücke zu fahren, um das Gepäck der Exgefangenen auszuladen und aufzunehmen.

Schtscharanski flog unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin nach Frankfurt, wo ihn seine Frau Avital erwartete. Er hatte sie zuletzt vor zwölf Jahren gesehen. Von Frankfurt aus reisten beide in einer Sondermaschine nach Israel weiter. Israels Politiker nannten Schtscharanski „Symbol und Flaggenträger" des Kampfes der sowjetischen Juden für ihren Wunsch, nach Israel auszureisen.

In einem Kleinbus der US-Mission kamen Wolf-Georg Frohn und Dietrich Niestroj aus der „DDR" sowie der Tschechoslowake Jaroslav Javorski über die Grenzbrücke in die Freiheit. Als Journalisten den Fall Schtscharanski auf einer Pressekonferenz des sowjetischen Außenministeriums zu „internationalen Fragen" in Moskau ansprachen, sagte der stellvertretende Außenminister Wladimir Morosow, dies gehöre nicht zur Tagesordnung, und verließ den Saal.



Anatoli Schtscharanski nach seiner Freilassung auf der Glienicker Brücke in Potsdam zwischen Staatssekretär Ludwig Rehlinger (links) und dem amerikanischen Botschafter Richard Burt FOTO: DPA

DER KOMMENTAR

Risiko Marcos

FRITZ WIRTH

Es war, nach allem was wir wissen, keine reelle Wahl auf den Philippinen, doch es gab ein sehr reales Ergebnis. Mit Ergebnis ist nicht gemeint, was sich am Ende der Stimmenzählung als Resultat darstellt, das seine Glaubwürdigkeit verloren hat, gemeint sind politische Fakten: Der Anspruch des Ferdinand Marcos auf ein Mandat als Präsident und damit die Verlängerung seines Regimes.

Für die amerikanische Regierung sind der Verlauf und der Ausgang dieser Wahl eine Enttäuschung und ein Rückschlag. Die ersten vorsichtigen Kommentare des Weißen Hauses sollten nicht suggerieren, als habe mit dieser Wahl eine zähneknirschende Akzeptierung des Marcos-Regimes und seiner Politik stattgefunden. Die Reagan-Administration war lange vor dieser Wahl zu Marcos und seinem Regime auf Distanz gegangen. Es ist kaum vorstellbar, daß Art und Verlauf dieser Wahlen diese Distanz verringert haben. Marcos ist für Washington mehr denn je ein Ärgernis, eine Belastung und ein Sicherheitsrisiko.

Die USA befinden sich jedoch in einem schweren Dilemma. Es sind nicht so sehr historische Gründe, die sie veranlassen, sich für die Philippinen zu engagieren, sondern bedeutende militärstrategische Erwägungen, die nicht dadurch zu lösen sind, daß man die beiden amerikanischen Stützpunkte auf der Insel in andere Gebiete des Pazifiks verlegt.

Diese strategischen Erwägungen werden weitgehend die amerikanische Philippinen-Politik bestimmen. Das entscheidende Kriterium für Washington ist dabei nicht so sehr der Ausgang von Wahlen, sondern die Frage, was sie für die politische und wirtschaftliche Stabilität der Insel bedeuten. Daher das Festklammern des Weißen Hauses am einzigen Hoffnungsschimmer, den diese Wahlen offenbarten: Die Anzeichen eines starken Zwei-Parteien-Systems.

Für Washington geht es jetzt darum, zu verhindern, daß diese politische Rivalität, angeheizt und vergiftet durch „foul play" an den Wahlurnen, nicht in einen offenen Bürgerkrieg mündet. Das ist die Zielrichtung der gegenwärtigen Philippinen-Politik und das ist der Grund, warum die USA zur Stunde so behutsam zwischen den Fronten manövrieren.

Reagan dringt auf Reformen in Manila

Washington weist auf das starke Zweiparteiensystem hin / Aufruf zur Zusammenarbeit

wth. Washington

Präsident Reagan versuchte gestern, das Beste aus dem zu erwartenden Wahlergebnis auf den Philippinen und der Fortsetzung des Marcos-Regimes zu machen. Er wies auf das starke Zweiparteiensystem auf den Philippinen hin. „Ich halte das für gut", erklärte er in einem Interview mit der „Washington Post". „Es könnte der Beginn einer Antwort für ihre Regierungsform sein."

Zugleich rief Reagan beide Parteien auf den Philippinen zu einer engen Zusammenarbeit auf, wollte es jedoch nicht als eine Aufforderung zur Bildung einer Koalition verstanden wissen, wie er in demselben Interview betonte.

Reagan hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht Richard Lugar gesprochen, der die amerikanische Wahlbeobachtungs-Kommission auf den Philippinen leitete und im Laufe des späteren Dienstages dem Präsidenten und Außenminister Shultz über seine Erfahrungen berichtete. Er gab jedoch zu erkennen: „Wenn die philippinischen Bürger ihre Entscheidung getroffen haben, möchten wir mit ihnen und mit ihrer Regierung die gleichen historischen Beziehungen haben wie zuvor."

Es kann kaum Zweifel geben, daß der Bericht Senator Lugars sehr kritisch ausfallen wird. Lugar hatte bereits in Fernsehinterviews auf Manila „von „massiven Beweisen von Wahlbetrug" gesprochen, die ihm vorlagen.

Sollte, wie es nunmehr in Washington als sicher erwartet wird, Marcos

SEITE 5:
Marcos pocht auf Sieg

zum Wahlsieger erklärt werden, wird der Reagan-Administration, die seit langer Zeit unglücklich über seine Politik ist, nichts anderes übrig bleiben, als das Ergebnis zu akzeptieren. Es wird jedoch erwartet, daß sich schon in naher Zukunft der politische Druck Washingtons auf Marcos mit dem Ziel, ihn zu Reformen zu bewegen, verstärkt.

Washington wird Marcos vor allem auffordern, die Opposition in diesen Reformprozeß einzubeziehen. Reagan hatte bereits vor der Wahl klargemacht, daß – vorausgesetzt, die Mehrheit der Bürger auf den Philippinen akzeptieren diese Abstimmung als glaubwürdig – von diesem Reformprozeß das Ausmaß amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe abhängen wird.

Eine entscheidende Rolle bei diesem Hilfsprogramm wird in den nächsten Monaten der amerikanische Kongreß spielen. Die Erfahrungen jener Kongreßmitglieder, die die Wahlen beoachteten, lassen auf dem Kapitol in Zukunft erhebliche Schwierigkeiten für Marcos erwarten. Die Serie von Fernsehinterviews hat seiner Sache kaum genutzt.

Die darin versteckte Drohung des Staatschefs, daß er sich notfalls andere Verbündete suche, wird von der Mehrheit der Kongreßmitglieder nicht ernst genommen. Sehr ernst dagegen nimmt man in der Reagan-Administration und auf dem Kapitol die Gefahr, daß die wirklichen Sieger dieser Wahl die ständig wachsende Schar kommunistischer Guerrillas auf den Philippinen werden könnten.

Iran meldet Einnahme des Ölhafens Fao

DW. Teheran/Bagdad

Iranische Truppen sollen nach Angaben der Teheraner Nachrichtenagentur Irna nach mehrstündigen heftigen Gefechten den wichtigen irakischen Golfhafen Fao eingenommen haben. Fao liegt nur 100 Kilometer südostlich von Basra. Der Hafen ist der einzige Zugang Iraks zum Persischen Golf und damit bedeutsam für Bagdads Marine. Er liegt 20 Kilometer östlich der zu Kuwait gehörenden Bubiyan-Inseln.

Der irakische Informationsminister Lateef Jassem hat die iranische Meldung vom Fall Faos umgehend dementiert. Zugleich bestritt er die iranischen Angaben, im Zuge der Offensive hätten die Iraner die Insel Um-ul-Rasas 70 Kilometer nordwestlich von Fao erobert. In einem irakischen Militär-Kommuniqué wird allerdings eingeräumt, daß die Iraner einen „unsicheren" Brückenkopf Schatt el-Arab errichtet hätten. Iranische Verbände waren am Sonntag abend zu einer neuen Offensive im Krieg mit Irak angetreten.

Seite 5: Waffen aus aller Welt

Defizite am „Lernort Betrieb"

Führungskräfte werden nur unzureichend auf den technologischen Wandel vorbereitet

PETER PHILIPPS, Bonn

In der Bundesrepublik Deutschland wenden sowohl die Unternehmen als auch die Arbeitnehmer selbst inzwischen erhebliche zeitliche und finanzielle Mittel zur Weiterbildung auf. Doch das Ergebnis ist häufig unbefriedigend. Das unternehmernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat in der ersten Zwischenbilanz einer Untersuchung über den „Lernort Betrieb" jetzt ernüchternde „Defizite" festgestellt. Im Kern kritisiert die Analyse, die vom Bundesbildungsministerium in Auftrag gegeben worden war, daß dem zunehmenden Einsatz neuer Technologien zu wenig mit praxisorientierten Weiterbildungsangeboten entsprochen wird: „Die Möglichkeit zu höherer Qualifizierung und zu breiteren Tätigkeitsfeldern von Mitarbeitern beim Einsatz neuer Techniken ist in den Betrieben zwar angelegt, aber ein eindeutiger Trend zu höherer Qualifizierung des Personals ist nicht auszumachen."

Nach den aktuellen Zahlen stiegen die Ausgaben der privaten Wirtschaft für Weiterbildung je Erwerbstätigem von 80 Mark im Jahre 1972 auf 365 Mark im Jahre 1984. Insgesamt belief sich der Aufwand der Unternehmen für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter auf fast 38 Milliarden Mark brutto. Unter Berücksichtigung des Preisindex' für das Bruttosozialprodukt ergibt sich eine reale Erhöhung der Weiterbildungsausgaben um 160 Prozent. Doch nach dem Resümee des IW, das sich schwerpunktmäßig auf den Bereich der metallverarbeitenden Industrie bezieht, läuft zu viel nebeneinander her: „Die bislang zum Training angebotenen Maßnahmen müssen besser als bisher miteinander verknüpft werden."

Ein „bedeutendes Problempotential" hat das Wirtschafts-Institut insbesondere „in der Rollenverschiebung der Führungskräfte" ausgemacht, die nur unzureichend auf den strukturellen und technologischen Wandel vorbereitet werden. Zwar würden die Führungskräfte – die betrieblichen Meister wie auch das Management – „frühzeitig über den Einsatz neuer Techniken informiert, aber auf die Veränderung ihrer Rolle sind sie nur in den seltensten Fällen vorbereitet". Die neuen Technologien verlangen in den Unternehmen üblicherweise eine stärkere Dezentralisierung und Team-Führungsqualitäten, eine breitere, fachübergreifende Wissens- und Leitungspalette. Doch die Weiterbildung in den Betrieben ist immer noch zu stark allein „auf die Technik ausgerichtet" und zu wenig auf organisatorische und sozialpsychologische Komponenten.

Grundsätzlich fordert das IW, daß der „gesellschaftliche, strukturelle und technologische Wandel eine neue Standortbestimmung der Weiterbildung notwendig" mache. Dies bedeute, in einem ersten Schritt, die für die Weiterbildung „Verantwortlichen müssen mehr in Grundlagen und Didaktik geschult werden". Ein Schub in diese Richtung soll vom Kongreß „Beruf und Weiterbildung – Chancen und Perspektiven" ausgehen, der in zwei Wochen in Stuttgart u. a. von den Bildungswerken der deutschen Wirtschaft, dem IW, den Arbeitgeberverbänden und dem Didacta-Verband veranstaltet wird. Daß sich die Weiterbildungs-Investitionen für die Betriebe „rechnen", wird der Bosch-Aufsichtsratsvorsitzende Merkle vorführen.

Washington wendet sich gegen Gorbatschows Junktim

USA mahnen Termin für Gipfeltreffen an

SAD, Washington

Die amerikanische Regierung hat Moskau sanft ermahnt, sich endlich auf einen Termin für das geplante nächste Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow festzulegen.

Im vergangenen November, als sich Reagan und Gorbatschow auf zwei weitere Gipfelbegegnungen geeinigt hatten, war von der amerikanischen Seite ein Termin im Juni vorgeschlagen worden, gegen den die sowjetische Seite anfangs nichts einzuwenden hatte. Später brachten sie jedoch ein Datum im Herbst ins Gespräch.

Daran konnten wiederum die Amerikaner nicht interessiert sein. Im Herbst steckt Amerika mitten im Wahlkampf für die im November stattfindenden Kongreßwahlen. Ein Gipfeltreffen, noch dazu auf amerikanischem Boden, würde zu diesem Zeitpunkt nicht in die politische Landschaft passen.

Die Anmahnung eines Termins in Moskau kann jedoch auch als eine Art amerikanische Retourkutsche verstanden werden, als eine indirekte Antwort auf die Äußerungen, die Gorbatschow in der vergangenen Woche im Gespräch mit dem amerikanischen Senator Edward Kennedy gemacht hatte. Der sowjetische Parteichef hatte dabei versucht, ein Junktim zwischen Fortschritten bei der Ausarbeitung eines Abkommens über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Europa und einem Juni-Termin für die erneute Begegnung mit Präsident Reagan zu machen, wobei Gorbatschow die Frage stellte, welchen Sinn ein Treffen im Juni haben könne, wenn es nicht gelänge, ein Abkommen über die Mittelstreckenwaffen oder eine Vereinbarung über die Einstellung von Atomwaffentests abzuschließen.

Was die Terminbestimmung angeht, ist man in Washington allerdings alles andere als entgegenkommend: wenn der nächste Reagan-Gorbatschow-Gipfel nicht im Juni oder Juli stattfinden kann, dann ist er nach amerikanischer Ansicht für dieses Jahr gestorben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aus Gewissensgründen

Von Peter Dittmar

Diesmal war es anders. Zwar wurde allenthalben von einem „Agentenaustausch" gesprochen, aber die Realitäten gestern auf der Glienicker Brücke widersprachen dieser gefälligen Formel. Anatoli Schtscharanskij überquerte sie zuerst und allein. Erst danach fand der Agentenaustausch statt, bei dem der Osten drei, der Westen fünf Personen freiließ.

Diese deutliche Trennung ist ein Novum in dem schon längst *nicht mehr* neuen Geschäft zwischen Ost und West.

Bislang war der Westen froh, wenn es ihm nach langen Verhandlungen gelang, Gewissensgefangenen aus den kommunistischen Staaten im Austausch gegen überführte Spione zur Freiheit zu verhelfen. Die gravierenden Unterschiede, warum jemand im Osten und *warum jemand im* Westen verhaftet wurde, brachte man dabei nicht zur Sprache.

Seit gestern wissen wir, daß die westliche Seite bei solchen Verhandlungen zu zurückhaltend war. Man hat bislang das Interesse der Kommunisten an der Rückgewinnung ihrer Agenten zu gering eingeschätzt. Diesmal nun haben die Amerikaner und Deutschen auf einer deutlichen Trennung bestanden. Das spiegelt sich in der deutsch-amerikanischen Erklärung, in der Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan ihre Genugtuung ausdrücken, „die Freilassung von Anatoli Schtscharanski, der aus Gewissensgründen gefangengehalten wurde," erreicht zu haben.

Das spiegelt sich auch in der Mitteilung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN, die ihre Vier-Zeilen-Meldung über den Austausch mit dem Satz schloß: „Darunter befanden sich mehrere Kundschafter". Damit waren die Kommunisten also *gezwungen, einzugestehen, daß eben nicht alle Ausgetauschten* „Kundschafter" waren.

Über alledem darf freilich nicht vergessen werden: Schtscharanskij *ist zwar frei*, aber Sacharow muß weiter in der Verbannung leben, Anatoli Korjagin wurde gerade im Lager zu *einer zweijährigen Zusatzstrafe verurteilt, und die Zahl allein* der bekannten Gewissensgefangenen geht in der Sowjetunion in die Hunderte.

Der lachende Dritte?

Von Monika Germani

Sowohl Südafrikas regierende Nationale Partei als auch die Progressive Partei versuchen, die Scherben der vergangenen Woche einzusammeln. Während die Äußerungen Außenminister Pik Bothas ihn mit Sicherheit seinen Rang-Platz in der mächtigen Transvaal-Hierarchie gekostet haben, wurde die Position des konservativeren Erziehungsministers Willem de Klerk entscheidend gestärkt. Das kann sich eines Tages auf die *Nachfolge des Präsidenten auswirken.*

Wie reformfreudig Präsident Pieter Botha und seine Gefolgschaft am Kap auch sein mögen, Transvaal ist das wirtschaftliche Rückgrat des Landes. Hier wird Geld verdient, nicht im wirtschaftlich schwachen Kap, in Natal oder im von Unruhen *zerrissenen Ostkap. Doch die Reihen der Nationalen haben* sich erst einmal geschlossen, der Außenminister tritt nicht zurück, hinter verschlossenen Türen wird gekittet. Dagegen wird sich das Schicksal der Progressiven auf einer Sondersitzung der Parteispitze am Samstag entscheiden.

Sollte Colin Eglin, Vorgänger des überraschend abgetretenen Van Zyl Slabbert, dessen Nachfolger werden, ist die Einheit der Partei wohl gesichert; wenn auch Slabbert letztes Jahr Mühe hatte, seinen linken Flügel in der Parteilinie zu behalten, als der das Ende der allgemeinen Wehrpflicht fordern wollte.

Heißt der neue Parteiführer jedoch Alex Boraine, *so droht* die Parteispaltung. Zu stark sind seine und seiner Anhänger Sympathien zur radikalen UDF. Boraine will auch die Legalisierung des in Südafrika verbotenen ANC, was ebenfalls für einen Teil seiner Partei nicht akzeptabel ist.

Ob die Gegner dann selbst zur Nationalen Partei überwechseln oder als „Unabhängige" auf Wartestellung gehen, bleibt abzuwarten. Sicher ist, daß sich das Parteienspektrum in Südafrika dann gründlich verschieben wird. Die Nationale Partei spielt unter Botha längst die Rolle der United Party von Smuts, die linken Überreste der Progressiven würden dann eine ANC-nahe Politik befürworten. Doch mit dem Zerbrechen der Progressiven Partei würde sie ihre Position als offizielle Opposition verlieren. *Diese Rolle* fällt dann der kleinen Konservativen Partei unter Andries Treurnicht zu.

Kann man noch trauen?

Von Eberhard Nitschke

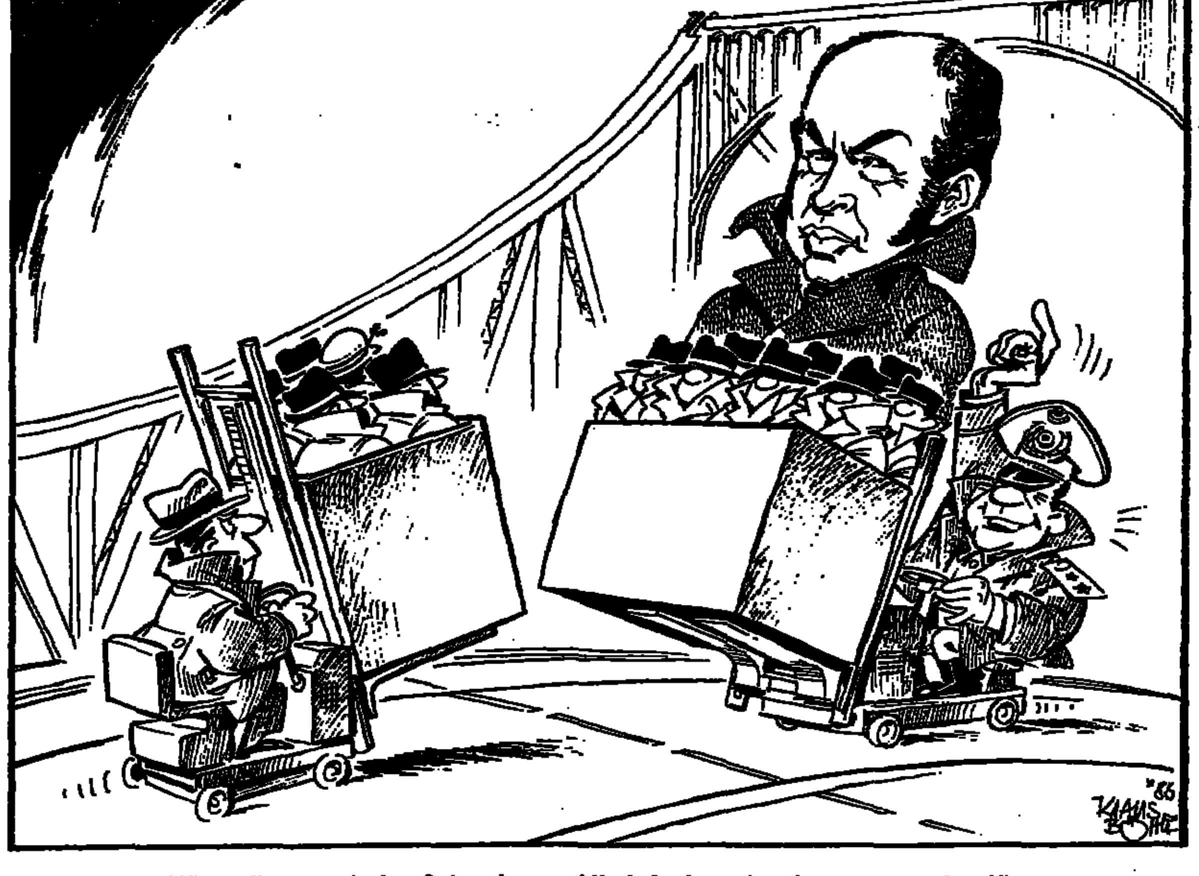
Kann man überhaupt noch jemand trauen? Die Frage hat ein Mann Gottes ausgelöst, der in seiner Großstadtgemeinde Düsseldorf eine Abneigung gegen die alte Eheschließungsformel „... bis daß der Tod uns scheidet" ausgemacht hat und statt dessen den Spruch „so lange es gutgeht" vorschlägt.

„*Heiraten, Engel, ist* wunderlich Wort! Ich meint, da müßt ich gleich wieder fort", dichtete Goethe in seiner Bruder-Leichtfuß-Epoche. Daß dem Poeten nun die Geistlichkeit nacheifert und sich wieder auf so anderem Felde reformatorisch betätigt, müßte folgerichtig auch den Lexikontext berühren, daß Ehe eine „auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft" ist. Man müßte folglich auf das altgermanische Sippenrecht zurückgreifen, das zur Frauenbeschaffung die Kaufehe, den Frauenraub und die sogenannte „Friedel-Ehe" kannte, die lösbare Verbindung mit einer „freien Frau".

Warum soll man einen Vorgang überhaupt noch an die große Glocke hängen, wenn sowieso, wie das bayerische Familienministerium bekanntgab, jede zweite der in München im vergangenen Jahr geschlossenen Ehen scheitert und vierzig Prozent der in ihnen geborenen Kinder nicht in Familien heranwachsen?

Die ernüchternde *Mitteilung* soll *wohl, folgt man* dem Vorschlag aus Düsseldorf, die Zeremonie unter dem Kreuz entsprechend versachlichen. Etwa nach dem Muster der ab 1876 im Deutschen Reich zulässigen Standesamt-Ehe, nach deren Vollzug der zuständige Beamte dem Brautpaar laut Vorschrift den feierlichen Satz zu sagen hatte: „Die Handlung ist nun geschlossen und steht Ihrer Entfernung nichts mehr im Wege." Im Vorraum könnten gerahmte Haussegen mit dem Sokrates-Text verteilt werden: „Heirate oder heirate nicht – du wirst beides bereuen." Immerhin war der Herr ja mit Xanthippe verheiratet.

Wollte sich eine *Institution mit* ihren Gebräuchen immer dem modischen Trend anpassen, weil sie vermeint, eine Grundstimmung frühzeitig zu erspüren, dann müßte tatsächlich auch die Kirche jede Form von „Lebensgemeinschaft" absegnen. Solange es gutgeht.



„Wir wollten euch den Schtscharanskij einfach zu den Agenten packen!" KLAUS BÖHLE

Die Angst vor dem Kind

Von Joachim Neander

Der junge Mann bietet ein Bild des Jammers. Er sitzt auf der Bettkante und schluchzt. Er hat sich sterilisieren lassen. Nicht, daß er es jetzt bereuen würde. Er hat alles mit seiner Frau gründlich diskutiert. Aber nun, auf dem wackligen Steg zwischen Narkose und realem Leben, wird ihm wohl erst so richtig klar, was es bedeutet: Nie ein eigenes Kind zu haben. Er ist noch keine dreißig.

Die Zahl der Fälle, in denen gerade junge Männer und Frauen sich freiwillig sterilisieren lassen, steigt sprunghaft an. Die Vermutung, hier sehe man wieder, wie bedenkenlos die Pop- und Disco-Generation sich dem bloßen Augenblicksgenuß hinzugeben bereit sei, ist falsch. Hinter dem den älteren Menschen so absurd und wahnwitzig scheinenden Entschluß, seine Fortpflanzungsfähigkeit schon in jungen Jahren und – zumindest bei den Männern – unwiderruflich preiszugeben, steckt oft eine gewisse Nachdenklichkeit. Man scheut die Versuchung, später bei einer ungewollten Schwangerschaft unter Umständen ungeborenes Leben töten zu lassen. Die Männer, die Gleichberechtigung ihrer Partne*rinnen ernst nehmend, wollen* ihnen die Last der ständigen Angst und Verantwortung abnehmen.

Es gibt sicher auch andere Fälle, beispielsweise Frauen, denen ihre Partner drohen, sie zu verlassen, wenn sie sich nicht sterilisieren lassen. Oder auch Ärzte, die bei einer Abtreibung der Einfachheit halber die Frauen geradezu überreden, gleich „reinen Tisch" zu machen. Aber gerade die Ernsthaftigkeit, mit der ein solcher Entschluß in vielen Fällen überlegt wird, rückt das Problem des dramatischen Geburtenrückgangs in ein neues Licht. Der Verzicht auf das eigene Kind ist nur zum Teil Kalkül. Die Angst vor dem Kind scheint Teile dieser Generation wie ein Wahn überfallen zu haben.

Darauf wird nicht nur eine (bisher noch nicht sichtbare) Therapie, sondern auch die Vorausschau Rücksicht nehmen müssen. Denn selbst die von manchen Politikern immer noch insgeheim erhoffte „schlagartige Veränderung der Einstellung" könnte ja nur noch bei den jungen Menschen eine relevante Wirkung haben, die sich den Weg zur Elternschaft nicht bereits endgültig verbaut haben. Die Chancen sind also wohl noch geringer als erwartet. Daß der Geburtenrückgang nur eines von vielen schwierigen Problemen der heutigen Zeit sei, von dieser Annahme muß sowieso bald Abschied genommen werden. Immer häufiger zeigt es sich, daß es fast kein soziales Problem mehr gibt, in das die demographische Entwicklung nicht entscheidend hineinwirkt. Sogar die Krise der Neuen Heimat läßt sich – neben Mißwirtschaft und gewerkschaftlicher Hybris – auf die blinde Fortschreibung (das Wort Wachstum paßt hier nicht, weil Wachsen etwas Natürliches ist) des Bedarfs und der Produktion von Wohnungen ohne Rücksicht auf die dazugehörigen Menschen zurückführen.

Die aktuelle Diskussion über die zeitliche Verzahnung von Schule, Wehrdienst und Studium bietet einen kleinen Vorgeschmack auf ähnliches in anderen Bereichen. Die Verlängerung von Wehr- und Ersatzdienst könnte die Bonner Koalitionsregierung gerade bei jungen Menschen mit Zukunftsenergie und Lebensoptimismus mehr Sympathie gekostet haben, als sie ahnt. Nicht, weil diese Generation grundsätzlich etwas gegen den Dienst am eigenen Land hätte. Aber immer öfter hört man die Frage, warum jetzt die Zwanzigjährigen es ausbaden sollen, daß ihre Väter und Mütter ihre Bungalows *abgezahlt und am Wohlfahrtsstaat* geputzt und gebastelt haben, statt mehr Kinder großzuziehen. In der Diskussion um die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik werden sich vermutlich bald Stimmen melden, die eine weit stärkere Heranziehung auch älterer Jahrgänge fordern.



Der wirkliche Reichtum: Besuch beim Jüngsten FOTO: VOLLMER

Es liegt eigentlich auf der Hand, daß in dieser Situation pathetische Appelle an die Jugend, doch ihrer Pflichten zu gedenken und für den nötigen Nachwuchs an Rentenbeitragszahlern wenigstens in der übernächsten Generation zu sorgen, Hohn ernten werden. Auch familienpolitische Programme, so nötig und hilfreich sie für die Betroffenen sein mögen, können hier nur begleiten, niemals aber die Wende der Einstellung bewirken.

Es kommt vielmehr darauf an, deutlich zu machen, daß ein Volk, das sein eigenes Aussterben nicht zu verhindern versucht, sich nicht nur wirtschaftlich, sozial und politisch, sondern auch psychologisch in einer Sackgasse befindet.

Mit immer neuen, immer dümmlicheren Theorien wird zum Beispiel versucht, die wachsende Isolation der älteren Menschen zu erklären. Das herrschende Gesellschaftssystem, der verfehlte Wohnungsbau, die Hartherzigkeit der Wirtschaftswundergeneration werden beschworen. Dabei ist das Ganze zunächst doch nur ein Rechenexempel. Wo vier rüstige Großelternteile sich um ein einziges Enkelkind bemühen, kann es gar kein vernünftiges Generationsverhältnis geben. Was sich da als „Mangel an Partnerschaft" aufführt, ist oft nichts weiter als ein Mangel an Partnern. Altenpfleger, Graue Panther, Seniorentanzabende und organisierte Altersfröhlichkeit sind doch nur ein fader Ersatz für das, was an lebendigem Kontakt mit den eigenen Kindern und Kindeskindern von selber entsteht, wenn man sich ein bißchen Mühe gibt.

Wer bewußt auf Kinder verzichtet, gibt ein Stück seiner selbst preis. Es mag Gründe dafür geben, eine Rechtfertigung gibt es im tiefsten Grunde dafür nicht. Daß es im Jahre 2030 vielleicht nur noch vierzig Millionen Deutsche in der Bundesrepublik geben wird, ist als Zahl an sich noch keine Katastrophe. Die Katastrophe ist, was diesem Staat auf dem Wege dahin alles noch passieren wird. Jeder einzelne wird es spüren.

IM GESPRÄCH Pater Anselm

Neuer auf dem Heiligen Berg

Von Peter Hornung

Die Straße führt nur wenig links neben der Klosterkirche von Andechs vorbei nach München-Riem. An klaren Tagen ist die mächtige Barockkirche zu sehen und der weitgefächerte Klosterkomplex. Der „Heilige Berg" wird Andechs seit Jahrhunderten genannt. Nach Jahrzehnten des Rückgangs der Wallfahrten mehrt sich wieder die Zahl der Pilger. Aber von den 1,2 Millionen Gästen jährlich kommt nur eine Minderzahl, um vor der kunstvollen, von einem Schüler des berühmten Dominikus Zimmermann geschaffenen Madonna zu beten. Es ist der dunkle, süffige Bock der Kloster-Brauerei, der die Besucher anzieht. Dazu kommen deftige Regensburger Würste und Käse, dessen Zutaten von den Mönchen streng geheimgehalten werden.



Das Kloster als Konzern: Pater Anselm FOTO: FRED SCHÖLLHORN

Das „Imperium" am Heiligen Berg schuf der jetzt abtretende 73jährige Pater Daniel. Ihn löst der 32jährige Pater Anselm aus St. Bonifaz in München ab. Zu St. Bonifaz zählt auch das Kloster Andechs.

Größere Gegensätze als die Benediktiner-Patres Daniel und Anselm sind kaum denkbar. Pater Daniel trat erst mit 43 Jahren, nach dem Tod seiner Frau, in den Benediktiner-Orden ein. Er war Amtsgerichtsrat in München und stand zur Beförderung zu einem der Vorsitzenden der Zivilkammern des Landgerichts München an. Im Kloster wirkte er geradezu anonym. Ein echter barocker Bayer ist dagegen Pater Anselm: „Ich bin nicht in den Orden eingetreten, um ein Manager zu werden. Doch für mich gilt auch die Ordensregel des Gehorsams. Ziemlich viel wirtschaftliches Wissen werde ich mir noch aneignen müssen. Pater Daniel war Jurist. Die meisten Manager sind Juristen. Ich bin bisher Kaplan gewesen."

Der junge Priester muß sich um 167 Mitarbeiter kümmern: Braumeister, Abfüller, Techniker, Landarbeiter, Kraftfahrer und Agrarexperten. Pater Anselm holte seine eigene Vergangenheit ein. Dem Vater gehörten eine Gaststätte und eine Metzgerei. Beides wollte er nicht übernehmen. Zu seiner Berufung sagt er kurz: „Gottes Wege sind wunderbar."

„Bis zu den fünfziger Jahren war das Kloster Andechs ein eher verschwiegener, örtlich geprägter Wallfahrtsort", erläutert Pater Anselm. „Pater Daniel machte es beinahe zu einem Konzern. Daran will ich nichts ändern. Aber ich möchte das klösterliche Gesamtwerk wieder stärker in das Bewußtsein rücken, möchte jedem Besucher deutlich machen, daß Kirche, Kloster und auch Bräustüberl eine Einheit bayerischer Lebensart sind."

Pater Anselm kann herzhaft lachen und ist seinem dunklen Bier nicht abgeneigt, das er jeden Tag überprüft, ob auch alle bayerischen Reinheitsgesetze erfüllt werden. Aber: „Eigentlich wollte ich meine theologischen Studien fortsetzen. Dabei hatte ich nicht den Ehrgeiz, Professor der Theologie zu werden. Es reizten mich einfach ganz bestimmte Themen in der Kirchengeschichte und in der Dogmatik." Und er ist entschlossen, sich trotz aller Managerarbeit nicht von seinen theologischen Studien abdrängen zu lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zur bayerischen Spendenaffäre meint sie:

Die sogenannten „Spiegel"-Enthüllungen sind fast gänzlich ein zur rechten Zeit wieder aufgetischter Kalauer. *Gewiß, die Vorwürfe sind stichhaltig* und offenbar bis auf wenige Fälle aktenkundig. Aber darum geht es ja wohl längst nicht mehr, und man kann dem Nachrichtenmagazin auch nicht soviel Dummheit anheften, daß seine Macher das nicht wüßten.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt kommentiert die Gerüchte um Reiseerleichterungen:

In Aussicht wird jetzt gestellt, daß die DDR-Behörden bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten „großzügiger verfahren". Bleibt anzumerken: Die DDR hat sich in der KSZE-Schlußakte zu einer solchen Freizügigkeit verpflichtet, handhabt ihre einschlägigen Kann-Bestimmungen jedoch äußerst willkürlich... Vor einer Reisegenehmigung studieren die Behörden die „Kaderakte", die jeden DDR-Bürger sein Leben lang begleitet... Wer auf Reisegroßzügigkeit hofft, tut jedenfalls gut daran, öffentlich Staatstreue zu demonstrieren, sich jeder Systemkritik außerhalb der privaten Nische zu enthalten und so die Obrigkeit bei Laune zu halten. Bei einer Berufsgruppe wird dies schon seit Jahren mit Erfolg praktiziert. Evangelischen Geistlichen werden äußerst großzügig Dienstreisen in den Westen geneh*migt, und da Pfarrer auch Menschen* sind, hat mancher die unterbewußte Selbstanfrage bereits verinnerlicht, ob man Reisemöglichkeiten wegen des einen oder anderen Konflikts mit dem Staat wirklich aufs Spiel setzen soll. *So deformiert das DDR-Regime* Menschen.

The New York Times

Sie kritisiert ungenannte Regierungskreise in Washington:

Nicht wenige in der Regierung üben sich bereits in Leisetreterei angesichts der offensichtlichen Wahlfälschung ... Die Bedrohung amerikanischer Interessen auf den Philippi*nen liegt in der Herrschaft von Mar*cos. Sie könnte ein mißbrauchtes Volk gegen die Demokratie und die Vereinigten Staaten aufbringen und es der ... kommunistischen Rebellenbewegung in die Arme treiben.

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt kommentiert das dänische EG-Papier:

Ums Überleben kämpft Poul Schlüters Minderheitsregierung in Kopenhagen. Die Volksbefragung am 27. Februar über die geplanten EG-Reformen droht zur innenpolitischen Zerreißprobe zu werden. Deshalb zauberte sie gestern ein „Geheimpapier" aus dem Hut, das die sozialdemokratische Fraktion als „Greuel-Propaganda schlimmster Art" beschimpfte. Die „Akte EG" entwirft nämlich ein verheerendes Szenario für die *Zeit nach einem Austritt* Dänemarks: ökonomische Krise „von den Ausmaßen der beiden Ölkrisen", starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, höhere Zinsen und massive Probleme in Landwirtschaft und Fischerei. Für *die Dänen war die EG bisher ein sau*beres Geschäft. Daß Poul Schlüter nun mit einem „Geheimpapier" Stimmung für sich machen will, ist nur ein logischer Schachzug.

Wenn man das Glück beim Staat einklagen möchte

Von der Leidensfähigkeit oder Sollten aus Kreuzen Schwerter werden? / Gastkommentar von Georg Huntemann

Die Passions- *beziehungsweise* Fastenzeit erinnert daran, daß das Symbol des christlichen Glaubens, das Kreuz, ein Marter- und Folterwerkzeug ist. Bei aller konfessionellen Vielgestalt besteht unter Christen Übereinstimmung darin, daß Leid und Kreuz Christi die Gottesfeindschaft dieser Welt offenbar gemacht haben und daß in der Nachfolge Christi aus der Schwachheit des Kreuzes die Kraft eines weltüberwindenden Glaubens erwächst.

In der modernen, sich gleichermaßen politisch und progressiv gebenden Neuchristlichkeit möchte man allerdings über Leid und Kreuz *in diesem* traditionellen Sinne nicht belehrt sein. Leiden und Kreuz zu tragen erinnert die Fortschrittsgläubigen in den Kirchen an die politisch passive Dulder- und Sklavenmentalität von „Onkel Toms Hütte". Aber so sollen nun Passion und Kreuz ganz und gar nicht verstanden sein – lieber das Kreuz so sehen, wie es schon im vorigen Jahrhundert Georg Herwegh verstanden und verkündet hat: „Reißt die Kreuze aus der Erden! Alle sollen Schwerter werden."

In flotten Sprüchen linkschristlicher Szenerie wird die „Leidensgeilheit" christlicher Existenz, die *zur politischen Abstinenz führe*, scharf verurteilt. Man erinnert sich in diesen Kreisen gern an Lenin: „Demjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn." Für Lenin war die Marxsche Charakterisierung des Christentums als Opium für das Volk noch zu milde. Er wollte das Christentum eher mit schlechtem Wodka verglichen sehen. Den „Opiumhimmel" wollen nun, ganz auf den Pfaden Marxscher Religionskritik, auch die Progressiven unter den Christen nicht mehr. An die Stelle der Passion tritt die Aktion.

Wenn Jesus gelitten habe, so habe er, argumentieren sie, als Revolutionär gelitten. Im übrigen – so meinen viele Theologen unserer fröhlichen Zeit, allerdings den Quellennachweis schuldig bleibend – habe Jesus gern gefeiert, gegessen und getrunken, habe auf Hochzeiten gar geschunkelt; man müsse überhaupt mehr einen lachenden und fröhlichen Jesus pro*klamieren.*

In der Tat sind Leiden und Leidensfähigkeit in dieser Gesellschaft keine tragenden Werte mehr. Jeder randaliert und protestiert, wenn ihm die Welt nicht mehr behagt. *Alles Leid soll* reparabel *sein*, möglichst politisch reparabel. Der Anspruch auf Glück ist beinahe ein einklagbares Menschenrecht geworden. Leiden meldet allenfalls Pannen, die sofort behoben werden *müssen. Von daher ist politisches*, revolutionäres oder progressives Christentum aus biblischer Perspektive nur der Gipfel eines Eisberges, der aus der Tiefe eines Lebensgefühles auftaucht, das satt vor Glück sein will.

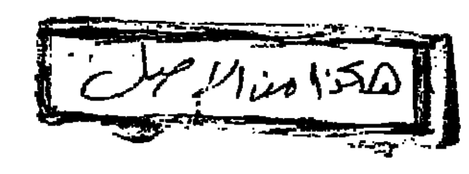
Wer heutzutage nach „Belastungsfähigkeit" gefragt wird, zeigt Verständnis. Wer auf seine „Leidensfähigkeiten" angesprochen würde, könnte heute wohl nur erschrecken oder ärgerlich reagieren. Die Belastungsfähigkeit hat mit den Nerven (das versteht jeder), die Leidensfähigkeit aber hat es mit der Religion und Metaphysik (und das verstehen nur wenige) zu tun.

Genau hier liegt das Dilemma. Denn es ist von unmittelbarer gesellschaftlicher wie auch von politischer Bedeutung, ob Leidensfähigkeit als ein Wert akzeptiert oder als Unwert verworfen wird. Lei*densfähigkeit im christlichen* Verständnis meint ja nicht ein marodes Dahinvegetieren oder ein dumpfes, willenloses Mit-sich-geschehen-Lassen. Leidensfähigkeit erkennt vielmehr Sinngehalte im *Leiden, die das Neue Testament so* ausdrückt: „... wir rühmen uns auch in den Trübsalen, weil wir wissen, daß die Trübsal Standhaftigkeit bewirkt, die Standhaftigkeit aber Bewährung, die Bewährung aber Hoffnung, die Hoffnung aber wird nicht zuschanden werden ..." Kann eine Gesellschaft, die sich behaupten will, auf solche Kräfte leidensfähiger Menschen verzichten?

Passion bedeutet nicht Passivität. Wer Zahnschmerzen hat, flüchtet nicht in eine Leidensmetaphysik; er geht zum Zahnarzt. Aber es gibt eben Grenzen unseres gesellschaftlichen und politischen Daseins, weil diese Welt – nach christlicher Auffassung – eine gefallene und unerlöste Welt ist.

Es ist eben nicht alles machbar, schon gar nicht auf politische Weise: Krankheit, Alter, Sterben, Einsamkeit, die vielen Lebenskrisen und Sorgen, Weltschmerz und unerfüllte Liebe sind weder durch Sozialisation noch durch steigendes Bruttosozialprodukt abzuschalten. Gegen eine Lebensverfehlung im *Ozean* von Gier und Angst gibt es keine politischen Programme. Im Konflikt mit der Wirklichkeit helfen weder Aggression noch Kapitulation, sondern Passion: Durch sinnerfülltes Leiden kann Auferstehungskraft *in das Leben einge*bracht werden, ohne die wir menschlich und damit auch politisch veröden würden.

Professor Georg Huntemann ist Pfarrer zu St. Martini in Bremen



Der erste Agentenaustausch im Rampenlicht – Bürgerrechtler Anatoli Schtscharanski nach acht Jahren Haft in Freiheit

Blick aus der Ferne auf ein Drama in zwei Akten

Von DIETER DOSE

Um 12.00 Uhr mittags sollte auf der Glienicker Brücke zwischen Berlin und Potsdam der seit einer Woche Schlagzeilen machende Agentenaustausch zwischen Ost und West und die Freilassung des sowjetischen Regimekritikers Anatolij Schtscharanski stattfinden. Doch zu diesem Zeitpunkt war an der Brücke über die Havel längst wieder Ruhe eingekehrt. Das Spektakel des Austausches ging 29 Minuten zuvor zu Ende.

In Windeseile löste sich der Pulk der rund 300 Journalisten – Kamerateams aus aller Welt, Fotoreporter, schreibende Reporter – auf. Einige von ihnen hatten tage- und nächtelang – bei bis zu minus 20 Grad – im Wohnwagen an der Brücke ausgeharrt.

Lang aber, sehr lang dehnten sich noch einmal die letzten Stunden vor dem Austausch. Schon bei Dunkelheit am Dienstag morgen setzte der Ansturm ein. Rund 50 Journalisten standen im Morgengrauen vor der 300 Meter von der Brücke entfernten Polizeiabsperrung; stundenlanges Warten einkalkuliert. Denn bekannt war, daß frühestens um 8.30 Uhr die „Schleuse" zum Einnehmen der endgültigen Standplätze geöffnet wurde.

Ehe die Sonne herauskam, herrschten Temperaturen um fünf Grad minus. Die Polizisten drücken noch beide Augen zu, wenn die Absperrungen überwunden werden, um von einer zur anderen Seite zu wechseln. Zum „Kaffeefassen" müssen die Sperrgitter sowieso überwunden werden: Ein Polizeiwagen bringt Kaffee, Tee und Würstchen. Spende des Berliner Journalisten-Verbandes für die Kollegen aus aller Welt.

Hektisches Treiben auf der westlichen Seite bestimmt die Szene. Jenseits des weißen Grenzstrichs, auf dem Gebiet der Stadt Potsdam, aber herrscht noch immer Friedhofsruhe. Weder „DDR"-Grenzposten noch Sowjets geben sich zu erkennen. Diesseits aber werden es immer mehr Polizeibeamte. Fast alle mit Sprechfunkgeräten, manche mit Maschinenpistolen ausgerüstet. Hundeführer sichern die Flanken des „Schlauches" für die Wagenkolonnen und die Journalisten. Die meisten Fotografen haben Leitern, andere – vor allem auch Kamerateams – hatten sich schon in den Tagen zuvor Podeste errichten lassen. Schon in der Nacht bevor die Absperrungen durchgeführt wurden, hatte eine amerikanische Fernsehgesellschaft mit Privatautos Parkraum blockiert. Morgens rollte dann ein gemieteter Skylift für die Kameraleute an.

10.10 Uhr: Die rotweißen Schranken auf der Westseite gehen hoch. Nur zwei Minuten später wird es auch drüben lebendig.

Das Drei-Klassen-System an der „Brücke der Einheit" – Offizielle und Sicherheitskräfte ganz vorn, Journalisten als Vertreter der Öffentlichkeit schon in gebührendem Abstand vom Geschehen, Zuschauer ganz hinten – soll strikt eingehalten werden. So wollen es zumindest die US-Sicherheitsoffiziere. Doch im Trubel um die besten Film- und Fotoplätze an der Absperrung bittet auch eine amerikanische Jüdin um Einlaß in die Pressezone. Das wird ihr mit barschem Ton erst einmal verwehrt. Doch eine halbe Stunde später erreicht sie ihr Ziel. Sie bleibt wohl die einzige „Privilegierte" unter den vielen privaten Zuschauern, die das Geschehen hinter der Absperrung verfolgen müssen.

Kurz vor dem Eintreffen der Wagenkolonne mit US-Botschafter Burt, dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel und Staatssekretär Ludwig Rehlinger aus dem Innerdeutschen Ministerium dürfen jenseits des breiten weißen Grenzstrichs auch zwei „DDR"-Augenzeugen aufmarschieren. Ein Kameramann montiert seine Kamera auf ein Stativ und justiert die ganze technische Angelegenheit mehrfach. Neben ihm postiert sich ein Volksarmist mit kompletter Foto-Ausstattung und nimmt auf, was die Linse hergibt.

Um diese beiden einsamen Außenposten an der Trennlinie zweier Systeme mitten auf der alten Schinkelbrücke kümmern sich wiederum zwei Offiziere der Volksarmee. Interessiert lugen die beiden Grenzer in die amerikanischen Busse und werden ihrerseits vom Objektiv eines Angehörigen der amerikanischen Armee erfaßt, der mit einer Handkamera das Geschehen aufnimmt. Vermutlich wurden im Osten die Filmaufnahmen für den internen Dienstgebrauch des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gemacht.

Auf der Potsdamer Seite der Brükke haben sich unterdessen – ungeachtet des noch am Vorabend ausgesprochenen Verbots durch das „DDR"-Außenministerium – mehrere westliche Korrespondenten eingefunden. Erst wenige Minuten vor dem Austauschakt gruppieren sich Stasi-Beamte vor der Zufahrt zur Brückenrampe. Rund 50 Potsdamer Bürger, durch zahlreiche westliche Fernsehvorberichte angelockt, beobachten die Szene. Vor dem Mauerbau bedeutete die Glienicker Brücke für die Bewohner der Berliner Schwesterstadt den „schnellsten" Zugang in den Westen – per pedes oder per Rad.

10.44 Uhr: Es ist soweit. Die Wagenkolonne (West) trifft ein: Funkwagen mit Blaulicht, der goldfarbene Mercedes mit „DDR"-Kennzeichen JS-59-72 des Ostberliner Rechtsanwalts Vogel, dahinter der Wagen mit dem amerikanischen Botschafter in der Bundesrepublik, Richard Burt. In zwei dunkelblauen Kleinbussen der amerikanischen Luftwaffe kommen die fünf vom Westen freigegebenen Ostblock-Spione.

Vor dem Grenzstreifen stellen sich die Militärbusse quer. Erster Akt auf der Brücke, in wenigen Minuten beendet: Anatolij Schtscharanski (dunkler Mantel, dunkle Pelzmütze) kommt über den Streifen, wird von Botschafter Burt begrüßt. Beide unterhalten sich kurz, der Fahrer wartet schon am geöffneten Wagenschlag. Dann steigt der Bürgerrechtler in den Wagen. Die erste Wagenkolonne verläßt die Brücke. Schtscharanski winkt den Journalisten zu.

Dann beginnt der zweite Teil der Prozedur. Anwalt Vogel und Staatssekretär Rehlinger erledigen die Formalitäten: Überprüfung der Identität der ausgetauschten Agenten. Fast eine halbe Stunde dauert das. Noch eine kurze Verzögerung gibt es, weil ein Wagen der amerikanischen Luftwaffe bis über die Brücke hinter den „DDR"-Schlagbaum fährt. Grund: Die ehemaligen Ostagenten haben jeweils mehrere Gepäckstücke bei sich. Die werden umgeladen.

Nach genau 46 Minuten ist das Spektakel vor den Augen der Weltöffentlichkeit beendet. Die in Richtung Militärflughafen Berlin-Tempelhof fahrende zweite Wagenkolonne ist noch in Sicht, da beginnt die Westberliner Polizei schon mit dem Abbau der Sperren. Die Schlagbäume auf beiden Seiten der Brücke öffnen sich nun wieder nur für Fahrzeuge der westalliierten Militärmissionen oder für in der „DDR" akkreditierte Diplomaten.



Blickpunkt Glienicker Brücke: Die ausgetauschten westlichen Agenten erreichen Berlin FOTO: AP

Viele einsame Jahre kämpfte Avital für ihren Mann

Von ARTHUR MAX

Avital Schtscharanski, die Frau des sowjetischen Bürgerrechtlers Anatolij Schtscharanski, hat elf Jahre lang unermüdlich für die Befreiung ihres Mannes aus der Haft gekämpft. Sie machte sich seine Ausreise in ihre neue Heimat Israel zur Lebensaufgabe, reiste durch zahlreiche Länder der Erde, trug ihr Anliegen Staats- und Regierungschefs vor, verfaßte Petitionen und trat in den Hungerstreik. Sie verfolgte ihr Ziel ohne Rücksicht darauf, daß ihr Einsatz nicht nur mit Wohlwollen aufgenommen wurde, sondern ihr auch Kritik eintrug. Die Entwicklung hat der heute 34jährigen recht gegeben.

Seit Anfang Februar die ersten Berichte über den bevorstehenden ost-westlichen Häftlingsaustausch in Berlin auftauchten und bekannt wurde, daß Schtscharanski unter den Ausgetauschten sein werde, hielt seine Frau sich vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen. Avital Schtscharanski nahestehende Kreise meinen, ihr sei dazu geraten worden, Kontakte zu Journalisten konsequent zu meiden, um die Freilassung ihres Mannes nicht noch zu gefährden. Die israelische Presse wollte sogar wissen, Ministerpräsident Shimon Peres selbst habe Frau Schtscharanski einen entsprechenden Rat erteilt. Aus ihrer Umgebung verlautete bislang lediglich, Avital Schtscharanski sei bis zuletzt skeptisch gewesen.

Die junge Jüdin Natascha Stieglitz und Anatolij Schtscharanski, damals führender Vertreter regimekritischer sowjetischer Juden, hatten im Jahre 1974 nach jüdischem Ritus geheiratet. Am Tag darauf erhielt Frau Schtscharanski ein Ausreisevisum, und unmittelbar danach wanderte sie nach Israel aus, wo sie den Namen Avital annahm. Die Ehe mit Anatolij Schtscharanski wurde von den sowjetischen Behörden nicht anerkannt, wodurch Anträge auf Familienzusammenführung von vornherein zwecklos schienen. 1978 wurde Schtscharanski wegen Spionage für den US-Geheimdienst CIA zu 13 Jahren Haft verurteilt. Das Schicksal des Paares schien endgültig besiegelt – doch nicht für Avital Schtscharanski.

Schon 1975, ein Jahr nach der Ausreise aus der Sowjetunion, hatte Frau Schtscharanski ihren Feldzug begonnen. Bis dahin hatte sie darauf gewartet, daß die Moskauer Behörden die nach ihren Angaben gegebene Zusage erfüllen würden und ihr Mann ihr innerhalb eines halben Jahres folgen dürfe. Auf vielen Reisen, in deren Verlauf es unter anderem zu Gesprächen mit den US-Präsidenten Jimmy Carter und Ronald Reagan sowie der britischen Premierministerin Margaret Thatcher kam, erinnerte sie an das Schicksal ihres Mannes. Einige wenige Male schien sie schon kurz vor dem Ziel zu stehen, doch zerschlugen sich alle Hoffnungen immer wieder, zuletzt im Juni 1985, als westliche Bemühungen im Gange waren, Schtscharanski im Rahmen eines anderen Häftlingsaustauschs freizubekommen.

Im September letzten Jahres reiste Avital Schtscharanski in die Vereinigten Staaten, veranstaltete vor dem sowjetischen Konsulat einen Sitzstreik und trat anschließend vor der sowjetischen Botschaft in Washington in einen sechstägigen Hungerstreik. Im November demonstrierte sie dann am Rande des Gipfeltreffens Reagans und des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Genf. Sie traf mit keinem von beiden zusammen, doch soll Reagan seinem Gesprächspartner den Fall Schtscharanskij vorgetragen haben.

Finanziert werden die Reisen Frau Schtscharanskis zum Teil von der israelischen Regierung und zum Teil von Vereinigungen, die für eine verstärkte Emigration von Juden aus der Sowjetunion eintreten. Viele ihrer Freunde sind rechtsgerichteten Kreisen zuzurechnen, die sich nicht nur für die Juden in der UdSSR, sondern auch für einen Ausbau der jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanien einsetzen, doch hat Avital Schtscharanski sich aus solchen politischen Fragen stets herausgehalten. Sie engagierte sich unbeirrt ausschließlich für ihren Mann, und gerade das wurde ihr in ihren Kreisen gelegentlich übelgenommen.


Eine Frau gab nicht auf: Avital Schtscharanski FOTO: DPA

„Avital hat jetzt nur einen einzigen Traum", erzählt ihre Freundin Ilana Ben-Josef der israelischen Zeitung „Jediot Acharonot", „sie will mit ihrem Mann zu Hause sein, Kinder haben und normal leben. Elf Jahre lang lebte sie wie eine Nonne, eine Braut." Ihre Freundin habe sich seit einigen Jahren immer mehr der Religion zugewandt, habe alle Vergnügungen des Lebens gemieden und als äußeres Zeichen auf jeglichen Schmuck und elegante Kleider verzichtet. „So lange er nicht frei kommt, will ich nicht an Freuden teilnehmen", habe sie immer gesagt.

„Nie habe ich geweint, heute tue ich es"

Von NIKOLAUS PREDE

Die 77jährige Ida Petrowna Milgrom sitzt zusammengekauert auf dem grünbezogenen Sofa und wiederholt mit zitternder Stimme: „Ich kann es nicht glauben, ich kann es nicht glauben." Die weißhaarige Frau schluchzt und wischt sich mit der Hand Tränen aus den Augen. „Neun schreckliche Jahre lang habe ich nicht geweint, aber heute tue ich es."

Die Mutter von Anatolij Schtscharanski kann es nicht fassen, daß ihr Sohn seit Dienstag nicht mehr in einem sowjetischen Gefangenenlager sitzt und sie selbst jetzt von einem quälenden Alptraum befreit ist. Ihren Anatolij durfte sie zuletzt im Januar 1985 besuchen. Die alte Frau reiste zu diesem Wiedersehen bis zum Ural, denn Schtscharanski saß dort im Lager 35 in der Nähe der Station Wseswajatskaja im Gebiet von Perm. Sie und ihr Sohn Leonid hielten sich dort zwei Tage auf, um Anatolij schließlich durch eine Glasscheibe sehen und sprechen zu können.

„Wir durften nur über persönliche Angelegenheiten reden", sagte sie am Dienstag in der engen Dreizimmerwohnung ihres Sohnes Leonid im Petschatniki-Bezirk von Moskau. Dort lief ein Kurzwellenempfänger, der in englischer Sprache die letzten Nachrichten über den Agentenaustausch brachte.

Seit ihrem letzten Treffen mit Anatolij seien von ihm nur drei Briefe angekommen, berichtete die alte Frau. In der kleinen Wohnung drängten sich amerikanische und westdeutsche Kamerateams.

Frau Milgrom sagte im Scheinwerfer der Kameras, daß sie sich zuletzt am 26. Januar mit einem Telegramm an Parteichef Michail Gorbatschow gewendet und ihn um Hilfe für Anatolij gebeten habe. „Ich bin Gorbatschow unendlich dankbar, aber ich danke auch Ronald Reagan sehr für seine Anstrengungen." Sie äußerte die Überzeugung, daß diese beiden Politiker „Toljas Leben retteten und mir noch etwas Leben geschenkt haben". Gorbatschows Amtsvorgänger Breschnjew, Andropow und Tschernenko hätten nicht auf ihre vielen Gesuche reagiert.

Frau Milgrom war sichtlich angespannt. Diese Spannung löste sich aber, als ein Kameramann im Wohnzimmer mit seinem Stuhl zusammenbrach. Schtscharanskis Mutter lachte. Ihr 1977 verhafteter Sohn Anatolij war am 14. Juli 1978 wegen „Hochverrats in Form von Spionage" für die USA und „Antisowjetische Agitation und Propaganda" zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Zu seiner überraschenden Freilassung sagte die Mutter: „Ich werde es erst glauben, wenn ich seine Stimme höre." Sie warte darauf, daß Anatolij Schtscharanski und dessen Ehefrau bei ihr anriefen.

Von sowjetischer Seite, sagte Frau Milgrom, sei sie nicht über die Entlassung ihres Sohnes unterrichtet worden. Zu Berichten, daß sie selbst zu einem späteren Zeitpunkt aus der UdSSR ausreisen dürfte, erklärte sie: „Auch davon habe ich von sowjetischer Seite nichts gehört. Alles, was ich bisher hörte, ist das, was in westlichen Nachrichtensendungen gesagt wurde." Sie deutet dabei auf das Kurzwellenradio.

Frau Milgrom drückte allerdings die Hoffnung aus, daß die UdSSR ihr, Leonid, dessen Frau Raja und den beiden Enkelkindern Sascha (14), Boris (acht Monate) die Ausreise erlauben werde. „Ich weiß es nicht, wie ich es geschafft habe, diese schrecklichen neun Jahre zu überstehen." Jede Nacht, sagt Schtscharanskis Mutter, habe sie an ihren inhaftierten Sohn denken müssen. Er habe in der Haft nur eine Möglichkeit des Protests gehabt: den Hungerstreik.

Ihren Ehemann, sagt Frau Milgrom, habe das Schicksal seines Sohnes schwer mitgenommen. Im Alter von 75 Jahren sei er am 20. Januar 1980 – Anatolij Schtscharanskis 32. Geburtstag – in einem Trolleybus an Herzschlag gestorben. Damals hätten die sowjetischen Behörden Anatolij Schtscharanskis Gesuch abgelehnt, an der Beisetzung seines Vaters teilnehmen zu dürfen. Die Familie habe von ihm aus dem Lager lediglich ein Beileidstelegramm erhalten.

„Arbeiter-Akademie" – ein neues Gewächs der Universität Bremen

W. WESSENDORF, Bremen

Die Bremer Sozialdemokraten haben nach langer Zeit wieder eine Orchidee in die politische Landschaft gepflanzt: die Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen. Der Direktor der umstrittenen Weiterbildungsstätte, *Hans Dieter* Müller, über sein Werk: „Dies ist so etwas wie ein historischer Augenblick, vor allem im Moment, in dem Gewerkschaften und Arbeitnehmern der Wendewind ins *Gesicht bläst.*"

Müller, der voraussichtlich am 15. März zum neuen Bremer SPD-Landesvorsitzenden gewählt wird, findet allerdings seine Gegner sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Universität. In Kreisen der Arbeitnehmervertreter wird befürchtet, daß die neue Einrichtung mit dem hochtrabenden Namen eine Konkurrenz für die gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen wird.

Rektor um Ruf besorgt

Auch der Rektor der Universität, Jürgen Timm, sorgt sich um den Ruf der Alma mater und wiegelt ab: „Das Herrschaftswissen soll zwar der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden, aber wissenschaftliche Kriterien müssen dabei Vorrang vor politischen Interessen haben." Er schlug vor, den Austausch von Erfahrungen mit entsprechenden jahrhundertealten Bildungseinrichtungen für Arbeitnehmer in Oxford und London zu suchen.

Die Akademie ist ein Ableger des Zentrums Kooperation Universität/Arbeiterkammer Bremen, deren Leiter Müller ist. Der 58 Jahre alte Politiker, dem linken Spektrum der SPD zugerechnet, gilt als Vater der Idee, den Arbeitern einen Zugang zu wissenschaftlichen Grundlagen und Forschungsergebnissen zu ermöglichen – ohne Hochschulberechtigung. „Wir beginnen etwas Besonderes, das hoffentlich bundesweit Beachtung finden wird", frohlockte der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, *Horst-Werner Franke (SPD)*: „*Damit* setzt diese Universität neue Maßstäbe."

Der Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler, Ehemann der SPD-Bundestagsabgeordneten *Hertha Däubler-*Gmelin, war über die hohe Beteiligung am ersten Seminar erstaunt. Denn rund 400 fanden den Weg in die Schule am Barkhof im Herzen der Hansestadt. Das traditionsträchtige Gymnasium, das nach dem umstrittenen Schulplan des Senators schrumpft, wird künftig Zentrale der Akademie. Däubler, bekannt durch *seine populären Beiträge bei Radio* Bremen, sonor: „Ich hatte nur mit 30 bis 40 gerechnet."

Dieser erste Kurs für Betriebs- und Personalräte, Funktionäre der Gewerkschaften und Rechtsschutzsekretäre, die sich mit der Einführung neuer Technologien befassen, schied denn auch schnell die Spreu vom Weizen. Die Neugierigen verließen nach dem einstündigen Vortrag mit der komplizierten Thematik die Aula, überließen 50 Betriebsräten und Funktionären das neue Akademiefeld. Eine Woche später fanden sich nur noch 30 Lernwillige ein.

„Soviel Plätze sind auch nur vorläufig vorgesehen", sagte Müller zur *WELT*. Die Kurse sollen in Seminarform abgehalten werden, die Modellphase vier Jahre laufen, ein zweiter Kurs für ein „Grundstudium" (zwei Jahre) im Oktober in Angriff genommen werden. Der Direktor: „Dafür sind ebenfalls 30 Plätze geplant."

Verwertbarkeit unklar

„Der Besuch der Akademie ist für alle Arbeitnehmer offen", heißt es im Programm für das erste Halbjahr *1986. Müller, mit Blick auf den* Herbst: „Bekommen wir mehr als 30 Anmeldungen, müssen wir möglicherweise eine Auswahl anhand des Lebenslaufes nach der Weiterbil*dungsmotivation treffen.*" Allen Kursteilnehmern soll eine Bescheinigung ausgestellt werden, über deren Verwertbarkeit sich die Gewerkschaftsvertreter aber noch nicht einig sind.

Dem paritätischen Vorstand der Akademie gehören für die Universität der Rektor und zwei weitere Hochschullehrer an, drei Vertreter sprechen für die Arbeiterkammer und Gewerkschaften, sieben Dozentenstellen wurden eingerichtet, mitarbeiten sollen Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität und Praktiker aus den Betrieben und Gewerkschaften. Die Ausgaben für die Sachmittel allein betragen jährlich 64 000 Mark.

Fälschungssicheres Kfz-Kennzeichen?

AP, Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat die Einführung eines maschinenlesbaren Personalausweises befürwortet. Er sprach sich ferner dafür aus, diesem möglichst bald auch ein fälschungssicheres Kraftfahr*zeugkennzeichen folgen zu* lassen. Dafür bestehe im Interesse der Bekämpfung der Schwerkriminalität ein dringendes Bedürfnis. Personenkontrollen versprächen nur dann Er*folg, wenn die Daten gespeichert und* mit anderen Daten verglichen werden könnten. Rebmann verwies darauf, daß die Polizei dazu nur befugt sein werde, wenn „Gefahr in Verzug" sei.

Antes aus der CDU ausgetreten

dpa, Berlin

Der frühere Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Antes ist „auf eigenen Wunsch" aus der CDU ausgetreten. Seit November 1985 befindet sich Antes im Zusammenhang mit der Berliner Bestechungs- und Parteispendenaffäre wegen des Verdachts der Bestechlichkeit in Untersuchungshaft.

Den Parteiaustritt teilte der Kreisvorsitzende der Charlottenburger *CDU, Wissenschaftsssenator* Wilhelm Kewenig, am Dienstag mit. Der CDU-Landesvorstand hatte im Januar ein Parteiausschlußverfahren gegen Antes eingeleitet.

Vier Prozent mehr Geld für Beamte

dpa, Bonn

Nach dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst erhalten dieses Jahr die rund 4.6 Millionen Beamten in der Bundesrepublik Deutschland zwischen neun und zehn Milliarden Mark mehr als 1985. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte, das entspreche einer zusammengefaßten Tarif- und Besoldungserhöhng „um die vier" Prozent auf der Basis von 244 Milliarden Mark Personalkosten des *Vorjahres für Bund*, Länder, Gemeinden, Post und Bahn. Bundesinnenminister Zimmermann garantiere damit den Gleichklang der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst.

Ludolf Herrmann gestorben

DW. Bonn

Der Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins „Capital", Ludolf Herrmann, ist in der Nacht zum Dienstag im Alter von 49 Jahren in Bonn gestorben. Herrmann wurde am 17. September 1936 in Hirschberg im Riesengebirge geboren. Nach seinem Studium der Theologie, Philosophie und Germanistik in Bonn wurde er freier Journalist. Der engagierte Katholik begann 1968 seine Laufbahn als enger Mitarbeiter des damaligen CDU-Generalsekretärs Bruno Heck. 1972 wurde er Ressortleiter für Politik des Wochenblatts „Deutsche Zeitung/Christ und Welt". 1973 trat er in die Chefredaktion ein.

Nach der Übernahme des Blattes durch den Verlag des „Rheinischen Merkur", der seit 1974 zu 80 Prozent in Besitz der nordrhein-westfälischen Diözesen und der Diözese Freiburg ist, leitete Herrmann im Jahr 1980 mehrere Monate lang die Redaktion des durch die Fusion neu entstandenen Blattes „Rheinischer Merkur/Christ und Welt".

Als Nachfolger von Johannes Gross wechselte Herrmann in die Chefredaktion von „Capital". Im Zentralkomitee der deutschen Katholiken war der Journalist Berater in der Kommission Publizistik.

Ludolf Herrmann hinterläßt Frau und vier Kinder – drei Töchter und einen Sohn.

Bischof pocht auf Rechte der Christen in der „DDR"

Schönherr erinnert an Verfassungsrang der Religionsfreiheit

epd. Berlin

Mehr Toleranz gegenüber den christlichen Bürgern in der „DDR" hat der frühere Ostberliner evangelische Bischof Albrecht Schönherr am vergangenen Montag auf einer Veranstaltung der „DDR"-CDU in Ost-Berlin gefordert. Wie Schönherr *in einem Vortrag vor Funktionären* der Partei sowie kirchlichen Gästen erklärte, habe es im „DDR"-Bildungssektor noch immer den Anschein, „als ob die Erziehung zu sozialistischen Bürgern eine Absage an den christlichen Glauben einschließt".

Für viele Eltern bleibe ein Gefühl der Angst, ihre Kinder könnten Schwierigkeiten *in ihrer* schulischen oder beruflichen Laufbahn haben, wenn sie sich als Christen offenbarten, betonte er. Probleme bestünden aber auch für christliche Wissen*schaftler oder Techniker, die manch*mal unter der Tatsache litten, daß ihnen die Chance leitender Aufgaben verwehrt werde.

Einen Mangel an Toleranz registrierte Schönherr, der *von 1969 bis* 1981 an der Spitze des „DDR"-Kirchenbundes gestanden hat, auch im Bereich der „DDR"-Volksarmee, wo es offenbar immer wieder zu Schwierigkeiten komme, wenn Christen ihre Bibel oder anderes christliches Schrifttum in ihrem Spind aufbewahren oder sonntags zum Gottesdienst gehen wollen. Er plädiere dafür, daß junge Christen in der Volksarmee „offen und ungehindert ihre durch die Verfassung garantierte freie Religionsausübung wahrnehmen können".

Daß Schönherr das Thema Toleranz gegenüber Christen *vor der* „DDR"-CDU ansprach, erweckte bei westlichen Beobachtern besondere Aufmerksamkeit, um so mehr, da der Bischof selbst darauf einging. Es habe Zeiten gegeben, in denen viele *das* Gefühl gehabt hätten, „die Partei sehe es als ihre einzige Aufgabe an, christliche Bürger und die Kirchen über ihren Weg in der sozialistischen *Gesellschaft der DDR zu belehren*". Das habe gelegentlich zu Kontroversen geführt. Mittlerweile werde allerdings zunehmend vermerkt, daß die Mitglieder der Partei sich bemühten, *in den Leitungen der Kirchengemein*den und in anderen Gremien mitzuarbeiten.

Aus für „Geomar"?

Riesenhuber setzt auf Verbund von Forschungsinstituten

mj, Hannover

Ein in Bundesregie geführtes Groß-Forschungsinstitut für marine Geowissenschaften („Geomar"), wie es die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ursprünglich vorgeschlagen hat und wie die um einen möglichen Standort wetteifernden norddeutschen Länder es sich wünschen, wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Statt dessen bevorzugt Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) eine „optimale *Nutzung der hinreichend vorhande*nen Kapazitäten", die allerdings ohne weiteren Zeitverlust zu einem leistungsfähigen Verbund über Instituts- und Ländergrenzen hinweg zu*sammengeführt werden müßten.*

Riesenhuber, dessen Ministerium sich aus dem Norden vor einiger Zeit noch „Unterentwicklung des maritimen Bewußtseins" nachsagen lassen mußte, bekräftigte gestern in Hannover das Interesse des Bundes an entsprechend förderungsreifen Projekt*vorschlägen der Länder.*

Das Nein zu einer „Geomar"-Neugründung erklärte der Forschungsminister vorrangig mit Kosten-Nutzen-Abwägungen. Ferner sei Sorge zu tragen, daß durch das Gewicht eines solchen Großinstituts nicht „die hochqualifizierten Wissenschaftler an bestehenden Forschungsstätten in Zweitklassigkeit gedrängt" würden. Halblaut ließ Riesenhuber erkennen, daß er mit seiner Entscheidung zugleich dem Konkurrenz-Streit der norddeutschen Länder und deren „Beharren auf ihren Beständen" aus dem Wege geht.

Das allerletzte Wort über „Geomar" *soll damit aber nocht nicht gefallen* sein. Wenn sich über das jetzt im Bundesforschungsministerium verfolgte Konzept hinaus „Bedarf zeigen" sollte, könne man „in einigen Jahren vielleicht" nochmals darüber nachdenken.

Koalition legt Loewe Rückzug nahe

hrk. Berlin

SFB-Intendant Lothar Loewe soll auf „honorige Weise" *ermöglicht* werden, sich aus seiner – auch aus der Sicht der CDU/FDP-Koalition unhaltbar gewordenen – Position zurückzuziehen. Er erhielt am Wochenanfang aus Kreisen der Senatskoalition den eindeutigen Hinweis, daß der Trend im Rundfunkrat gegen ihn laufe und allenfalls zu bremsen, „aber nicht mehr zu stoppen" sei. Morgen steht ein *formeller Abwahlantrag* gegen Loewe auf einer Sondersitzung des Rundfunkrates.

Am Montag erörterten die 31 Mitglieder dieses Kontrollgremiums, das Loewe am Donnerstag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit (21 Ja-Stim*men)* abwählen könnte, vier Stunden lang nochmals das Für und Wider von Loewes Politik und Person. „Es war eine sehr ruhige, ernste Atmosphäre, in der Loewe selbst nur einmal kurz *das Wort* genommen hat", berichtete ein Teilnehmer der vertraulichen Zusammenkunft.

Loewe-Gegner aus dem linken Lager und unter den nachdenklich-kritischen „Grauen" *sowie die* Verteidiger Loewes trugen erneut die schon seit Monaten bekannten Argumente für oder gegen den Intendanten vor: Führungsschwäche, mangelndes Fingerspitzengefühl, *Entscheidungsun*lust führender Mitarbeiter, ständige Querelen zwischen Redakteuren und Intendant, die Notwendigkeit eines durchgreifenden Qualitäts-„Durch*bruchs*" beim Sender, *Loewes* unkonventionelles Anpacken der Probleme – neue Gesichtspunkte trug keiner der Debattenredner vor.

CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky nahm Loewe gegen Attacken von innen und außen in Schutz und vermittelte *Loewe den Eindruck*, er könne seine bis zum Frühjahr 1988 dauernde Amtsperiode zu Ende führen. Im Mitte/Rechts-Lager ist jedoch inzwischen offen von einem „Umdenkprozeß" die Rede, an dessen Ende alsbald eine SFB-Lösung ohne Loewe stehen könnte, die indessen der linken Mehrheit unter den SFB-Redakteuren kein „Triumphgefühl" vermitteln soll. FDP-Chef Walter Rasch sprach sich auf der „Senatsbank" weder für noch gegen Loewe aus, gab jedoch zu verstehen, man sollte den „Versuch zu einer umfassenden Verständigung" im Rundfunkrat wagen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

furt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

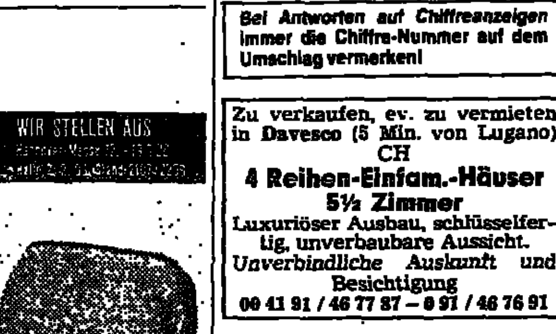
Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

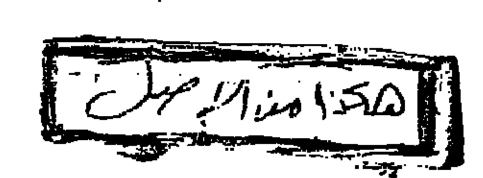
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

[illegible]







Irak und Iran kaufen Waffen in aller Welt

Vom Golfkrieg profitiert der internationale Rüstungsmarkt

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die jüngste Großoffensive der iranischen Truppen am Schatt el Arab bringt wieder Bewegung in den internationalen Waffenmarkt. Trotz vieler Dementis und betretener Minen von Politikern steht heute außer Zweifel, daß weltweit nahzu alle großen und größeren Waffenproduzenten von dem massenhaften Verschleiß der diversen Waffensysteme profitieren, und zwar auf beiden Seiten.

Für den Irak gehören Frankreich und die Sowjetunion zu den wichtigsten Lieferanten. Paris verkauft vor allem Kampfflugzeuge (Mirage F-1, Super Etendard), Kampfhubschrauber und Flugkörper verschiedenster Art, unter anderem die an anderem Ort bereits bewährten Exocet-Raketen. Das Material ist hochwertig. Beobachter sind im übrigen erstaunt, daß Bagdad dieses Material nicht stärker zur Geltung bringt, da die Reichweiten der Raketen und der Radius der Maschinen ohne weiteres Schläge weit im Innern des Iran erlauben würden. Möglicherweise behält sich Bagdad diesen Trumpf noch für den Notfall vor.

Die Sowjetunion ist , was die Menge der Lieferungen betrifft, der wichtigste Partner Iraks. Neben Kampfflugzeugen liefern die Sowjets vor allem Panzer (T-55, T-62, T-72), Raketen, Infanterie - und Artilleriewaffen, Flakgeschütze sowie Schnellboote. Einen erheblichen Teil seines Bedarfs an Heereswaffen bezieht der Irak auch aus China. Diese Lieferungen gehen meist einen kleinen Umweg über Drittländer, zum Beispiel Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien. Riad tritt vielfach als Finanzier der Rüstungsgeschäfte auf.

Teherans Programm ist komplizierter

Daneben finden sich Verkäufer aus Spanien („militärische Verbrauchsgüter" wie Munition, Kampfhubschrauber, Panzerabwehrwaffen), Brasilien (gepanzerte Fahrzeuge, Schulflugzeuge, Fernmmeldematerial, Munition), fast alle Länder des Warschauer Pakts, Sri Lanka, Irland, Norwegen, Dänemark, Italien, Portugal, Türkei, Argentinien, Indien, Chile. Korea (Nord) sowie die neutralen Staaten Schweden, die Schweiz und Österreich. Der Markt der Anbieter ist groß. Bagdad hat seinen Nachschubbedarf meist durch längerfristige Verträge gesichert.

Das Beschaffungsprogramm Teherans ist etwas komplizierter. Im Haushaltsjahr 1985 hat das Regime der Mullahs für direkte Kriegskosten einen Betrag von umgerechnet rund 11 Milliarden Mark eingeplant. Das Geld dürfte zum größten Teil für Rüstungskäufe ausgegeben worden sein. Erschwert wird die Rüstungsbeschaffung durch das US-Embargo und eine bisherige Zurückhaltung Moskaus. Die Ankündigung des eigentlich starken Mannes in Teheran, Ayatollah Rafsandschani, wonach die Beziehungen zur Sowjetunion demnächst normalisiert würden, deutet darauf hin, daß Moskau möglicherweise bald direkt in das iranische Rüstungsgeschäft einsteigt.

Die Neutralen sind gut im Geschäft

Bisher bezog der Iran seine Systeme sowohl aus dem Westen als auch aus dem Osten und natürlich sind auch neutrale Länder mit von der Partie. Italien liefert Hubschrauber, Munition, Raketenwerfer, Radargeräte. Griechenland bietet Luftverteidigungssysteme (Artemis), leichte Waffen und Munition und sich selbst als Transitland an. Selbst französische Firmen haben über Drittländer schon Kontakte zu Teheran geknüpft. Dabei geht es um Spezialfahrzeuge, möglicherweise solche, die die Abwehrstellungen gegen die irakische Luftwaffe ausbauen helfen könnten. Spanien versorgt die Mullahs mit Munition, einige amerikanische Firmen halten Ersatzteile für Panzer bereit und Belgien, Großbritannien (neuerdings immer stärker), Japan, die Niederlande und Australien zeigen sich behilflich bei der Beschaffung von dem, was so ein totaler Krieg alles an Rüstungsgütern erforderlich macht.

Unter den Neutralen tut sich im Fall Teheran besonders Österreich hervor. Wien liefert Haubitzen (GHN-45, 155 Millimeter), Mörser bis zum Kaliber 120 Millimeter und Munition verschiedenster Art. Die Güter aus Österreich gelangen über Indonesien, Italien, Libyen, Portugal, Südafrika und die Türkei an den Bestimmungsort. Zwischen Schweden und Iran bestehen Abkommen über die Lieferung von gepanzerten Fahrzeugen , Feldgeschützen, Raketen. Offiziell sind die Güter meist für andere Endabnehmer bestimmt. Auch schweizer Firmen sind gut im Geschäft. Ein Großteil iranischer Rüstungsgüterkäufe läuft über internationbale Waffenhändler in der Schweiz, und demnächst soll aus dem Land der Eidgenossen ein kombiniertes Luftabwehrsystem geliefert werden.

Eine besondere Rolle spielt Syrien. Damaskus bietet seine Dienste als „Endverbraucher" und als Transitland feil. Andere interessierte Länder sind Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Pakistan. Auch Israel wird gelegentlich als Lieferant genannt.

Libyen gilt schon traditionell als wichtiges Unterstützungsland . Es liefert sowohl Rüstungsgüter aus den Ländern des Warschauer Pakts als auch aus westlichen Staaten. Bedeutsam sind die Lieferungen von Scud-Raketen, die eine Reichweite bis nach Bagdad haben und das Regime des Saddam Hussein bisweilen tüchtig erschrecken.

Marcos pocht auf Sieg, aber auch Frau Aquino

JOCHEN HEHN, Manila

Der philippinische Staatspräsident Ferdinand Marcos ist davon überzeugt, daß er als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervorgehen wird. Auf einer Pressekonferenz erklärte er gestern im Malacanang-Palast in Manila, er stütze sich auf eindeutige Informationen aus den Wahlbezirken, nach denen er mit einem Stimmenvorsprung von mindestens 1,4 Millionen gegenüber der Gegenkandidatin Corazon Aquino rechnen könne.

Nach wie vor jedoch widersprechen sich die immer noch sehr zögernd einlaufenden Wahlergebnisse, je nachdem, von welchem politischen Lager sie registriert werden. Während die von der Regierung autorisierte und dominierte Wahlkommission COMELEC Ferdinand Marcos knapp in Front sieht, liegt die Witwe des ermordeten Senators Benigno Aquino bei der aus Freiwilligen gebildeten „Nationalen Bewegung für freie Wahlen" (NAMFREL) in Führung.

NAMFREL war von der Opposition aus Sorge vor Wahlmanipulationen ins Leben gerufen worden und setzt sich vor allem aus Mitgliedern der katholischen Kirche, Priestern und Nonnen, zusammen.

Unterdessen ist in Manila die philippinische Nationalversammlung zusammengetreten, um die Wahlergebnisse offiziell zu bestätigen. Dieser Vorgang, der von der Verfassung vorgeschrieben ist, soll nach offiziellen Angaben nach drei Tagen abgeschlossen sein. Danach müßte dann der Wahlsieger proklamiert werden. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß auch die noch fehlenden Wahlergebnisse rechtzeitig aus den entlegenen Landesteilen in Manila eintreffen.

Die in der Nationalversammlung nur mit 30 Prozent vertretenen Oppositionsparteien bestanden zu Beginn der Sitzung, die bis in die Nacht hinein dauerte und landesweit vom staatlich kontrollierten Fernsehen direkt übertragen wird, auf dem Recht, die einzelnen Ergebnisscheine auf ihre Authentizität überprüfen zu können.

Dies wurde vom Sprecher der Versammlung als nicht verfassungskonform abgelehnt. Die Nationalversammlung habe lediglich die Aufgabe, die Ergebnisse offiziell zu registrieren, aber nicht zu prüfen. Daß die Opposition unter diesen Bedingungen ihre Mitarbeit in der Nationalversammlung verweigert, wird nicht ausgeschlossen.



Die Stimmenauszählung auf den Philippinen kommt nur schleppend voran. Seit gestern registriert die Nationalversammlung die Ergebnisse. FOTO: AP

In Oppositionskreisen der philippinischen Hauptstadt herrscht unterdessen eine von vagen Hoffnungen, berechtigten Zweifeln und ohnmächtiger Wut geprägte Atmosphäre. Vier Tage nach dem Wahlgang am letzten Freitag gibt es immer mehr Anzeichen dafür, daß es bei den Auszählungen der Stimmen nicht mit rechten Dingen zugegangen ist.

Diese Informationen besagen, daß zahlreiche Wahlurnen auf dem Transport zu den Auszählungszentren oder auf dem Weg zur Nationalversammlung gegen präparierte Urnen ausgetauscht wurden. In weiten Teilen des Landes gab es Fälle von Stimmentausch, Erpressung und Einschüchterungsversuchen durch die Regierungspartei KBL.

Opposition empört

Die Empörung der Oppositionspartei Unido und der sie unterstützenden Wählermassen wurde durch die Äußerung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vom Dienstag noch angeheizt, er begrüße einen Wahlsieg von Marcos, wobei es für Washington nur von untergeordneter Bedeutung sei, ob die Wiederwahl durch Betrug errungen würde, wenn nur die Philippinen auch in Zukunft ein engverbündeter Alliierter der USA blieben.

Die Vereinigten Staaten sind der wichtigste ausländische Partner der Philippinen und unterhalten auf dem Inselstaat zwei stragetisch wichtige Militärstützpunkte, die das Rückgrat für die Operationen der 7. US-Flotte in pazifischen Raum bilden.

Die Aufforderungen Reagans an Corazon Aquino und die Opposition, von den angekündigten Demonstrationen abzusehen, jede Konfrontation zu vermeiden und statt dessen mit der Regierung zusammenzuarbeiten, wurde von Präsident Marcos auf seiner Pressekonferenz bereitwillig aufgenommen. Ganz in dem sicheren Bewußtsein des bevorstehenden Wahlsieges sicherte Marcos der Opposition zu, keine Politik der Rache, sondern der Versöhnung zu verfolgen. Einheit sei das Gebot der Stunde, um gemeinsam gegen den inneren Feind des Landes vorzugehen – die mittlerweile in 62 der 73 Provinzen operierenden kommunistischen Guerrilla-Verbände der Neuen Volksarmee (NPA).

Marcos sagte außerdem zu, er werde als erste Aufgabe nach seiner Wiederwahl einen Staatsrat ins Leben rufen, der ihm als höchstes beratendes Organ bei der Lösung der Zukunftsaufgaben zur Seite stehen soll. In dieses Gremium lud er ausdrücklich auch die Opposition zur Mitarbeit ein.

Erste Reaktionen aus Kreisen der Opposition lassen allerdings auf wenig Neigung schließen, das Angebot zur Mitarbeit mit dem politischen Gegenspieler anzunehmen. Frau Aquino ist nach wie vor davon überzeugt, selbst den Sieg davonzutragen, und sie ist dazu entschlossen, die Macht auf den Philippinen zu übernehmen.

In Anspielung auf die Äußerung Reagans warnte sie ausländische Mächte davor, aus „kurzsichtigen Erwägungen" einen Diktator zu unterstützen.

In Alarmbereitschaft

In Manila sind unterdessen Polizei und Sicherheitskräfte in Alarmbereitschaft versetzt worden. Dies wird als Zeichen dafür gewertet, daß Marcos gegen Demonstrationen notfalls auch mit Gewalt vorgehen will.

Bei einer Demonstration mehrerer tausend Anhänger der Wahlboykott-Bewegung wurde gestern in Manila ein Ende der „Marcos-Diktatur" gefordert. „Der Schlüssel zur Demokratie liegt in der Beendigung des Marcos-US-Imperialismus", sagte ein Sprecher. Eine kleine Gruppe von Filipinos protestierte vor der US-Botschaft gegen die amerikanische „Einmischung" ins Wahlgeschehen.

Höchster Offizier der NATO von Bonn brüskiert?

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Befremden hat in Brüssel die Tatsache ausgelöst, daß das Verteidigungsministerium in Bonn nicht dafür gesorgt hat, daß der Vorsitzende des NATO-Militärkomitees, der niederländische Vier-Sterne-General Cornelius de Jager, zur Ende Februar in München stattfindenden internationalen Wehrkundetagung eingeladen worden ist. Nach dem Protokoll ist de Jager der höchste Offizier der Nordatlantischen Allianz und somit der Vorsitzende des Gremiums, in dem sich die Generalstabschefs der Allianzstaaten treffen. Im Oktober tritt der jetzige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Altenburg, an seine Stelle.

Wie in Brüssel verlautet, sei versucht worden, den Leiter der von der Bundesregierung finanzierten Wehrkundetagung, Ewald-Heinrich von Kleist, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Einladung an General de Jager unumgänglich sei. NATO-Oberbefehlshaber US-General Bernard Rogers, der im alliierten Protokoll nach de Jager rangiert, habe eine Einladung erhalten. Der Hinweis sei unbeantwortet geblieben. Die Brüskierung General de Jagers ist im Brüsseler NATO-Hauptquartier Tagesgespräch. (SAD)

Die „Prawda" kritisiert die fehlende Kritik

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Im Endspurt auf den anstehenden Parteitag schlagen die Wellen der Disziplinierungskampagne in der Sowjetunion immer höher. So rügte jetzt das ZK der KPdSU öffentlich Luftfahrtminister B. Bugojew, die Verantwortlichen des Binnenschifffahrts- und Seeschiffahrts-Ministeriums und auch den Gewerkschaftsbund Transport. Ihnen allen wird vorgeworfen, kritische Artikel in den Zeitschriften „Vozduschny-Transport" (Luftverkehr) und „Vodny-Transport" (Schiffsverkehr) verhindert zu haben.

Außerdem hätten sie die zuständigen Redakteure „unter Druck gesetzt", die sich kritisch mit den Zuständen auf dem Sektor des sowjetischen Transportwesens befaßt hätten. Diese „groben Verstöße" und die „Unterdrückung der Kritik" wird derzeit noch untersucht, wie die Parteizeitung „Prawda" heute auf Seite 1 berichtet. Beide Zeitschriften hätten sich nach dem Plenum des ZK im April 85 intensiv mit den Wirtschafts- und sozialen Problemen auf diesem Gebiet befaßt, dabei auch die Mißstände beschrieben, aber auch neue Wege zur Effektivität aufgezeigt.

Aber anstatt auf die konstruktive Kritik einzugehen, hätten die Zuständigen in den Ministerien und im Gewerkschaftsverband „die Verfolgung der Redaktionen und der Journalisten aufgenommen". Dabei hätten die Verantwortlichen „unter nicht stichhaltigen Vorwänden gesetzeswidrige Maßnahmen ergriffen".

Das Transportwesen zählt zu den Problem-Sektoren der UdSSR. Mit dem weiteren Vordringen der Industrien nach Sibirien und dem Fernen Osten, stärkerer Spezialisierung von Produktionsstätten und engerer Kooperation zwischen den einzelnen Landesrepubliken sowie zunehmenden Exporten und Importen hat sich die Transportintensität erheblich erhöht. Der Ausbau des Verkehrswesens konnte mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. So hat sich die Seeschiffahrt seit Beginn der siebziger Jahre sehr viel langsamer entwikkelt als im davorliegenden Jahrzehnt. Am inländischen Güterverkehr ist sie nur mit rund zwei bis 2,5 Prozent beteiligt.

Auch der Luftverkehr in der Sowjetunion ist seit 20 Jahren am Güterverkehr nur mit rund 0,04 Prozent beteiligt, hat aber immer noch eine gewisse Bedeutung für den Transport von hochwertigen Eilgütern in entlegene Gebiete mit unzureichender Infrastruktur.

Tirana bemüht Historiker

Anspruch auf Kosovo soll damit mehr Gewicht erhalten

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Albanien hat auch nach dem Tode Enver Hodschas und unter der Führung des neuen Parteichefs Ramiz Alija seine Ansprüche auf die zu 77 Prozent von Albanern bewohnte, aber zu Jugoslawien – zur Teilrepublik Serbien – gehörende „autonome Provinz Kosovo" nicht aufgegeben. Dabei führt die albanische KP neben ethnischen nun auch historische Argumente in Feld, durch die bewiesen werden soll, daß Kosovo – das „Amselfeld" – bereits im Mittelalter von Albanern besiedelt war.

Für die Jugoslawen ist entscheidend, daß Kosovo nach dem Balkankrieg 1912 aus strategischen wie politischen Gründen nicht zum neugegründeten Albanien, sondern zum Königreich Serbien kam. Vorher war das Gebiet Teil des türkischen Imperiums. Die Serben betrachten bis heute Kosovo als historischen serbischen Boden, als Zentrum des im Mittelalter blühenden und dann 1389 durch die Türken (Schlacht auf dem Amselfeld – Kosovo Polje) vernichteten serbischen Reichs.

Die These der Serben und damit Jugoslawiens lautet: Erst als im Verlauf österreichisch-türkischer Kriege um die Wende zum 18. Jahrhundert die christlich-orthodoxe serbische Bevölkerung sich den österreichischen Befreiern anschloß und einen Aufstand gegen den Sultan entfesselte, sind die serbischen Kosovo-Bewohner unter der Führung des Patriarchen von Pec aus Furcht vor türkischer Rache in Massen ausgewandert, um im Norden, in den von Österreich eroberten Gebieten, Schutz zu suchen.

Serben sehen es anders

Während die Serben das damalige südliche Ungarn – die heutige Vojvodina nördlich von Save und Donau – besiedelten, stießen aus dem Gebirge die albanischen Bergstämme in die Ebenen des Kosovo vor und besiedelten das von den Serben entblößte Land.

Die Albaner sind im Kosovo – nach der serbischen Geschichtsauffassung – also Neuankömmlinge, während den Serben das ältere Recht zusteht. Die mittelalterlichen serbischen Klöster auf dem Gebiet des Kosovo, vor allem aber das berühmte „Patriarchat von Pec" dienen zur Untermauerung dieses serbischen und damit jugoslawischen historischen Anspruchs.

Annexion vorgeworfen

Nun hat der albanische Historiker Selami Pulaha in der vom Tirana-Regime herausgegebenen Propagandazeitschrift „Neues Albanien" diese Thesen als Fälschung bezeichnet. Die historischen Argumente dienten dem „großserbischen Chauvinismus" lediglich zur Rechtfertigung der „Annexion albanischer Gebiete" und zur „Leugnung der legitimen nationalen Rechte der Albaner". Jugoslawien, so erklärte der Historiker, betreibe gegenüber den Albanern, die im Kosovo und anderen jugoslawischen Gebieten lebten, eine Politik der „Unterdrückung und des Völkermords".

Es sei nicht wahr, was von serbisch-jugoslawischer Seite behauptet werde – daß nämlich die Albaner erst am Ende des 17. Jahrhunderts infolge des österreichisch-türkischen Krieges und nach der „großen Wanderbewegung der Serben" ins Kosovo gekommen seien.

Die Kataster des 15. und 16. Jahrhunderts bewiesen vielmehr, daß von einem serbischen Charakter der Bevölkerung des Kosovo auch vor diesen Ereignissen keine Rede sein könne. Schon damals habe es nämlich eine „massive Anwesenheit der autochthonen albanischen Bevölkerung gegeben", der gegenüber die Slawen (Serben) stets in der Minderheit waren. Wörtlich: „Wenn man die Präsenz albanischer, mohammedanischer Bevölkerung im Kosovo leugnet, wie das heute ein großer Teil der jugoslawischen Autoren tut, so bedeutet dies, die historischen Tatsachen zu ignorieren."

Die Islamisierung der ursprünglich christlich-orthodoxen Albaner im Kosovo sei insofern positiv zu werten, meint Selami Pulaham, als dadurch der Prozeß der Slawisierung der Albaner – also ihrer Assimilierung durch das Serbentum – verhindert wurde.

Südafrika: Mit vielen kleinen Schritten baut die Regierung die Apartheid ab

Eine Zwischenbilanz der Reformgesetze / Rückwirkungen auf die politischen Parteien

M. GERMANI, Johannesburg

Die südafrikanische Regierung hat gestern angekündigt, die Gesetze aufzuheben, die eine Rassentrennung für Bars, Spirituosenläden und Restaurants vorschreiben. Bereits am 31. Januar war die zweite Sitzungsperiode der gemischten Parlamente Südafrikas von Präsident Pieter Willem Botha mit der Ankündigung neuer Reformen auch mit Bezug auf eine totale Abschaffung der Apartheid eröffnet worden. Demzufolge sollen ab dem 1. Juli die Paßgesetze abgeschafft und der kontrollierte Zuzug von Schwarzen in die städtischen Gebiete durch eine neue Regelung ersetzt werden.

Wichtigste Ankündigung in Kapstadt war jedoch die geplante Bildung eines Verfassungsrates, an dem Mitglieder der Regierung, Vertreter der schwarzen Nationalstaaten sowie Führer anderer schwarzer Gemeinschaften und Interessengruppen teilnehmen sollen. Mit der bedingten Bereitschaft zu einer Mitarbeit des Chefministers des bevölkerungsreichsten schwarzen Gebietes, Mangosotho Buthelesi von Zululand, der demnächst die Bundesrepublik besuchen wird und als einer der angesehensten und gemäßigten Führer gilt, dürfte dieser Plan eine Chance zur Verwirklichung haben. Wieweit andere, radikale Gruppen wie UDF oder ANC, aber auch gewählte oder selbsternannte Führer teilnehmen werden, ist bisher unklar. Die Regierung hat in Kapstadt jedoch unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß eine Beteiligung des ANC nur unter der Bedingung einer Absage an die Gewalt akzeptabel sei.

Daß Südafrika sich von seinem Konzept der Apartheid, der Rassentrennung, endlich *trennen muß*, ist unbestreitbar. Das hat wohl auch die Regierung Botha mehrheitlich erkannt. Die Frage ist nur, „wie und wann wieviel". So schreibt der Abgeordnete *Harry Schwarz, der dem* rechten Flügel der oppositionellen Fortschrittspartei zugeordnet wird, warnend: „Änderungen auf Grund eines Umdenkprozesses und einer Annäherung an das Zusammenleben bringen Stabilität. Veränderungen, die durch Druck entstehen, erzeugen Gegendruck. *Es gibt zwei Formen* von Verhandlungen. Eine Machtübergabe, die für die Mehrheit der Weißen nicht akzeptabel ist, oder die Entfaltung einer Verfassung, in der Machtteilung und Garantien für die Menschenrechte enthalten sind." Über diese Fragen streiten sich Mitglieder der Regierung und Abgeordnete der Regierungspartei. Fraktionen bilden *sich*.

Zu den Gesetzen, die nach Ansicht der Apartheidgegner so bald wie möglich abgeschafft werden müssen, gehören die Bestimmungen über *getrennte* Wohngebiete, getrennte Schulen, Krankenhäuser, Transportsysteme, sowie die Gesetze, die politische Parteien nur innerhalb einer Rassengruppe vorsehen. Das *entspricht der sozialen Dynamik des Reformprozesses*. Denn nach der vor fast einem Jahr erfolgten Abschaffung des Gesetzes über gemischte Ehe- und Liebesbeziehungen sind die



Zurückgepfiffen: Außenminister Roelof Botha FOTO: POLY-PRESS

Forderungen nach gemeinsamen Wohngebieten *nur logisch*. Bisher war gemischten Paaren das Zusammenleben in weißen Wohngebieten verweigert worden. Sie konnten nur in schwarzen, farbigen oder indischen Vierteln wohnen. Hier ist, wie bei allen anderen Gesetzen, die Regierung in einem Dilemma: Viele ihrer *Wähler fordern die Erhaltung eigener* weißer Wohnbezirke. Gerade in den unteren weißen Bevölkerungsschichten liegt die Toleranzschwelle im täglichen Zusammenleben ziemlich niedrig.

Daß in der Zwischenzeit Inder in die weißen Nobelvororte von Johannesburg, wie Parktown oder Houghton, *über Strohmänner, die diese* Häuser für sie erwerben, vordringen, ist seit langem bekannt. Es handelt sich hier um Wohngebiete, in denen die Fortschrittspartei gut vertreten ist. *Kompromisse* sind inzwischen von der südafrikanischen Eisenbahn eingeführt worden, es gibt für alle Rassen offene Abteile, aber auch Abteile, die nur für Weiße reserviert *sind. Kapstadt*, die Wiege der südafrikanischen Mischlinge, ist toleranter als andere Städte. Die öffentlichen Verkehrsbetriebe kennen schon lange den „gemischten" Transport.

Welche Änderungen *noch bevorstehen*, ist derzeit unbekannt, doch gibt es ein „offenes Konzept", das zum Beispiel vom Führer der Nationalen Volkspartei im indischen Delegierten-Haus, Amichand Rajbansi, begrüßt wird. Die Rede Präsident Bothas war von Rajbansis Anhängern gut aufgenommen worden. „Sie hat Respekt für die Grundlinien der Re*formpolitik erzeugt", sagt er*. Er hält eine Mitarbeit an diesen Reformen für wünschenswert.

Doch das „offene Konzept" wird von der ebenfalls oppositionellen Konservativen Partei als *planlos* verworfen. Es handle sich um leere Phrasen, die die Führungslosigkeit der *regierenden Nationalen Partei* (NP) verdecken sollen. Es drücke die Hilflosigkeit dieser Partei aus, die Stimung innerhalb der eigenen Wählerschaft zu testen. Das führe gelegentlich zu halböffentlichen *Auseinandersetzungen*.

Offenbar wurde der jüngste Zwist *durch die Aussage von Erziehungs*minister Willem de Klerk, gemischtrassige staatliche Schulen seien nicht geplant, ausgelöst. Denn Außenminister Pik Botha hatte fast gleichzeitig erklärt, er könne sich sehr wohl eine südafrikanische Regierung unter einem schwarzen Präsidenten vorstellen. Beide Minister vertreten die entgegengesetzten Flügel innerhalb der Nationalen Partei. Außenminister Botha, dessen Flügel etwa ein Viertel der NP-Abgeordneten stellt, wurde *mit scharfen Worten von seinem Prä*sidenten zurechtgewiesen – offensichtlich auf Wunsch des rechten Transvaalflügels, dessen Vorsitzender de Klerk ist.

Welche Folgen jedoch der unerwartete Rücktritt des Oppositionsführers van Zyl Slabbert hat, bleibt noch abzuwarten. Bisher hatte dieser einigen Einfluß auf die Progressive Partei ausgeübt, die ebenfalls einen linken, *eher radikalen Flügel* und einen der Nationalen Partei nahestehenden hat.

Pariser Polizei läßt Terroristen entkommen

DW. Paris

Der französischen Polizei sind in den letzten Tagen offenbar mehrere gefährliche Terroristen entkommen, die *möglicherweise* einige der sechs Attentate in der vergangenen Woche verübten. Die Polizei hatte am vergangenen Wochenende auf dem Flughafen Orly und in einem kleinen Pariser Hotel sieben Syrer und Libanesen festgenommen. Mangels Beweisen mußte sie jedoch vier wieder freilassen.

Ebenfalls am Wochenende hatten Polizeistreifen im Stadtviertel Saint-Germain einen roten Opel GSI mit Offenbacher Nummernschild OF - WM 735 gestellt, dessen zwei Insassen jedoch zu Fuß flüchten konnten. In einem Aktenköfferchen in dem Opel fand die Polizei Papiere, die in der Bundesrepublik ausgestellt *waren*. Das BKA in Wiesbaden *teilte* inzwischen mit, daß der Opel in Neu-Isenheim ordnungsgemäß gekauft und in Offenbach zugelassen wurde. Die französische Polizei stellt einen *Zusammenhang zwischen dem Opel* und dem ebenfalls in Offenbach zugelassenen BMW her, der vor kurzem in Frankfurt an einem Anschlag beteiligt war und dessen Insassen zwei Araber waren.

Die Gruppe von Syrern und Libanesen hatte, wie die Schweizer Geheimdienste festgestellt hatten, von Paris mit Arabern in der Schweiz telefoniert. Einer der Verhafteten war, wie Zeugenaussagen *mit Sicherheit* ergaben, am Tag vor dem Anschlag in der Buchhandlung Gibert-Jeune. Vier der Libanesen und Syrer wurden in Orly festgenommen, als sie gerade *nach Libyen abfliegen wollten. Die* Pariser Polizei und die Abwehr sind überzeugt, daß alle die Personen, mit denen sie in den letzten Tagen zu tun hatten, zu der Terroristenorganisation von Abu Nidal gehören. Die italienische Abwehr hat jetzt Unterlagen nach Paris geschickt, aus denen her*vorgeht, daß der inhaftierte Terrorist* Abdallah, den die Attentäter befreien wollten, ein enger Mitarbeiter von Abu Nidal ist. (SAD)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

WELT-Serie (Schluß)

Duvaliers Schicksal spiegelt Amerikas Kurskorrektur in Lateinamerika wider

Von WERNER THOMAS

Als die Haiti-Krise immer heißer *kochte*, sagte *US-Außen*minister George Shultz in dem Fernsehprogramm „Good Morning America": „Das fundamentale Problem ist diese enorme Armut." Die einzige Möglichkeit, diese Situation zu verbessern, sei „ein demokratischer Prozeß".

Jean-Claude Duvalier verstand das Signal: Die USA haben ihm den Teppich *unter den Füßen* weggezogen, es bestanden keine Hoffnungen mehr auf ein Arrangement mit der Reagan-Regierung. Der „Präsident auf Lebenszeit" beschloß, ein Pensio*när auf* Lebenszeit *zu* werden.

Das Schicksal Duvaliers war der bisher dramatischste Beweis für eine strategische Kurskorrektur der Reagan-Regierung in der explosiven *lateinamerikanischen Region: Sie* distanziert sich von rechten Diktatoren und stützt die demokratische Mitte, Männer wie die mittelamerikanischen Christdemokraten José Napoleon Duarte (El Salvador) und Vinicio Cerezo (Guatemala), die soziale Reformen für notwendig halten.

Selbst *Marxisten betonen diesen* Umdenkungsprozeß. „Die Vereinigten Staaten mußten einsehen, daß die Somozas und Pinochets nicht mehr ihren Interessen dienen", sagte der *chilenische Kommunistenführer* Volodia Teitelboim dieser Tage der WELT in Havana.

Nicaragua diente als abschreckendes Beispiel. „Somoza wurde zu lange von dem Amerikanern unterstützt", erklärte der antisandinistische Politiker Alfonso Robelo einmal die *Machtübernahme der marxistischen* Sandinisten. „Je länger Somoza regierte, desto mehr radikalisierte sich die Oppositionsbewegung. Am Ende fiel den Comandantes dieses Land wie ein reifer *Apfel in die Hände*."

Chiles Christdemokraten hatten bisher die USA vor einer Wiederho*lung der nicaraguanischen Fehler* gewarnt, heute nicht mehr. Seit der junge State-Department-Beamte Elliott Abrams (35) die Lateinamerika-Abteilung leitet, setzt sich die Regierung in Washington von der Militärregierung Pinochet ab.

Während viele politische Beobachter in Santiago die Ansicht vertreten, daß der General nach Ablauf seiner gegenwärtigen Amtsperiode 1989 ei*ne weitere achtjährige Amtsperiode* anstrebt, äußert Abrams öffentlich den Wunsch, auch Chile möge sich der Demokratisierungswelle in Lateinamerika anschließen.

Im vergangenen November schick*te Washington den energischen Kar*rierediplomaten Harry Barnes nach Santiago, der sofort demonstrativ Kontakte zur Opposition knüpfte. Der christdemokratische Parteichef *Gabriel Valdes*: „*Die amerikanische* Botschaft hat ihre Position uns gegenüber um 180 Grad geändert." Pinochet kritisierte irritiert, Barnes verletze „das Minimum der diplomatischen Gepflogenheiten".

Der paraguayische General Alfredo Stroessner, der andere noch verbliebene Diktator in Südamerika, spürte *ebenfalls den Druck aus Washington*. US-Botschafter Clyde Taylor verkehrt immer häufiger in Oppositionskreisen. Obgleich sich die Regierung „diese fremden Einmischungen" verbat, *verfolgt* Taylor weiter solche Aktivitäten. Stroessner beherrscht diese Nation seit 32 Jahren. Er wünscht sich seinen Sohn Gustavo (43), einen Oberstleutnant der Luftwaffe, zum Nachfolger.



Mit ihm begann das Umdenken: Elliot Abrams FOTO: DPA

Duvalier war allerdings in *einer* schwächeren Position gegenüber den USA als Pinochet und Stroessner. Die ärmste Nation der westlichen Hemisphäre konnte ohne die amerikanische Wirtschaftshilfe nicht existieren – zuletzt 52 Millionen Dollar.

Seine ernsten Probleme mit der Reagan-Regierung hatten bereits im vergangenen *Sommer begonnen*, als er ein Referendum über eine Verfassungsänderung durchführen ließ, das seinen Anspruch auf eine Lebenszeit-Präsidentschaft vom Volk absegnen *sollte*. Angeblich *wurden damals* 99,98 Prozent Ja-Stimmen gezählt.

Die Vertreter der US-Botschaft reagierten konsterniert. Die „New York Times" und die „Washington Post" veröffentlichten sarkastische Kommentare. Als Ende November eine Demonstrationswelle aufflammte, setzte sich in Washington die Meinung durch, daß Duvalier gehen müsse.

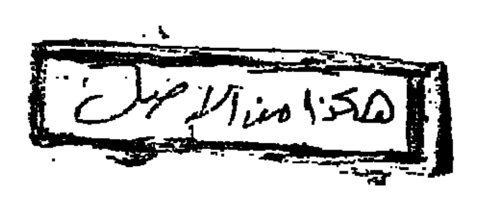
Die Reagan-Regierung hielt schließlich einen Teil der neuen Wirtschaftshilfe zurück. US-Botschafter Clayton McManaway informierte die Hierarchie der Streitkräfte über die Einschätzung der Lage in der amerikanischen Hauptstadt.

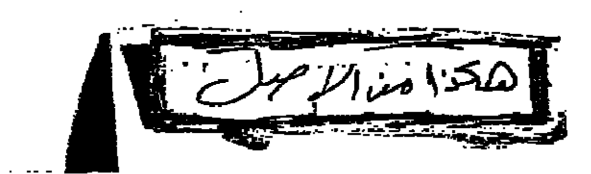
In Port-au-Prince kursieren unterschiedliche Berichte über die spektakuläre *Falschmeldung des Reagan*-Sprechers Larry Speakes am 31. Januar, Duvalier sei zurückgetreten und geflohen.

Die amerikanische Botschaft dementiert Vermutungen, sie habe bereits zu diesem Zeitpunkt seine Flucht „geplant". Die peinliche Speakes-Erklärung wurde auf eine Kommunikationspanne zurückgeführt. Drei Tage später folgte dann die unmißveständliche Shultz-Erklärung.

Die haitianische Hauptstadt wirkte am Montag zum ersten Mal seit dem Regierungswechsel relativ ruhig. Es fielen nur wenige Schüsse. Es gab keine Plünderungen mehr. Die mörderischen Racheakte an Mitgliedern der „Tontons Macoutes" (Freiwillige für die nationale Sicherheit) haben *aufgehört*. Die *Geschäfte waren* wieder geöffnet. Der Verkehr im Zentrum wirkte chaotisch wie immer. Die neue Regierung ließ das Ausgangsverbot von 22 Uhr bis fünf Uhr verkürzen.

Generalleutnant Henry Namphy, der Chef des sechs Mitglieder umfassenden *Regierungsrates*, der einen überraschend souveränen Eindruck *hinterläßt*, versicherte in einer zweiten Ansprache an die Nation: „Wir werden eine echte Demokratie schaffen. *Die Freiheit* muß leuchten in diesem Land." Als Namphy diese Rede hielt, defilierten Demonstranten am *Nationalpalast vorbei. Sie skandier*ten: „Es lebe das neue Haiti."





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die tatsächliche Praxis

„Die Hand jederzeit offen, den Fuß zum Tritt bereit"; WELT vom 3. Februar

Sehr geehrter Herr Ströhm,

spontan nach dem Lesen Ihres Artikels möchte ich Ihnen meine Anerkennung aussprechen, daß Sie den Mut hatten, die tatsächliche Praxis der bundesrepublikanisch-polnischen Beziehungen ohne die heute üblichen Beschönigungen und nie enden wollenden Schuldkomplexe aufzuzeigen. Zu den Anmaßungen der kommunistischen Staatsführung Polens gehört auch das Theater um die Sondermarke der Deutschen Bundespost „40 Jahre Eingliederung der Vertriebenen", während die polnische Post gleichzeitig die 40jährige „Rückkehr urpolnischer Gebiete" feiert und dabei die rein deutschen Ostgebiete meint.

Mit Recht fragen Sie, wie unter den Prämissen, die Sie geschildert haben, ein vernünftiger deutsch-polnischer Dialog zustande kommen kann. Doch sicher nicht durch weitere Selbsterniedrigungen der Deutschen, durch Aufgabe von Recht und Wahrheit und auch nicht durch weitere Geldgeschenke! Es haben doch gerade die Vertriebenen schon vor 35 Jahren den möglichen Weg zur Völkerverständigung gewiesen, als sie jeder Gewalt und einem ihnen immer wieder unterstellten Revanchismus abschworen.

Es ist bedrückend, daß die bundesrepublikanischen Politiker nicht erkennen, daß jede weitere demütige Unterwürfigkeit und finanzielle Leistung nur die Anmaßungen des polnischen Staates vergrößern und nicht zum Ziele der ersehnten Verständigung führen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ing. Dr. Ing. E. h. Werner Lindner
Mechernich/Eifel

Brandts Entspannungspläne

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Artikel von Willy Brandt in der WELT vom 27. Januar über „Die zweite Phase der Entspannungspolitik" ist an die Öffentlichkeit adressiert und es ist angebracht, daß man darauf reagiert. Schon der Titel ist schwer verständlich. Soll dies ein Teil der SPD-Wahl-Plattform sein? Oder nimmt Herr Brandt an, daß die Regierung der Koalition seine Politik der „Entspannung" in diesem Sinne fortsetzt? Eine Politik, die man eher als Kapitulationspolitik bezeichnen könnte.

Die KSZE-Akte von Helsinki schloß zwar die Achtung der Menschenrechte mit ein, nur ist es inzwischen klargeworden, daß die Sowjets sich nicht daran gehalten haben und es bestehen keine Anzeichen dafür, daß hier echte Entspannung eintreten wird.

Worin besteht also die zweite Phase dieser mißlungenen Politik, die nur zu mehr Aufrüstung geführt hat? Das wird leider nicht klargemacht. Herr Brandt will sie bewerkstelligen im Rahmen des Atlantischen Bündnisses und der EG. Nun ist es aber gewiß kein Geheimnis mehr, daß der Hauptpartner des Atlantischen Bündnisses, die USA, gerade von Herrn Brandt und seinen politischen Freunden in Sachen SDI, zum Beispiel, auf das schärfste kritisiert wird und daß sich ganz allgemein eine Anti-Amerika-Welle gebildet hat, die das Atlantische Bündnis ernsthaft gefährdet.

Die Herren machen es den Sowjets leicht, deren nächstes Ziel zu erreichen: die Abkoppelung der Bundesrepublik vom Atlantischen Bündnis, egal wie oft sie das Fortbestehen eines solchen (als notwendiges Übel?) befürworten. Soll das der Sinn der „zweiten Phase" sein?

Und nun stellt Herr Brandt fest, daß „die beiden Großen" sich einigen könnten (wie, das sagt er nicht) und daß die Europäer nicht darauf warten sollten, was für sie dabei vom „Tisch der Großen" abfällt. Ja, ist nun das Atlantische Bündnis ein Bündnis mit den (West-)Europäern oder ist es das nicht? Hat es denn niemals Konsultationen gegeben? Westeuropa sitzt doch mit am „Tisch der Großen"! Meint er, die Sowjets werden Osteuropa aus ihrem Imperium entlassen? Und was ist es denn, was da vom „Tisch der Großen" abfallen sollte, oder was könnten sich die Europäer holen, wenn sie sich um ihre eigenen Interessen kümmern sollten? Brosamen der Entspannung? Soll das der Sinn der „zweiten Phase" sein?

Mit besten Grüßen
Bernhard Wagner,
Hamburg 13

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Beteiligung

„Sparlohn neu belebt"; WELT vom 3. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Heinz Heck hat offenbar vergessen, daß der eigentliche Durchbruch bei der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ganz unbestreitbar erst aufgrund des 3. Vermögensbildungsgesetzes gelungen ist. Dieses Gesetz wurde von Arbeitsminister Walter Arendt (SPD) eingebracht und während der sozial-liberalen Koalition beschlossen. Recht hat Heck allerdings, wenn er schreibt, daß Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand noch immer die Ausnahme ist.

Alle Anläufe der SPD, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch überbetriebliche Beteiligungsformen auszubauen, sind in der sozial-liberalen Koalition am Widerstand der FDP gescheitert. Solange es solche Beteiligungsmöglichkeiten nicht gibt, werden entsprechende Tarifverträge die Ausnahme bleiben.

Wenn Heck sich gegen die von der SPD seit langem gewollten Tariffonds wendet, so muß darauf hingewiesen werden, daß solche Tariffonds – wenigstens im Prinzip – neuerdings auch von der konservativ-liberalen Bundesregierung als eine Form außerbetrieblicher Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital akzeptiert sind: In der Begründung des Regierungsentwurfes eines Unternehmensbeteiligungsgesetzes wird ausdrücklich festgestellt, daß auf dem Weg über Tarifverträge und gemeinsame Einrichtungen i. S. d. Tarifvertragsgesetzes Kapitalsammelstellen in Form von UBGs gebildet werden können, deren Aktien den Arbeitnehmern zu überlassen sind.

Aus seiner Sicht verständlich wehrt sich Graf Lambsdorff und die FDP-Fraktion auch dagegen – insoweit in Kontinuität mit der Haltung, an der alle Versuche der SPD-geführten Regierungen, Fortschritte bei der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zu erzielen, leider gescheitert sind.

In der Koalitionsvereinbarung vom 28. 1. 1986 wurde kein wichtiges Problem der Produktivkapitalbeteiligung der Arbeitnehmer gelöst. Dies gilt vor allem für die Bewertungsprobleme bei Beteiligungs-Sondervermögen, die nunmehr offenbar auch der Bundesregierung als außerbetriebliche Beteiligungsformen vorschweben.

Mit freundlichem Gruß
Ihr Gunter Huonker, MdB, SPD

Nur Zuschlag

„Vogel spricht von Schaden für Berlin"; WELT vom 29. Januar

Als die Diäten vor Jahren erhöht wurden, wurde das Argument der „Unbestechlichkeit" hochgespielt. Heute ist diese Höhe nur noch ein Reizpunkt für „Halbpolitiker", die die Zeit haben, durch die Instanzen der Partei zu Ruhm und Ansehen zu kommen. Dieser Personenkreis ist mit Summen jenseits von 50 000 Mark sehr leicht zu beeinflussen.

Da dies scheinbar nicht auszumerzen ist, muß die Qualität der Politiker geändert werden. Dies ist leicht dadurch zu schaffen, daß die Bezüge sich nach dem letzten Einkommen zu richten haben, wobei nur ein Zuschlag für einen besonderen Schreibaufwand zu zahlen ist. Sofort würde sich hier die Spreu vom Weizen trennen, und nur der würde in der Politik Eingang finden, der aus Leidenschaft Politik macht.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich,
Berlin 31

Einfühlung

„Verramschte Geschichte"; WELT vom 4. Februar

Lieber Herr Guratzsch,

absolut richtig, stehe hinter jedem Wort. Die nächste Gefahr beginnt für mich, wenn restauriert wird. Bei jedem zweiten Projekt wird zur Zeit übertrieben restauriert, um Objekte publikumswirksam zu zeigen. Sie werden dadurch entfremdet, verfälscht und endgültig vernichtet.

Da fast bei keiner Restauration die Informationen ausreichen, um verbürgt historisch wiederherzustellen, und auch Baumaterialien und authentisches Handwerk oft nicht mehr greifbar sind, ist Einfühlungsvermögen und zurückhaltende Interpretation unumgänglich. Wir haben aber durchaus Denkmalpfleger, die das können beziehungsweise sich zumindest bemühen, so schlimm der jetzige Zustand auch ist.

Frei Otto
Architekt, Stuttgart

Wort des Tages

„Man kann das Bewußtsein wachhalten, das im eigenen Inneren, dort, wo wir an das Nichts grenzen, der lebendige Gott steht."

Romano Guardini, Religionsphilosoph (1885–1968)

Datenschutz

Bei der Debatte um den Datenschutz im Zusammenhang mit den Sicherheitsorganen der Bundesrepublik wird sich der Bürger fragen, was für Vor- und Nachteile der Datenschutz ihm bringt. Dabei gehe ich von der Annahme aus, daß jede unbefugte Veröffentlichung von Daten gesetzlich geahndet wird.

Jeder korrekte Einwohner unseres Landes kann doch nichts dagegen haben, wenn bei dem geringsten Verdacht, gegen Gesetze oder Verordnungen verstoßen zu haben, die zuständigen Behörden Einblick in die Daten der betreffenden Person nehmen, um so schnell wie möglich den Sachverhalt aufzuklären.

Auch gesundheitsbezogene Daten sollten zwischen den Ärzten (im Krankenhaus und in der Praxis) den kassenärztlichen Vereinigungen, den Krankenkassen, den Rententrägern und dem Gesundheitswesen frei austauschbar sein, da nicht nur die Ärzte, sondern auch die genannten Institutionen zum Schweigen verpflichtet sind. So könnten vermutlich Millionen infolge Vermeidung von Doppeluntersuchungen eingespart werden. Außerdem dürfte ein derartiger Datenaustausch auch zur schnelleren und sichereren Diagnose beitragen.

Wer ruft denn am lautesten nach dem Datenschutz? Es sind einige wenige Idealisten, zahlreiche Professionelle, die ihre Daseinsberechtigung unter Beweis stellen müssen, verunsicherte Bürger und ein großer Kreis von Menschen, die irgendetwas zu verbergen haben. Und dafür muß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes, die unbescholten ist, große Summen für den Datenschutz aufbringen.

Dr. Konrad Voigt,
Berlin 28

Wie heißt sie?

„Die Frau, die nicht Amtmännin sein will"; WELT vom 8. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Scherzfrage, „wie heißt die Frau von Herkules? – Frau Kules", läutete schon vor Jahren das Dilemma der „Amtmännin" ein. Die weiblichen Wassermänner schwanken noch zwischen „Wasserfrau" und „Meerfrau", aber die Kauffrauen haben den Schritt zur Unabhängigkeit vom Kaufmann bereits vollzogen.

Wann bequemt sich endlich die Bürokratie dazu, nachzuziehen, um ihren Frauen nicht länger zuzumuten, „Männchen zu machen"?

Mit freundlichen Grüßen
Ludwig Hirschberg,
Hamburg 36

Personalien

EHRUNGEN

Mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde mit **Dietrich Fischer-Dieskau** ein weltberühmter deutscher Sänger ausgezeichnet. Der Regierende Bürgermeister **Eberhard Diepgen** überreichte dem Künstler im Namen von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** diesen Orden in einer besonderen Zeremonie im Gästehaus des Senats von Berlin.

*

Ing. (grad.) **Fritz Reuter**, alleiniger Gesellschafter der Schmidt Reuter Ingenieurgesellschaft, ist in Würdigung seiner unternehmerischen Leistungen und in Anerkennung der Verdienste, die er sich um den Berufsstand der freiberuflichen Beratenden Ingenieure erworben hat, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden.

*

Michael Schanze, Sänger und Fernsehmoderator, ist von der Bruderhilfe-Akademie für Verkehrssicherheit in Kassel mit einer Goldmedaille ausgezeichnet worden. Schanze erhielt den höchsten Verkehrssicherheitspreis 1986 der Bruderhilfe für seine spielerische Verkehrserziehung in der Fernsehsendung „Telefant". Die Silbermedaille geht an den „Club Blaues Krokodil" in Hannover, der sich für die „psychologische Rehabilitierung" von Kraftfahrern einsetzt, die als Alkoholsünder strafrechtlich aufgefallen sind.

*

Dipl.-Ing **Dietrich Solaro**, Mitglied des Vorstandes der Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart, wird Ehrendoktor der Universität Stuttgart. Er erhält die Würde eines Dr. rer. pol. h. c. in Anerkennung seiner hervorragenden wissenschaftlichen Leistung bei der Erforschung und Weiterentwicklung von Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozessen in Großunternehmungen der Industrie.

*

Professor **Erhard Hampe** hat vom Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen der Universität Hannover die Ehrendoktorwürde erhalten. Nach Angaben der Universität wurde Hampe in Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiet des konstruktiven Ingenieurbaus, vor allem bei der Berechnung und Konstruktion von Schalen- und Spannbetonbauwerken, ausgezeichnet. Erhard Hampe, seit 1962 ordentlicher Professor an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, gehört zu den international kreativsten und profiliertesten Ingenieurwissenschaftlern.

*

Der Marburger Völkerrechtler Professor Dr. **Gerhard Hoffmann** ist mit dem Grad eines Ehrendoktors der Jurisprudenz von der ungarischen Janus-Pannonius-Universität in Pecs ausgezeichnet worden. Er erhielt ihn in Würdigung seiner völker- und staatsrechtlichen Arbeiten, insbesondere seiner Abhandlungen zur Staatsbürgerschaft in Deutschland, aber auch in Anerkennung seiner Verdienste um die Gestaltung der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den Universitäten Pecs und Marburg.

BERUFUNG

Der 45jährige Münchner evangelische Militärdekan **Ruprecht Graf zu Castell-Rüdenhausen** ist zum neuen Ordensdekan, dem geistlichen Leiter des Johanniterordens berufen worden. Er tritt in diesem Amt die Nachfolge des im vorigen Jahr verstorbenen **Albrecht von Mutius** an. Der Johanniterorden in der Bundesrepublik hat derzeit rund 2800 Mitglieder. Er ging aus einer 1812 gestifteten protestantischen preußischen Adelsgenossenschaft hervor. Der Johanniterorden ist ursprünglich eine Stiftung der Kreuzfahrer des 11. Jahrhunderts.

Der ehemalige Präsident des baden-württembergischen Landtags, **Camill Wurz** (CDU), ist im Alter von 80 Jahren gestorben. Wurz war nach dem Krieg zunächst Rechtsanwalt in Baden-Baden und gehörte dann seit 1956 in den wichtigen Jahren, als das Land Baden-Württemberg zusammenwuchs, dem Landtag an. Schon vier Jahre später übernahm er die Leitung seiner Fraktion im Landesparlament. Die Allparteien-Koalition war zerbrochen, die CDU regierte zunächst mit der FDP und bildete dann 1966 mit der SPD eine große Koalition. 1968 wurde Wurz zum Parlamentspräsidenten gewählt und stand dem Landtag dann bis 1976 vor, als er nach 20jähriger Zugehörigkeit im Alter von 71 Jahren aus dem Parlament ausschied. Camill Wurz war Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband.

FECHTEN / Mit der jungen Anja Fichtel wächst ein großes Talent heran

Nachfolgerin von Cornelia Hanisch? Das beschäftigt sie überhaupt nicht

JÖRG STRATMANN, Bonn

Sie selbst nimmt die Entwicklung eher gelassen. „Zumindest belasten mich die ganzen Erfolge nicht bewußt", erklärt sie. „Und ich habe auch keinen festen Pläne, was ich als nächstes erreichen will." So sieht es Anja Fichtel, 17 Jahre alt, Fechterin aus Tauberbischofsheim. Also hat sie einfach drauflosgefochten und es dabei im letzten Jahr zur Junioren- und Mannschafts-Weltmeisterin gebracht. In diesem Jahr ist sie wieder weltbeste Juniorin. Und am letzten Sonntag sicherte sie sich in Göppingen ihren ersten Weltcup-Sieg in der Aktiven-Klasse. Die Nachfolgerin der großen Cornelia Hanisch, sagen viele. „Darüber mache ich mir im Augenblick keine Gedanken", das sagt sie dazu.

Aber da ist auch jemand, den das alles sehr mitnimmt, der in seiner Rolle als Betreuer Mühe hat, mit dieser rasanten sportlichen Entwicklung der Anja Fichtel Schritt zu halten. „Für mich ist die nervliche Strapaze fast unerträglich", stöhnte Alexander Pusch (30) noch am Tage nach dem Göppinger Turnier. Bei ihm, dem Weltmeister und Olympiasieger der Degen-Fechter, erlernte das Mädchen die ersten Fechtschritte. Seitdem betreut Pusch seine Schülerin auch auf ihren wichtigsten Turnieren. „Wenn ich selbst fechte, sehe und höre ich nichts", erzählt er, „aber wenn Anja ficht, renne ich wie ein Tiger an der Bahn entlang und weiß nicht wohin mit der Anspannung."

Seit ihrem neunten Lebensjahr übt Anja Fichtel beim erfolgreichen Vorbild Alexander Pusch, seit dieser 1976, wie fast alle Tauberbischofsheimer Spitzenfechter, eine Kinder-Trainingsgruppe als Übungsleiter übernahm. Das prägt. Zum einen ist Pusch für sie in vielen Dingen der *wichtigste Ansprechpartner*, denn „alle übrigen Trainer reden doch immer nur über das Fechten". Zum anderen kann sie in ihrem Fechtstil den Lehrmeister *nicht* leugnen. „Wenn Anja auf der Bahn steht", sagt Cornelia Hanisch, „meint man, eine Pusch-Kopie zu sehen."

Locker und leichtfüßig bewegt sich Anja Fichtel dann vor ihren Gegnerinnen, bereitet geduldig ihre Attakken vor, um schließlich, mit sicherem Gefühl für den richtigen Augenblick, ihre Treffer anzubringen. Intuition und präzise Technik – das zeichnet auch den Degen-Weltmeister Alexander Pusch aus. Zudem sind die Waffenbewegungen der Schülerin, die Paraden und Riposten, für eine Fechterin ungewöhnlich hart, so daß sie im Training durchaus auch im Herren-Florett mithalten kann. Spitzbübisch lachend kann sie von so manchem Sieg über verbissen kämpfende Jungen berichten.



Erst 17 Jahre und doch schon so erfolgreich. Von Sporthilfe-Chef Josef Neckermann wurde Anja Fichtel als erfolgreichste Junioren-Sportlerin ausgezeichnet. Sie ist in dem Alter, in dem sie noch unbekümmert an ihren Sport herangehen kann. FOTO:DPA

Zu diesen Trainingspartnern kommt eine ganze Schar von gleichaltrigen, fast ebenso erfolgreichen Florett-Fechterinnen, Trainingsbedingungen wie in keinem anderen Klub. Eines dieser Talente, Zita Funkenhauser, 18 Jahre alt, war schon Mannschafts-Olympiasiegerin in Los Angeles, ein anderes, die erst 16jährige Sabine Bau wurde in Göppingen völlig überraschend Fünfte.

„Im Grunde ist es ganz einfach, im Damen-Florett Weltmeisterin zu werden", hatte Weltmeisterin Cornelia Hanisch immer schmunzelnd erklärt, „man muß nur die Nerven behalten." Was so banal klingt, ist offenbar eine weitere Stärke von Anja Fichtel. Alexander Pusch formuliert es drastischer: „Wenn alle anderen Mädchen anfangen, herumzukreischen, bleibt Anja völlig cool."

Ein Talent also, in dem alle Tugenden einer herausragenden Fechterin gebündelt sind. Betreuer Pusch scheint es selbst kaum fassen zu können, wenn er von der cleveren und frechen Fechtweise seines Schützlings schwärmt und sich dann die sportliche Zukunft der Anja Fichtel und ihrer Mannschaftskameradinnen ausmalen soll: „Auf zehn Jahre bleibt die Mannschaft Weltklasse".

Schöne Aussichten auch für den Deutschen Fechterbund, der den Talenten schon am kommenden Wochenende beim Sieben-Nationen-Turnier in Berlin vertraut. Dazu gesellen sich die deutsche Meisterin Christiane Weber aus Offenbach und Vize-Weltmeisterin Sabine Bischoff aus Tauberbischofsheim als die erfahrenen Fechterinnen. Cornelia Hanisch, die im letzten Jahr noch einmal ausgeholfen hatte, sieht die Entwicklung mit Vergnügen: „Diesmal können es die Kleinen schon allein." Und Anja Fichtel wird wieder einfach drauflosfechten. „Über ihre Erfolge wird sie wohl erst nachdenken, wenn sie so alt ist wie ich – hoffentlich", meint Alexander Pusch.

STAND ● PUNKT

Bittere Bilanz

Zum Schluß habe sie sich in Stich gelassen gefühlt: kein Servicemann, keine Masseurin – *nichts. So habe sich der Eindruck* verstärkt, der Deutsche Ski-Verband (DSV) wolle von seinen Slalom-Spezialistinnen nichts mehr wissen. Gefragt seien viel mehr die Abfahrerinnen und Spezialistinnen für den Super-G-Wettbewerb. Und so hat Maria Epple-Beck die Konsequenzen gezogen: Am Wochenende wird sie bei den deutschen Meisterschaften in Todtnau ihre letzten Rennen bestreiten; am Montag erfolgt in München die offizielle Verabschiedung.

Das erstaunt, denn Maria Epple-Beck gehört mit ihren 26 Jahren keinesfalls zu den erfolglosen Seniorinnen ihrer Zunft. Bevor die Weltcup-Saison 1985/86 begann, nahm sie in der Slalom-Weltrangliste den dritten Platz ein. In der aktuellen Wertung ist sie im Slalom die Nummer fünf und im Riesentorlauf die Nummer vier – mithin absolute Weltklasse. Dennoch resigniert sie, hört noch vor Ende der Saison auf. Ihr Mann Florian Beck, ebenso wie sie Slalom-Spezialist, sagt: „Nicht aus Zorn, noch nicht einmal aus Frust. Es ist nur die Einsicht, daß die Verhältnisse nur dann zu ändern sind, wenn man etwas ganz anderes tut."

Zum Beispiel eine Ausbildung als Kosmetikerin und medizinische Fußpflegerin beginnen. So etwas sei allemal sinnvoller als sich noch einmal auf eine Weltmeisterschaft vorzubereiten. Es ist das Wissen darum, wie schwer das Siegen mittlerweile in ihrer Disziplin geworden ist. Und es ist das Wissen, daß der Weltmeistertitel von 1978 ebenso ein Muster ohne Wert zu sein scheint wie ihre jahrelange Zugehörigkeit zur Weltspitze. Obendrein habe sie erfahren müssen, daß die Mädchen zum Teil nur noch Marionetten der Trainer, Industriellen und Funktionären sind. Deshalb werde sie sich nun anderen Menschen zuwenden. Mariles bittere Bilanz.

K. Bl.

TENNIS / In Boca West überzeugten auch einmal andere deutsche Spieler

Wie gewöhnlich – Boris Becker tat sich in der ersten Runde sehr schwer

DETLEF KONZAK, Boca West

„Na ja, das war ein typisches Spiel der ersten Runde." Boris Becker hatte sich immer noch nicht ganz beruhigt. Schon während seines 6:3, 7:5-Sieges in der ersten Runde von Boca West in Südflorida hatte der Wimbledon-Sieger mehr als bisher nach verschlagenen Bällen Hilfe bei seinem Trainer Günther Bosch gesucht. Und das kam am späten Montag abend sehr oft vor. Denn die Nr. 246 in der Welt, der kleine, aber quirlige Niederländer Tom Nijssen, hätte sich fast als Becker-Schreck erwiesen. Wie seine Landsleute Huub van Boeckel bei den US Open in New York und Michael Schapers in Melbourne.

Becker hatte gegen den unbekannten Holländer – wie man es von ihm nun schon kennt – erhebliche Schwierigkeiten. Obwohl er das Spiel letztlich doch stets im Griff hatte, rätselte er: „Komisch, in der Trainingswoche vor Boca West fühlte ich mich sehr gut, und ich war auch entsprechend gut vorbereitet. Aber Match bleibt halt Match. Schließlich hatte ich drei Wochen lang nicht gespielt, hatte wegen meiner Knieverletzung vom Masters in New York noch vier *Tage lang* ein steifes Knie und merkte so deutlich, daß mir drei Wochen lang Wettkampfpraxis abgingen."

In der Weltrangliste hat ihn diese Pause jedoch nicht zurückgeworfen. Becker belegt weiterhin den fünften Platz hinter Lendl (CSSR), McEnroe (USA), Wilander (Schweden) und Connors (USA). Boris Becker meinte zu seinem Spiel gegen den Holländer weiterhin: „Im ersten Spiel ist man nie so konzentriert, besonders wenn es gegen einen Unbekannten geht. Aber ich weiß, dieses ist ein langes Turnier, und ich hoffe auf mindestens sechs Spiele."

Dann stünde er bereits im Finale dieses Superturniers, das Boris Bekker übrigens nach Wimbledon, Paris und New York als Nr. 4 in der Welt einstuft. Sein Trainer Günther Bosch, der erstmals bei einem Turnier seines Schützlings nicht mit Becker-Manager Ion Tiriac zusammen saß, schaute nach dem knappen Sieg überhaupt nicht glücklich aus: „Ich kann nicht ganz zufrieden sein. Schlagmäßig war er im Training doch so gut in Form. Und seine ständigen, hilfesuchenden Blicke zu mir bedeuteten lediglich, daß er eine *Erklärung* für die Abwechslung seiner schlechten und guten Schläge suchte. Dieses Spiel hat wieder einmal gezeigt: Man kann ein Training nie so recht modellieren und auf ein Match übertragen."

In der zweiten Runde trifft Boris Becker auf seinen Freund und Glücksbringer Pavel Slozil (CSSR), der schon des öfteren sein Trainings- und Sparringspartner gewesen ist: „Mir hat Pavel immer Glück gebracht. Aber jetzt, wo ich das erste Mal gegen ihn in einem echten Match spiele, heißt es, die Freundschaft beiseite zu legen. Ich kenne seine Schwächen, aber er kennt mich ja auch sehr gut." Dazu Günther Bosch: „Aber Slozil wird Boris mit Sicherheit mehr fürchten als umgekehrt." Das Spiel findet heute kurz vor Mitternacht statt.

Bei normalem Verlauf muß sich Boris Becker vor dem erneuten Zusammentreffen mit dem Schweden Stefan Edberg erst einmal mit weiteren CSSR-Stars auseinandersetzen, denn anschließend warten Libor Pimek und Tomas Smid auf ihn. (dpa)

Popp und Keretic gingen auf den Verband los

dpa, Boca West

Mit den Siegen von Boris Becker und von Steffi Graf über die Amerikanerin Melissa Gurney (1:6, 7:5, 6:1) konnte zum Auftakt des Turniers in Boca West gerechnet werden. Nicht aber mit den Erfolgen des Stuttgarters Damir Keretic und des Neussers Wolfgang Popp. Nach einer Verletzungspause von zwei Monaten überzeugte vor allem Keretic im Duell der beiden gebürtigen Jugoslawen gegen Marco Ostoja beim 7:6, 6:4.

Seit Wochen laboriert der Stuttgarter an einer Knieverletzung, wußte nicht, ob eine Operation durchgeführt werden mußte oder nicht, nachdem er bis Mitte Januar „nicht einmal vernünftig Treppen steigen konnte" und sogar „oft über die eigenen Füße stolperte". Keretic begann erst Mitte Januar mit einem leichten Lauftraining, und sein Sieg in Florida überraschte ihn selbst am meisten. „Auch wenn mich der Verband vergessen *hat*, aber ich bin erst 25 und fühle mich stark genug, auch noch in der Nationalmannschaft zu spielen. Aber der DTB ist für mich eine einzige Enttäuschung."

Keretic erläutert das näher. „Ich war nach Boris Becker im zweiten Halbjahr 1985 der beste deutsche Spieler bei den Grand-Prix-Turnieren, war stets trainingsfleißig und habe mich nie schlecht benommen. Außerdem bin ich in der Weltrangliste besser plaziert als fünf weitere deutsche Spieler, die aber jetzt für den erweiterten deutschen Kader für das Daviscup-Match in Mexiko nominiert bzw. eingeladen wurden." Gemeint sind Osterthun, Meinecke, Jelen sowie Popp und Kühnen.

Sein Doppelpartner von Boca West, Wolfgang Popp, ist für Mexiko zumindest als Sparringspartner eingeladen worden. Doch schon bevor der Frankfurter Doppelspezialist den an Nr. 20 gesetzten Amerikaner Scott Davis 6:3, 3:6, 7:5 niedergekämpft hatte, signalisierte auch Popp: „Okay, ich habe von der schriftlichen Einladung gehört. Aber nach all dem, was ich mit dem Deutschen Tennis-Bund schon erlebt habe, muß ich mir das alles reiflich überlegen. Während der Mexiko-Woche kann ich sowohl in Wien als auch in Metz Weltranglistenpunkte sammeln." Bei seinem Spiel drückten ihm fast alle anderen Deutschen die Daumen – nur Boris Becker ließ sich nicht blicken.

SKI NORDISCH / Jochen Behle will aufhören

Vor dem Rücktritt aber übte er harte Kritik am Verband

WOLF GÜNTHNER, Oberstdorf

Jochen Behle will Schluß machen. „Die Olympischen Winterspiele in Calgary sind für mich kein Thema mehr. Nach den Weltmeisterschaften 1987 werde ich meine Karriere beenden", sagt der 25jährige. Bevor er die Ski für immer abschnallt, wird der populärste deutsche Skilangläufer seit Walter Demel allerdings noch dreimal in Oberstdorf zu sehen sein. Am Freitag beim Weltcup-Rennen *über 50 km sowie im nächsten* Jahr bei den Deutschen Meisterschaften und den Welt-Titelkämpfen.

„Der Einsatz für den Langlauf durch den DSV ist mir zu wenig. Wir trainieren profihaft und werden, im Gegensatz zu Biathleten und Kombinierern, amateurhaft betreut." Behle adressiert harte Kritik an den Deutschen Skiverband (DSV). Der einzige deutsche Weltklasse-Langläufer, seit jeher ein Mann klarer Worte, bekennt offen: „*Ich will* zwar Trainer werden, aber nicht beim DSV. Dort kann der Trainer nicht tun, was er will, sondern muß sich von oben diktieren lassen, was gemacht wird."

Daher will Behle, der gegenwärtig die A-Trainer-Lizenz erwirbt und im Frühjahr mit der Ausbildung zum staatlichen Ski- und Langlauflehrer beginnen wird, das Diplomtrainer-Studium in Köln absolvieren und 1989 als Landestrainer beim Hessischen Skiverband einsteigen. „Im Landesverband könnte ich den Weg, wie man ihn gehen müßte, aufzeigen." Der DSV kommt bei ihm schlecht weg. Behles Konsequenz: „Ich treibe Leistungssport für mich und nicht für den Skiverband."

Verbittert ist der 14malige deutsche Meister vor allem deshalb, weil sich nach der Weltmeisterschaft in Seefeld, dem Tiefpunkt seiner Karriere, niemand um ihn gekümmert hat. „Diese Zeit hat mich charakterlich gefestigt. In den vielen Niederlagen lernte ich meine echten Freunde kennen." Zu Jahresbeginn war Behle *beim* DSV *abgeschrieben*. „Bei ihm sind alle Kammern leer", mutmaßte Sportdirektor Weinbuch damals. Inzwischen meldete sich Behle als Vierter des 15-km-Weltcuplaufs von Bohinj in die Weltklasse zurück.

„Man muß im Sport einfach auch Tiefs durchmachen, denn man kommt viel gefestigter wieder heraus. Auch meine Alleingänge waren nicht umsonst, denn jetzt kann ich in mich hineinhören und fühlen, was für meinen Körper gut ist." Seinen Negativerlebnissen gewinnt Behle heute sogar eine gute Seite ab.

Als Vorbild fühlt er sich *nicht*. „Ich muß erst schauen, daß meine Leistung stimmt." Behle bedauert sogar, daß im DSV hinter ihm eine solch große Lücke klafft. „Es wäre besser, wenn wir mehrere gute Läufer hätten. Dann fiele es nicht so auf, wenn ich mal hinten lande." Nach der Oberstdorfer Weltmeisterschaft, wenn Jochen Behle Schluß macht, wird im Langlauf-Bereich des DSV bestimmt keiner mehr auffallen.

(DPA)

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Boca Raton/Florida (1,8 Millionen Dollar), erster Spieltag: Herreneinzel, erste Runde: Popp (Deutschland) – S. Davis (USA) 6:3, 3:6, 7:5, Becker (Deutschland) – Nijssen (Niederlande) 6:3, 7:5, Keretic (Deutschland) – Ostoja (Jugoslawien) 7:6, 6:4, Brown (USA) – Schwaier (Deutschland) 6:4, 6:4, Purcell (USA) – Zivojinovic (Jugoslawien) 6:2, 6:4, Tim Gullikson (USA) – Günthardt (Schweiz) 7:6, 7:6, Holmes (USA) – de la Pena (Argentinien) 7:6, 6:4, Slozil (CSSR) – Benhabiles (Frankreich) 6:3, 6:3, M. Davis (USA) – Muster (Österreich) 2:6, 6:3, 7:6, Green – Campbell (beide USA) 6:4, 6:2, Wilkison (USA) – Moir (Südafrika) 6:3, 6:3, Fitzgerald (Australien) – Stefanki (USA) 6:2, 6:1, Cancellotti (Italien) – Moir (Südafrika) 6:7, 6:4, 6:4, Arias (USA) – Kirmayr (Brasilien) 6:2, 6:2, Solomon (USA) – Simpson (Neuseeland) 6:4, 6:4, Gurfein – Depalmer (beide USA) 6:3, 1:6, 6:4, Warbecke (USA) – Gonzales (Paraguay) 7:6, 6:3, Scanlon (USA) – Oresar (Jugoslawien) 6:4, 6:3, Smid (CSSR) – Lopez-Maeso (Spanien) 6:1, 6:4, Krickstein (USA) – Prpic (Jugoslawien) 4:0 Prpic aufgegeben, Pate – Moor (beide USA) 6:1, 6:3.

Dameneinzel, erste Runde: Graf (Deutschland) – Gurney (USA) 1:6, 7:5, 6:1, Schropp (Deutschland) – Sands (USA) 7:5, 7:6, Bunge (Deutschland) – Raponi-Longo (Argentinien) 6:0, 6:1, Lindqvist (Schweden) – Pfaff (Deutschland) 6:1, 6:2, Garrison (USA) – Cueto (Deutschland) 6:2, 6:2, Herr (USA) – Betzner (Deutschland) 6:4, 6:2, Foltz (USA) – Keppeler (Deutschland) 4:6, 6:2, 6:2, Rehe (USA) – Karlsson (Schweden) 6:3, 6:3, Minter (Australien) – Louie (USA) 6:2, 2:6, 7:5, Henricksson (USA) – Jaeger (USA) 6:7, 6:2, 6:2, Budarova (CSSR) – Dias (Brasilien) 6:1, 6:2, Marsikova (CSSR) – Pete-Walsh (USA) 6:1, 6:0, Potter (USA) – Dunbar-Nelson (USA) 6:3, 6:4, Durie (Großbritannien) – Holton (USA) 6:4, 6:0, Sukova (CSSR) – Werdel (USA) 6:1, 7:5, Phelps (USA) – Smylie (Australien) 6:3, 1:6, 6:4, McNeil (USA) – Scheuer-Larsen (Dänemark) 3:6, 6:1, 6:2, Gadusek (USA) – Jausovec (Jugoslawien) 6:1, 6:0, Thompson (USA) – Medrado (Brasilien) 3:6, 6:1, 6:1, Dingwall-Tobin (Australien) – Norton (USA) 6:1, 5:7, 7:5, Casale – Fernandez (beide USA) 6:4, 6:2, W. White (USA) – Demongeot (Frankreich) 5:7, 6:1, 6:2, Reggi (Italien) – Paradis (Frankreich) 6:4, 4:6, 6:4, Jordan – R. White (beide USA) 6:3, 6:0, Maleeva (Bulgarien) – Gildemeister-Arraya (Peru) 4:6, 6:1, 6:1.

FUSSBALL

Länderspiel „U16" in Varna: Bulgarien – Deutschland 1:2 (1:0).

EISHOCKEY

Länderspiel in Karlskoga: Schweden – UdSSR 4:7 (2:2, 1:2, 1:3).

NACHRICHTEN

Für offene Spiele

Lausanne (sid) – IOC-Präsident Samaranch plädiert für offene Spiele 1988 in Calgary und in Seoul. Er hat FIFA-Präsident Havelange aufgefordert, zum olympischen Fußballturnier die besten Profis zu schicken.

Der stärkste Mann

Frankfurt (sid) – Manfred Nerlinger (Neuaubing) war 1985 der stärkste Gewichtheber der Welt. Mit 242,5 Kg im Stoßen des Superschwergewichts schaffte er die größte Last.

Deckhengst eingeschläfert

Uetze (dpa) – Im Gestüt Buschhof bei Hannover ist der 25jährige Galopper-Deckhengst Dschingis Khan wegen unheilbarer Gesichtslähmungen eingeschläfert worden. Als Rennpferd verdiente er über 250 000 Mark.

Cognac beschlagnahmt

Doha (sid) – Bei der Einreise zum internationalen Junioren-Fußballturnier in Qatar wurden bei DFB-Trainer Berti Vogts zwei Flaschen Cognac beschlagnahmt. In Qatar herrscht absolutes Alkoholverbot.

Mailand und Schuster

Mailand (sid) – Für zehn Millionen Mark erwarb der italienische Fernseh-Produzent Berlusco die Aktienmehrheit von 51 Prozent beim Fußballklub AC Mailand. Berluscos spanischer Fernsehsender „Roma" soll bereits eine Option an dem früheren deutschen Nationalspieler Bernd Schuster erworben haben.

Weltrekord abgewertet

Indianapolis (sid) – Die Hallenweltbestleistung des amerikanischen Stabhochspringers Billy Olson wurde von 5,94 m auf 5,93 m abgewertet. Die Höhe ist nach dem Rekordsprung nicht nachgemessen worden.

Mit 36 Athleten

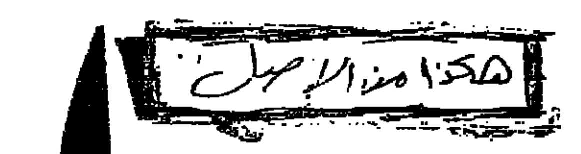
Darmstadt (dpa) – Mit einer 36köpfigen Mannschaft fliegt der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) zu den Hallen-Europameisterschaften am 22./23. Februar nach Madrid. Abgesagt haben die Sprinter Haas, Lübke und Skamrahl.

2:1-Sieg in Varna

Varna (sid) – Nach dem 1:1 im ersten Spiel gewann die deutsche Fußball-Jugendmannschaft „Unter 16 Jahren" in Varna den zweiten Vergleich gegen Bulgarien mit 2:1 (0:1). Die Tore für die deutsche Mannschaft erzielten Hubner (Bochum) und Fallack (Uerdingen).

Erst im Juli

Mühlen (sid) – Der vierjährige Hengst Diamond Way, mit 1 188 900 Mark erfolgreichster deutscher Traber wird in diesem Jahr sein erstes Rennen am 27. Juli in Berlin bestreiten. Diamond Way soll zuvor als Deckhengst eingesetzt werden.



Über 100 Lufthansa Flüge von Deutschland nach Nordamerika. Woche für Woche.

Das bietet Ihnen keine andere Fluggesellschaft: Woche für Woche fliegt Lufthansa zu 15 Zielen in USA und Kanada. Insgesamt über 100mal. Alle Flüge nonstop oder direkt: ab Frankfurt, Düsseldorf und Hamburg. Und ab 30. 3. auch täglich ab Stuttgart direkt und ab München nonstop. Wenn Sie also demnächst den Atlantik überqueren wollen, nutzen Sie das umfangreichste Nordamerika-Angebot ab Deutschland nach: Anchorage, Atlanta, Boston, Calgary, Chicago, Dallas, Houston, Los Angeles, Miami, Montreal, New York, Philadelphia, San Francisco, Toronto, Vancouver.

Bei so vielen Flügen ist bestimmt auch für Sie der richtige dabei. Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.





Sie finden uns in Halle 9, Stand 56.

Rogers hält den Europäern „Wehklagen" vor

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Auf die schwierige Entscheidungslage, in die Westeuropa durch die Strategische Verteidigungsinitiative der USA (SDI) und die sowjetischen Vorschläge zur Abschaffung aller Atomwaffen gerät, hat der NATO-*Oberbefehlshaber*, *General Bernard* Rogers, aufmerksam gemacht. Der amerikanische Offizier erklärte gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung", „daß wir in Europa uns vielleicht eine atomare Nullösung gar nicht wünschen sollten". Denn die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen hätte zur Folge, daß die Pershing II-Raketen und Marschflugkörper aus Europa abgezogen werden müßten, die sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 aber weiterhin Europa auch von jenseits des Urals erreichten. Gerade die westlichen Mittelstreckensysteme seien die einzigen, die die Verkoppelung der europäischen mit der amerikanischen Sicherheit garantierten, da allein sie von europäischem Boden aus bis in die Sowjetunion reichen könnten.

Angesichts der Gefahr, daß für die USA und ihre europäischen NATO-Verbündeten Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen, zeigte sich Rogers „sehr enttäuscht" darüber, daß die Westeuropäer die SDI-Forschung der USA nicht durch ein Komplimentärstück für Europa ergänzen.

Von Bonn sei die Anregung gekommen, eine eigene europäische Verteidigungsinitiative mit dem Ziel zu starten, ein System zur Abwehr der sowjetischen Mittel- und Kurzstreckenraketen zu finden, die ausschließlich Europa und nicht die USA bedrohen. Den Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland hätten die europäischen Verbündeten aber nicht aufgegriffen. Stattdessen ergingen sie sich in „Wehklagen" darüber, daß die USA allein ihr Territorium *schützen wollten und Europas* Sicherheit leiden würde.

Rogers machte klar, daß es bei SDI jetzt und bis auf absehbare Zeit ausschließlich um Forschung gehe. Was das Ergebnis sein werde, könne niemand mit Gewißheit voraussagen. Im übrigen habe ihm der SDI-Leiter, General Abrahamson, versichert, daß in den USA auch die „Abstimmung von SDI mit den europäischen Bedürfnissen" untersucht werde.

General Rogers machte den Europäern ihren politischen Spielraum im *Lichte der Strategischen Verteidigungsinitiative* bewußt. „Sollte sich SDI als machbar und sinnvoll erweisen, dann müßten sich die Europäer entscheiden, ob auch sie ein entsprechendes System haben und selbst entwickeln wollen", sagte Rogers. „Sie sollten sich sagen: Wir verteidigen unser hier in Europa gelegenes eigenes Land. Wenn wir dieses Abwehrsystem nicht wollen, dann müssen wir als Konsequenz zur Abschreckung und zum Gegenschlag unsere Pershing II und Marschflugkörper *hier in Europa* behalten. Das ist exakt die Entscheidung, vor der wir dann stehen."

Deutsche Autoren unter dem Druck Ceausescus

Literaten kritisieren das Verhalten der Bundesregierung

AP/dpa, Berlin

Auf das Schicksal deutschsprachiger Autoren in Rumänien hat der Lyriker Rolf Bossert hingewiesen. Dem 33jährigen Bossert und seiner Familie war im Dezember 1985 die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gestattet worden.

Die deutschsprachigen Kollegen hätten enorme Existenzsorgen, zumal da sie als Vertreter *einer sprachlichen* Minderheit kaum noch Leser fänden, sagte Bossert bei einer Veranstaltung im „Berliner Literaturhaus". „Politisch unliebsame Autoren" müßten *zudem mit Verfolgung, Berufsverbot*, Arrest und monatelanger Untersuchungshaft rechnen.

Bossert war in die Bundesrepublik „entlassen" worden, nachdem der rumänische Staatssicherheitsdienst unter anderem Manuskripte, Arbeitsunterlagen und seine gesamte Korrespondenz beschlagnahmt hatte. Der Autor zweier Lyrikbände und Kinderbücher hatte 1984 bei der rumänischen Paßbehörde um Ausreise in die Bundesrepublik nachgesucht. Kurz nachdem der Antrag angenommen worden war, verlor Bossert seinen Arbeitsplatz als Verlagslektor. Er erhielt zudem nach eigenen Angaben ein generelles Berufsverbot. Die beschlagnahmten Manuskripte wurden ihm erst zwei Tage vor seiner Ausreise in den Westen zurückgegeben. Es wurde ihm aber verboten, sie mit nach Deutschland zu nehmen. Bossert versteht sich nicht als Dissident. Sein Ausreiseantrag basiere allein auf dem Wunsch, „ungehindert schriftstellerisch" arbeiten zu können.

Der Lyriker verwies auch auf das Schicksal des ebenfalls deutschsprachigen Autors Johann Lippet, der Dramaturg am Deutschen Staatstheater in Temeswar sei und nur ein Monatsgehalt von umgerechnet etwa 120 Mark bekomme. Der Fall des Schriftstellers William Totok, der nach Beschlagnahme seiner unveröffentlichten Texte fast zehn Monate ohne Anklage in Untersuchungshaft gesessen habe, sei keine Seltenheit. In zwei anderen Fällen, in denen Schriftsteller unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen seien, weigerten sich die zuständigen Behörden, eine Autopsie anzuordnen. So sei im vergangenen Jahr der 45jährige Theaterkritiker Marius Robescu unter bislang ungeklärten Umständen gestorben.

Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz warf der Bundesregierung vor, sie kümmere sich zuwenig um die Ausreiseanträge der deutschsprachigen Literaten. Es sei unverständlich, warum sich Bonn „so eigentümlich freundlich" gegenüber Bukarest verhalte. Die Schriftstellerin sprach von einer „Barriere der diplomatischen Beziehungen", die ihrer Meinung nach eventuelle Hilfsmaßnahmen für die rumänischen Schriftsteller von Seiten der Bundesregierung erschwere. So floriere derzeit der Wirtschaftshandel zwischen beiden Ländern. Darüberhinaus sei Nicolae Ceausescu gerade in der Bundesrepublik Deutschland einer der angesehensten Staats- und Parteichefs aus dem Lager der sozialistischen Länder.

MAD-Gesetz im Urteil von Experten: Aufgaben nur „wolkig" formuliert

Abwehrdienst wünscht auch Beobachtung der Militärattachés und Rüstungsbetriebe

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Rund dreißig Jahre hat es gedauert, bis der Militärische Abschirmdienst (MAD) der Bundeswehr und seine Arbeit auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Als dieser Nachrichtendienst beim Aufbau der neuen deutschen Streitkräfte entstand, glaubten die verantwortlichen Politiker, es genüge, seine Existenz auf die „Organisationsgewalt" des damals noch so bezeichneten Bundesministeriums für Verteidigung zu gründen.

Fachleute üben Kritik

Diese Ansicht hat sich im Laufe der vielen Jahre und bedingt durch die Reihe der Affären, die auch dem MAD wie *anderen* Nachrichtendiensten nicht erspart blieb, gewandelt. Heute gehört zum Entwurfspaket der „Sicherheitsgesetze" auch ein MAD-Gesetz, das aber, kaum, daß es bekannt wurde, in *Fachkreisen wegen* seiner offenkundigen Mängel bereits scharfer Kritik unterzogen wird.

Hervorstechend an dieser Kritik ist der Hinweis auf die im Entwurf „wolkig" formulierten Aufgaben des MAD. Es heißt darin, er nehme „zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte" Aufgaben wahr, „die denen einer Verfassungsschutzbehörde entsprechen". Vor einigen Jahren hatte ein stellvertretender Chef dieses Dienstes die Aufgaben noch sehr viel unmißverständlicher und präziser formuliert: „Der MAD hat den eindeutigen Auftrag, gegen die Bundeswehr gerichteten Angriffen fremder geheimer Nachrichtendienste und sicherheitsgefährdender politisch motivierter Kräfte vorbeugend und abwehrend zu begegnen und der politischen und militärischen Führung ein Lagebild zu vermitteln." Diese sprachliche Klarheit fehlt nach Meinung von Gebeimdienst-Experten im Entwurf. Darin ist vom Auftrag nicht einmal die Rede; lediglich „obliegt" ihm etwas und er „wirkt mit". Die militärische Natur des Dienstes erscheine schon dadurch stark beeinträchtigt, wird von Experten betont. Hinzu komme eine zum Teil sehr praxisferne Festlegung des MAD-Auftrages in bestimmten Bereichen.

Bemängelt wird, daß der Gesetzentwurf nicht ausdrücklich die Militärorganisationen wie den Bundeswehr-Verband und *den Verband der* Reservisten als Zuständigkeitsbereich des MAD erwähnt. Genauso fehle die Festlegung, daß der MAD für die Beobachtung der Militärattachés *fremder Mächte in der Bundes*republik Deutschland, besonders jener aus den Staaten des Warschauer Paktes, verantwortlich sein solle.

Des weiteren bleibt die nicht minder gravierende Frage offen, warum nicht der MAD auch für die Sicherheit in der Industrie, – soweit sie für die Bundeswehr fertigt –, und das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung als zuständig erklärt wird. Der Entwurf lege zwar fest, daß der MAD mit den Behörden des Verfassungsschutzes eng zusammenarbeiten solle. Sinnvoller aber wäre es, den MAD in den erwähnten Bereichen direkt als verantwortlich zu erklären, da allein bei ihm der Sachverstand für das Einschätzen von Risiken und das daraus resultierende Handeln vorhanden sei. Dies gelte schließlich auch für die Kasernen der Bundeswehr selbst, wo nach dem Gesetzentwurf nicht von vorneherein der MAD zuständig sein soll, sondern in zahlreichen Fällen der Verfassungsschutz. Auch die Beobachtung der sowjetischen Militärmissionen, in denen überwiegend Mitarbeiter des sowjetischen Armeegeheimdienstes GRU wirken und fast ausschließlich militärisches Nachrichtenmaterial sammeln, dürfe nicht dem Verfassungsschutz obliegen, sondern dem MAD.

Generell wird von den Kritikern begrüßt, daß im „Sicherheitspaket" auch ein „Zusammenarbeitsgesetz" (ZAG) zur Regelung des Informationsaustausches aller Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden bei der Gefahrenabwehr im Staats- und Verfassungsschutz einschließlich des Bundesnachrichtendienstes (BND) zur Verabschiedung vorliegt.

Sachdienliche Kooperation

Dieses ZAG verpflichtet Bund und Länder gleichermaßen zur sachdienlichen Kooperation. Als kritisch aber gilt, daß der MAD wie der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz lediglich auf Ersuchen von Polizei, Bundesgrenzschutz oder Staatsanwaltschaft einschlägige Informationen über verdächtige Personen erhält.

Gericht bringt britische Drucker in Verlegenheit

REINER GATERMANN, London

Wie effektiv die von der Regierung Thatcher erlassenen Arbeitsmarktgesetze den Aktionsradius der Gewerkschaften eingeschränkt haben, machte nicht nur die Verhängung einer *Geldstrafe* von *25 000* Pfund (rund 87 500 Mark) deutlich, sondern die gleichzeitig angeordnete Zwangsverwaltung des gesamten Vermögens der Druckergewerkschaft Sogat 82 in *Höhe* von *17 Millionen Pfund*.

Um zu verhindern, daß die vier Zeitungen des Verlegers Rupert Murdoch, „Times", „Sun", „Sunday Times" und „News of the World", die etwa ein Drittel der britischen Zeitungsauflage stellen, an die Abonnenten und Verkaufsstellen ausgeliefert werden können, rief die Gewerkschaft Sogat 82 ihre in den regionalen Verteilerstellen beschäftigten Mitglieder auf, sich nicht mit den Titeln des Murdoch-Konzerns, mit dem Sogat im Arbeitskampf liegt, zu befassen. *Die Auslieferung* wurde teilweise behindert.

In einer einstweiligen Verfügung forderte ein Gericht am 27. Januar die *Gewerkschaft auf*, diese *Anordnung* zurückzuziehen. Sie ist seit 1984 gesetzwidrig. Nach dem neuen Gesetz sind sogenannte Sekundäraktionen verboten. Sogat und die zweite große Druckergewerkschaft NGA bestreiken Murdoch, sie können die Herstellung der Zeitungen jedoch nicht verhindern. Da deren Transport und Vertrieb in den Händen anderer Firmen liegen, gegen die direkt kein Arbeitskampf geführt wird, dürfen die dort beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder die Verteilung der Murdoch-Zeitungen auch nicht verweigern. Als Sogat 82 sie jetzt dazu aufforderte, machte sie sich strafbar. Der Grund: Die Mitglieder wurden ermahnt, keine Murdoch-Zeitungen zu befördern.

Damit hat die Regierung die Ausbreitung von Arbeitskämpfen durch Sympathiestreiks unter anderem unterbunden. Insgesamt erwirkte der bestreikte Verleger bisher sieben einstweilige Verfügungen, meistens wegen Verstoßes gegen den Sekundär-Paragraphen. Sogat mißachtete die Gerichtsorder und muß jetzt dafür *teuer bezahlen. Die 25 000 Pfund* sind nicht so schmerzhaft wie der Verlust der Verfügungsgewalt über das eigene Vermögen. Dazu zählen nicht nur die Bankkonten, sondern auch die Dienstwagen und Gebäude. *In Praxis kann die Gewerkschaft* keine Streikgelder und keine Gehälter mehr zahlen. Sie wird das Gericht nur umstimmen können, wenn sie sich seinem Urteil beugt und sich für die bisherige Weigerung entschuldigt. Der Sogat-Verwaltungsrat beriet gestern abend über die künftige Verfahrensweise. *In einem Schreiben an das* Oberste Gericht erklärte die Gewerkschaftschefin Brenda Dean, ihr liege eine Mißachtung des Gerichts fern. Die neuen Gesetze haben nach ihrer Meinung „ernsthaft die Möglichkeiten der Gewerkschaften beschnitten".

CDU-Abgeordneter: Benda illoyal

dpa, Bonn

In einem offenen Brief hat der CDU-Bundestagsabeordnete Helmut Link dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda (CDU), politische Illoyalität vorgeworfen. In dem Schreiben wird Benda beschuldigt, die Solidarität gegenüber der eigenen Partei dadurch zu verletzen, daß er den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neutralität des Staates im Arbeitskampf öffentlich abgelehnt habe und für die SPD-Regierung von Nordrhein-Westfalen ein Gutachten dazu ausarbeiten will.

Link erinnerte Benda daran, daß er als Staatssekretär und später als Minister in der Regierung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD 1969 in dem Gesetzentwurf zur Neutralität der Bundesanstalt gegen jede Zahlung an durch Streik mittelbar arbeitslos gewordene Arbeitnehmer eingetreten sei. Es sei „sehr widerspruchsvoll", wenn Benda heute einen Gesetzentwurf öffentlich kritisiere, der weit über die damalige Regierungsvorlage hinausgehe und bis auf *zwei Fälle immer die Unterstützung* für mittelbar vom Streik Betroffene vorsehe.

DKP-Steuerhilfe beschäftigt Landtag

p. p. Bonn

Der von *DKP-Funktionären* geführte „Lohnsteuerhilfeverein – Steuerhilfe für Arbeitnehmer e. V." (WELT vom 3.1.) beschäftigt jetzt den Düsseldorfer Landtag: Fünf SPD-Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet haben in einer Kleinen Anfrage nähere Auskunft von der Landesregierung verlangt. Die Parlamentarier vertreten Wahlkreise, in denen auch die DKP-Steuerhilfe angesiedelt ist.

In den Fragen heißt es unter anderem: „Da die bereits veröffentlichten Darstellungen über den Lohnsteuerhilfeverein des *DKP-Funktionärs* Günter Jorgs den Schluß zulassen, daß über 16 000 Bundesbürger ihre persönlichen finanziellen und wirtschaftlichen Daten in den 50 Büros jenem Lohnsteuerhilfeverein anvertrauen, in dem handverlesene DKP-Funktionäre die Oberaufsicht führen, fragen wir die Landesregierung", ob „*eine zweckwidrige Nutzung der per*sönlichen Daten mit Sicherheit" auszuschließen sei. Und: „Gibt es Erkenntnisse, ob die persönlichen Daten aus Steuererklärungen den gegnerischen *Nachrichtendiensten* (z. B. in der DDR) unzulässigerweise bekannt sind?"

Minister beklagt EKD-„Linkstrend"

idea, Bonn

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, hat bedauert, daß sich ein „deutlicher politischer Linkstrend in die evangelische Kirche eingeschlichen" habe. In einem Interview mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) sagte der Unionspolitiker, die politischen Äußerungen aus dem evangelischen Bereich *orientierten* sich „zunehmend an Positionen der SPD". Die Bundesregierung müsse deshalb sorgfältig unterscheiden „zwischen dem, was ursächlich kirchliches Anliegen ist, und dem, was bereits von einer bestimmten politischen Richtung überlagert" ist.

Darüber hinaus bestehe in der evangelischen Kirche ein „Nachholbedarf an eindeutigen Stellungnahmen zur Abtreibung". Die christlichen Kirchen müßten das „Bewußtsein schärfen, daß Abtreibung Tötung menschlichen Lebens und daher grundsätzlich nicht erlaubt" sei. Der „Mißbrauch der Notlagenindikation würde von den Unionsparteien dann *gestoppt werden, wenn sie dafür eine* Mehrheit im Bundesrat und Bundestag finden würden".

Verfahren gegen Walesa eingestellt

AFP, Danzig

Der Verleumdungsprozeß vor dem Danziger Bezirksgericht gegen den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa ist gestern am ersten Verhandlungstag eingestellt worden. Der Friedensnobelpreisträger und Vorsitzende der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" wurde beschuldigt, die staatlichen Wahlkommissionen beleidigt zu haben, weil er eine niedrigere Wahlbeteiligung an den Parlamentswahlen im Oktober 1985 geschätzt hatte als offiziell angegeben. Die Staatsanwaltschaft gab ihre Strafverfolgung in diesem ersten Verfahren gegen Walesa nach dem Verbot der „Solidarität" auf, nachdem der Arbeiterführer vor Gericht erklärt hatte, es sei „nicht seine Absicht gewesen, irgendjemanden zu verleumden noch den guten Ruf irgendeiner Person zu schädigen". Aus zuverlässiger Quelle verlautete, der Kompromiß sei das Ergebnis geheimer Verhandlungen gewesen, die der Kirche nahestehende Persönlichkeiten geführt hätten. Zur Zeit wird in Polen der Priester Marian Golabek gerichtlich verfolgt, *weil er sich in „diffamierender Weise"* über den Wahlauschschuß geäußert haben soll.

Genscher lobt Brandt-Rede zu 116

rmc. Bonn

Als „*Signal der Verständigungsbereitschaft*" in der Auseinandersetzung um den Paragraphen *116* Arbeitsförderungsgesetz wertet Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) die Bundestagsrede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt am 5. Februar. In seinem Wuppertaler Wahlkreis sagte Genscher vor Parteimitgliedern, bei aller Härte und Kritik habe Brandt bei der Ersten Lesung zur Novellierung des Paragraphen von der Möglichkeit gesprochen, die Zusammenhänge neu zu überdenken. Sein Appell, die Koalition solle sich in den Ausschußberatungen über sachlich fundierte Kritik nicht hinwegsetzen, werde nicht ungehört bleiben, wenn die SPD ihre Haltung *durch* Verbesserungsvorschläge konkretisiere.

Es sei an der Zeit, sagte Genscher, bei der Auseinandersetzung um das Streikrecht „Brücken der Verständigung" zu beschreiten. Dazu gehöre auch, daß die „Kampagne" gegen Bundesarbeitsminister Blüm eingestellt werde. Die Bundesregierung sei *bereit, konstruktive* Verbesserungsvorschläge zum Paragraphen 116 „ernsthaft zu prüfen".

Midland gibt auf

Sbt. (Washington) – Der Verkauf der Crocker National Corp. an die ebenfalls in San Francisco ansässige Wells Fargo & Company zeigt einmal mehr, wie schwierig es für ausländische Banken ist, sich in dem scharfen Wettbewerbswind, der in den USA weht, zu behaupten. Die britische Midland Bank ist nicht die erste, deren Träume sich nicht erfüllt haben. Barclays, Lloyds, die European-American und andere Institute wurden ebenfalls kräftig geschüttelt, bevor sie mithalten konnten. Indes, Midland trifft es schlimm, während Wells Fargo den besten „Deal", den man sich denken kann, aushandelte.

Die Rechnung ist einfach: Die Briten erwarben im Juli 1980 eine Mehrheitsbeteiligung an Crocker in Höhe von 57 Prozent für 850 Millionen Dollar. Nachdem die kalifornische Bank 1983 und 1984 Verluste von 10,4 und 324 Millionen Dollar erwirtschaftet hatte, übernahmen sie die restlichen 43 Prozent für 375 Millionen Dollar. Midland engagierte sich also mit mehr als 1,2 Milliarden Dollar. Wells Fargo wiederum zahlt 1,08 Milliarden Dollar.

Midland beteuert zwar, sie erhalte das in Crocker investierte Geld zurück. Die Wahrheit sieht jedoch anders aus. Der Handel war für Wells Fargo nur attraktiv, weil die Briten insgesamt 3,5 Milliarden Dollar an Crocker-Ausleihungen übernehmen. Von diesen Problemkrediten entfallen zwei Drittel auf Lateinamerika und ein Drittel auf die USA. Damit ist Crocker wieder gesund; am Jahresende betrug der Anteil der ertraglosen Kredite an der Bilanzsumme nur noch 1,5 Prozent. Wer war da cleverer?

Katzenjammer

DW. – Katzenjammer tritt nicht nur am Aschermittwoch auf – Briefe vom Finanzamt, Rechnungen vom Gaswerk oder die Höhe der Telefongebühren können Ähnliches bewirken. Müssen sie aber nicht, wie ein Rundbrief beweist, den ein Heidelberger Fachbetrieb für Dach-, Wand- und Abdichtungstechnik seiner Klientel geschickt hat. Da heißt es: „Verehrte Kunden! Nachdem wir die Mehrwert-, Körperschaft-, Vermögen-, Gewerbe-, Lohn-, Kirchen-, Kapitalertragssteuer bezahlt, Beiträge zur Krankenkasse, Innungs-, Handwerkskammer-Organisationen, Entgeltfortzahlung-, Invaliden-, Angestellten-, Arbeitslosen-, Feuer-, Einbruch-, Unfall-, Haftpflicht-, Betriebsunterbrechung-, Glas-, Auto-, Rechtsschutzversicherung, die Gebühren für Gas, Wasser, Kanal, Strom, Heizung, Müllabfuhr, Kaminkehrer, Telefon, Zeitungen usw. entrichtet haben, bleibt uns dieses Monat nur noch das Geld für diese Reklame übrig und Sie zu bitten, unsere Firma durch weitere Aufträge unterstützen zu wollen. Für Ihren Auftrag danken Ihnen das zuständige Finanzamt und wir."

TRANSPORTUNTERNEHMEN / Scharfe Kritik des DIHT an den Marktordnungen

Das Interesse der Wirtschaft verlangt nach mehr Wettbewerb im Verkehr

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Für mehr Wettbewerb im Güterkraftverkehr plädiert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT). Es könne nicht im Interesse der Transportunternehmen und der verladenden Wirtschaft liegen, an einer Marktordnung festzuhalten, die staatliche Behörden entscheiden läßt, wieviel Transportkapazität dem Markt zur Verfügung gestellt wird. In der jetzt vorgelegten Ausarbeitung kritisiert der DIHT, daß der Ausbau der Bundesverkehrswege sich zu wenig am tatsächlichen Bedarf orientiere.

Nach dem Beschluß des Europäischen Rates vom Juni in Mailand und dem Rat der Verkehrsminister vom November, bis spätestens 1992 einen Verkehrsmarkt ohne quantitative Beschränkungen zu verwirklichen und in der Übergangszeit die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen in der EG zu harmonisieren, können die nationalen Märkte nach Ansicht des DIHT nicht mehr dem eigenen Verkehrsgewerbe vorbehalten bleiben. Die internationalen Verkehre könnten nicht mehr ausschließlich den Transportunternehmen der jeweils beteiligten Handelspartner zugewiesen werden.

Die Diskussion über die Ausgestaltung einer europäischen Verkehrsmarktordnung sollte sich an der Frage orientieren, inwieweit staatliche Einwirkung auf den Güterkraftverkehr in Europa überhaupt im deutschen Interesse liege. Gerade für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik hat der Warenaustausch mit den europäischen Nachbarn die größte Bedeutung; der wichtigste Träger dieses Warenaustauschs sei eben der Güterkraftverkehr.

Der DIHT rechnet mit mehr Wettbewerb. Dazu sei die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen notwendig. Sie allein sei jedoch noch keine ausreichende Antwort auf die Herausforderung, die vor allem die Zulassung ausländischer Unternehmen zum Verkehr innerhalb der Bundesrepublik bedeutet. Denn die Anziehungskraft des deutschen Verkehrsmarktes für ausländische Wettbewerber werde nicht allein durch das Ladungsaufkommen bestimmt.

Eine vergleichbare Rolle spiele auch das Frachtniveau, für das aber vor allem die Tarifkommission des Güterfernverkehrs verantwortlich ist. „Sie wird darauf achten müssen, daß die vielzitierte ‚Tendenz zur Überkapazität' nicht tatsächlich ausgelöst wird, nämlich als Folge einer Tarifpolitik, die sich zu sehr auf die Wirksamkeit staatlicher Marktkontrollen verläßt und sich zu wenig am wirklichen Marktgeschehen ausrichtet", warnt der DIHT.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tages- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten" Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbedingter Dringlichkeit zurückgestuft worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubaustrecken der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrslenkung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsetat bis 1989 nicht weiter angehoben. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrswegeausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist". Mittel- und langfristig bleibe die Frage, wieviel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

EG-AGRARPREISVERHANDLUNG

Kommissionsvorschläge stoßen auf Ablehnung

WILHELM HADLER, Brüssel

Als schwieriger denn je kündigen sich in diesem Jahr die Brüsseler Agrarpreis-Verhandlungen an. EG-Experten halten es nicht für ausgeschlossen, daß das Tauziehen um Mindestpreise, Interventionsbedingungen und andere „flankierende" Maßnahmen bis in den Sommer hinein andauern wird und daß die EG-Kommission sogar gezwungen sein könnte, im Verwaltungsweg Maßnahmen zur Eindämmung der Kosten des Agrarmarktes zu verhängen.

Gegen eine schnelle Einigung sprechen zunächst einmal die Wahlen in Frankreich (16. März) und Holland (21. Mai). Da kein Agrarpolitiker seinen Landwirten Einkommensopfer ersparen kann, fehlt diesmal der früher festzustellende politische Druck. Falls in Paris die Parlamentsmehrheit wechselt, muß der neuen Regierung auch eine gewisse Frist zur Einarbeitung gewährt werden.

Das Europaparlament hat bereits darauf hingewiesen, daß es seine Stellungnahme nicht vor dem 17. April abgeben kann. Damit steht schon jetzt fest, daß das neue Wirtschaftsjahr für Milch und Rindfleisch (1. April) verschoben werden muß. In den Bereichen, in denen Preissenkungen (Butter) vorgesehen sind oder eine Erzeugermitverantwortung (Getreide) eingeführt werden soll, ist mit zusätzlichen Kosten zu rechnen.

Wichtiger noch ist, daß nach den vorliegenden Reaktionen kaum Chancen für das von der Kommission vorgelegte „Preispaket" bestehen. Berufsorganisationen und Regierungen scheinen sich – wenn auch mit entgegengesetzten Argumenten – zu einer Einheitsfront gegenüber der EG-Behörde verbündet zu haben.

Sowohl Ernährungsminister Kiechle wie sein französischer Kollege Nallet halten die Kommissionsvorschläge nicht für kompromißfähig. Der eine, weil sie der kleinbetrieblich strukturierten deutschen Landwirtschaft Einkommenseinbußen bringen, der andere, weil sie keine ausreichenden Exportanreize für französische Produkte schaffen.

Die britische Regierung möchte größere Einsparungen, nicht aber durch einen Preisabschlag auf qualitativ schlechtes Getreide. Die Italiener fühlen sich diskriminiert, weil die Preise für „ihre" Erzeugnisse um Teil bis zu zehn Prozent gesenkt werden sollen, während sich die Landwirte im Norden der EG lediglich auf ein „Einfrieren" der Preise einstellen müssen.

Roms Agrarminister Pandolfi wurde bereits zu Beginn dieser Woche in Brüssel vorstellig, um bei Landwirtschaftskommissar Frans Andriessen Protest einzulegen. Nach seinen Worten sind die EG-Ausgaben für Wein, Obst und Gemüse seit 1984 beträchtlich zurückgegangen, die für „kontinentale" Produkte hingegen gestiegen. Im Rat findet die erste Aussprache am 24. Februar statt.

Der Kurs muß stimmen

Von JAN BRECH

Der Fall der Werften-Gruppe Harmstorf beweist, daß sich die Krise im deutschen Schiffbau verschärft. Harmstorf galt in den vergangenen Jahren stets als Beispiel dafür, wie man als hochspezialisierte Werften-Gruppe überleben kann. Jetzt auch Harmstorf nur noch über massive, staatliche Hilfe zu retten.

Die Schwierigkeiten von Harmstorf belegen noch etwas anderes. Die Krise im Schiffbau ist nicht mehr nur eine Krise der einst auf den Serienbau von Großschiffen ausgerichteten Großwerften. Inzwischen ist jeder Betrieb, der Schiffe baut, in Gefahr. Großwerften im Sinne früherer Jahre gibt es in der Bundesrepublik ohnehin nicht mehr. Die Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) etwa, ist zum Mittelbetrieb zusammengeschrumpft, der Name AG "Weser" ganz verschwunden. Die Gründe für die Misere im Schiffbau liegen vor allem auf internationaler Ebene. Es bestehen gewaltige Überkapazitäten, die mit gewaltigen Subventionsbeträgen erhalten werden. Um die zu wenigen Aufträge kämpfen die Schiffbauer mit Preisen, die selbst dort in keinem Verhältnis zu den Kosten stehen, wo Löhne und Sozialleistungen erheblich unter westeuropäischem Niveau liegen. Der seit Herbst 1985 erkennbare Auftragseinbruch bei den Weltmarktführern Japan und Südkorea haben das Preisdumping noch verschärft. Südkoreanische Werften bieten Schiffe bis zu 50 Prozent billiger als die europäische Konkurrenz an. Die Zuspitzung in der deutschen Werftindustrie hat jedoch auch interne Gründe.

Da ist vor allem die in diesem Jahr wirksam gewordene Änderung des Einkommensteuergesetzes, wonach die Verlustzuweisungen für Beteiligungen auf 150 Prozent begrenzt worden ist. Dadurch ist diese Finanzierungsquelle weitgehend versiegt. Die Einwerbung von Kommanditanteilen, die bislang mit Verlustzuweisungen von 200 Prozent und mehr bedient worden waren, ist nahezu zum Erliegen gekommen. Die Einengung dieser steuerlichen Möglichkeiten hat zudem bei den Banken zu einer restriktiveren Politik geführt.

Von den ohnehin nicht auf Rosen gebetteten Reedern werden bei Schiffsfinanzierungen höherer Eigenkapitalanteil, die Vorlage längerer Chartervertäge und ein stärkeres Engagement der Küstenländer vorausgesetzt. Gerade die Küstenländer tun sich aber schwer, eine einheitliche Schiffbaupolitik zu entwickeln. Die Werften sind in besonders strukturschwachen Gebieten angesiedelt und in manchen Fällen der einzige oder wichtigste Arbeitgeber. In dieser Situation ist jedem Land das Hemd näher als der Rock.

Im Fall Harmstorf hat Kiel landespolitischen Egoismus bewiesen, der Bremer Vulkan steht vor allem deshalb so gut da, weil das Land Bremen ungewöhnlich großzügig mit Bürgschaften umgeht. Diese eigenständige Werftenpolitik der Länder hat fatale Folgen. Nicht nur der weltweite Protektionismus, sondern nun auch der hausgemachte Subventionswettlauf bestraft die wenigen wirklich Leistungsfähigen.

Als Kriterium für die Auftragsvergabe verliert technisches Vermögen und Produktivität immer mehr an Bedeutung. Entscheidend ist, wer am meisten staatliche Hilfe in seiner Kalkulation unterbringen kann. Landespolitische Eigenbrötelei löst die Krise natürlich nicht. Die Hilfe für eine Werft in Schleswig-Holstein führt unmittelbar eine andere in Hamburg, Bremen oder Niedersachsen in Gefahr. Solange kein langfristig koordiniertes Strukturkonzept vorliegt, machen regionalpolitisch begründete Subventionen das Problem nur größer.

Es ist seit Jahren diese weltweit und national betriebene Schiffahrtspolitik, die Kapazitäten für Schiffe vorhält, die der Markt nicht braucht. Kapazitäten zudem, von denen viele dem technischen Standard nicht mehr entsprechen und bei freiem Wettbewerb keine Chancen hätten. Vor diesem Hintergrund müssen sich die Länder in ihrer Werftpolitik zusammenraufen, auch schon unter dem Aspekt, daß sie ansonsten kaum zusätzliche Hilfe von Bonn erwarten dürfen.

Ziel der koordinierten schiffbaupolitischen Maßnahmen kann es dabei nur sein, lebensfähigen Betrieben Überbrückungshilfe zu gewähren. An der Wahrheit, daß es nach wie vor überflüssige Kapazitäten im Norden gibt, kommt keine Politik vorbei. Deren Sterben wird nur hinausgeschoben und für alle Beteiligten teurer.

AUF EIN WORT



„Der beste Schutz für das Privateigentum ist seine breite Streuung."

Norbert Blüm (CDU), Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. FOTO: WERNER SCHÜRING

Banken erwarten Emissionsrekord

dpa/VWD, Köln

Die vom Bundesverband deutscher Banken in Köln herausgegebene Zeitschrift „Die Bank" erwartet für 1986 ein Rekordvolumen an Börsen-Neuemissionen. Das Spektrum der potentiellen Neulinge reiche von namhaften Familienunternehmen über Bundesbeteiligungen bis hin zu Firmen aus dem Wagniskapitalbereich, schrieb die Zeitschrift. Angesichts eines „freundlichen Umfeldes für die Aktie" stünden die Chancen gut, daß die Börse den Zuwachs wie in den beiden Vorjahren problemlos aufnehmen werde. „Die Bank" veröffentlichte eine Liste von 18 Börsen-Kandidaten für den Zeitraum von 1986 bis 1990 – von der ABS Pumpen AG bis zur Vogt electronic AG. Für 1986 stehen sieben Unternehmen fest auf der Liste, bei einigen anderen Unternehmen wird ein Gang an die Börse für 1986 nicht ausgeschlossen.

NORDSEEÖL

Opec: Briten sollten zwölf Prozent weniger produzieren

fu. London

Die britische Nordseeölproduktion sollte nach Auffassung führender Opec-Minister um zwölf Prozent gedrosselt werden. Dies wäre ein angemessener Beitrag Großbritanniens, die Stabilität am Weltölmarkt wiederherzustellen. Gegenwärtig liegt die britische Ölförderung im Durchschnitt bei 2,5 Mill. Barrel pro Tag (ein Barrel = 159 Liter).

Für Großbritannien, so die Opec-Minister, sollte es ein leichtes sein, diesen Ausstoß um 300 000 Barrel pro Tag zu verringern, um die Bereitschaft zu einer Verständigung mit der Opec über eine größere Ölpreis-Stabilität zu demonstrieren. Die Produktion der etwa 30 britischen Nordseeölfelder in Betrieb reicht von 424 000 Barrel pro Tag im Brent-Feld bis zu nur 3000 Barrel etwa im neuen Scapa-Feld.

Kuwaits Ölminister Scheich Ali Khalifa hat gerade jetzt wieder davor gewarnt, daß die Weltmarktölpreise auf bis zu zehn Dollar je Barrel fallen könnten, falls die Nicht-Opec-Produzenten weiterhin die Zusammenarbeit verweigerten. Doch Großbritanniens Energieminister Peter Walker hat in Unterredungen mit seinem mexikanischen Kollegen Labastida erneut betont, daß seine Regierung nicht daran denke, die Nordseeöl-Produktion zu drosseln. Großbritannien könne nicht in die tägliche Festsetzung der Produktionsmengen der Ölunternehmen eingreifen. Darin läge ein ordnungspolitischer Verstoß.

Entsprechend sind die Ölpreise gestern wieder unter Druck geraten. Brent-Öl wird zu 16,80 Dollar je Barrel gehandelt, ein Dollar weniger als zum Wochenbeginn.

Seite 12: Britische Ölförderung

STEUERN

Heimliche Erhöhungen bei rund 15 Milliarden Mark

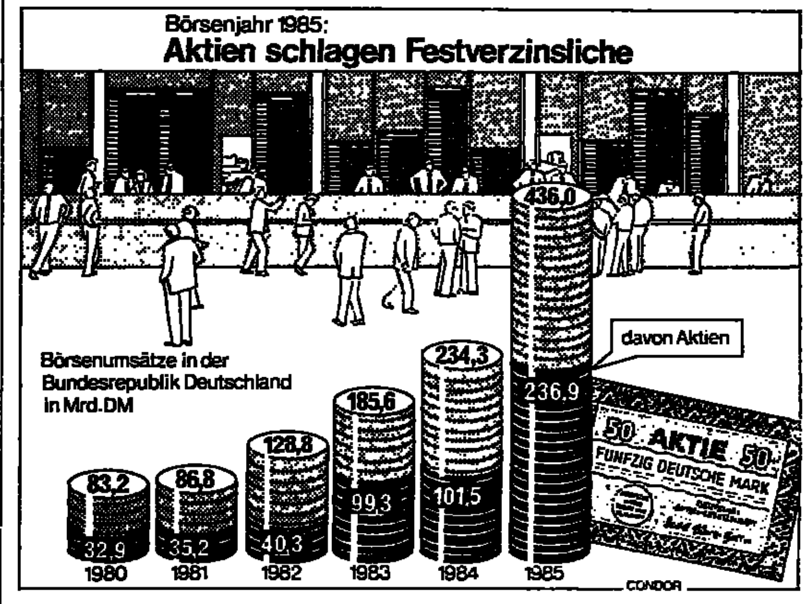
HH. Bonn

Der Bund der Steuerzahler schätzt die heimlichen Steuererhöhungen in der Zeitspanne von 1981 bis 1985 für Bund und Länder auf jeweils 21 bis 22 und die Gemeinden auf rund sieben, insgesamt also auf etwa 50 Milliarden Mark. Allein 1985 hätten sie rund 15 Milliarden Mark betragen und damit ungeachtet der neuerdings zu beobachtenden geringeren Preissteigerung noch etwa vier Milliarden über dem Vorjahresergebnis gelegen.

Die am 1. Januar 1986 in Kraft getretene erste Stufe der Steuersenkung um rund zehn Milliarden Mark habe damit „lediglich zwei Drittel der heimlichen Steuererhöhungen ausgemacht, die allein im Jahr 1985 angefallen sind". Der Bund der Steuerzahler hält es nur für „recht und billig, daß alle Ebenen gemäß ihren Aufkommensanteilen auch von den Mindereinnahmen betroffen werden, zu denen es durch die jüngsten Steuerentlastungen kommt". Zu den Klagen einiger Länder und Gemeinden über die neuerdings auftretenden Mindereinnahmen heißt es, von ungerechtfertigten Steuerausfällen könne bei allen drei Gebietskörperschaften schwerlich gesprochen werden.

Anlaß für die Steuersenkung sei die „drastische Belastungsverschärfung" gewesen, zu der es in den vergangenen Jahren gekommen sei. So sei der Durchschnittssteuerdienst 1981, dem Jahr der letzten Steuersenkung, noch mit 39,3 Prozent direkten und indirekten Abgaben belastet worden. 1985 seien es bereits 42,7 Prozent gewesen. Daraus ergibt sich eine Zunahme der Durchschnittsbelastung um rund neun Prozent in vier Jahren – ausgehend von einem ohnehin viel zu hohen Belastungsniveau.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das Jahr 1985 bescherte den acht deutschen Wertpapierbörsen neue Rekordumsätze. Mit einem Umsatzvolumen von 436 Milliarden Mark wurde das bereits gute Ergebnis des Jahres 1984 um rund 200 Milliarden Mark oder fast 80 Prozent übertroffen. Besonders gefragt waren Aktien. Mit einer Umsatzsteigerung um 133 Prozent auf ein Volumen von 237 Milliarden Mark gingen sie aus dem Vergleich mit den festverzinslichen Wertpapieren als Sieger hervor. QUELLE: CONDOR

Stoltenberg sieht Zinssenkungsspielraum

Frankfurt (dpa/VWD) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hält die jüngste Konjunkturprognose des Vorsitzenden des Sachverständigenrats Prof. Hans K. Schneider, der einen Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von 3,5 bis vier Prozent erwartet, für „nicht überoptimistisch". Das Wachstum vollziehe sich in Stabilität. Der Anstieg der Verbraucherpreise würde sich weiter abschwächen. Der Minister schloß nicht aus, daß bei günstigen internationalen Konstellationen noch ein leichter Zinssenkungsspielraum gegeben ist.

Finanzmärkte geschrumpft

Paris (J. Sch.) – Nach ihrer starken Expansion im vergangenen Jahr sind die Mittelaufnahmen an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten über das saisonbedingte Maß zurückgegangen. Im Januar erreichten sie nach vorläufigen Angaben der OECD nur noch insgesamt 18,4 Mrd. Dollar, womit die Ergebnisse von Dezember bzw. Januar 1985 um 6,8 bzw. 3,4 Mrd. Dollar unterschritten wurden. Während die Anleiheemissionen gegenüber dem Vormonat noch um 2 auf 13,8 Mrd. Dollar zunahmen, schrumpften die Kreditoperationen um 8,9 auf 4,5 Mrd. Dollar.

Weiterbildungsdefizit

Köln (dpa/VWD) – Der zunehmende Einsatz neuer Techniken wird nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) in den Unternehmen zu wenig von Weiterbildungsangeboten für die Mitarbeiter begleitet. Sowohl das Management als auch das Fachpersonal würden nur unzureichend auf den Wandel vorbereitet, erklärte das IW.

Für Pfund-Eingliederung

London (dpa/VWD) – Eine baldige Eingliederung des britischen Pfundes in das Europäische Währungssystem (EWS) hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Wilfried Guth, gefordert. Großbritannien würde davon profitieren, weil die Wechselkursschwankungen des Pfundes geringer ausfallen würden.

BDI

Spitzenverband gibt sich eine neue Führungsstruktur

HH. Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Köln will sich eine neue Organisationsstruktur geben. Wenn der BDI-Vorstand am 17. März zustimmt, soll der Spitzenverband der deutschen Industrie eine vierköpfige Hauptgeschäftsführung erhalten.

Zusammen mit Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann (59) und seinem Stellvertreter Karl Peiffer (59) sollen zwei der vier Hauptabteilungsleiter, Eckart John von Freyend (43) und Kurt Steves (56), die neue Hauptgeschäftsführung bilden. Mann wird als ihr Sprecher fungieren.

Zugleich will der BDI auf die vier Hauptabteilungen verzichten und von der Vierer- auf eine Dreierhierarchie übergehen, also unterhalb der Hauptgeschäftsführung Abteilungsleiter und Referenten haben. Die vier Hauptabteilungen dürften nach der Neugliederung den vier Hauptgeschäftsführern zugeordnet werden.

Deren Organisation sieht derzeit so aus: I. Allgemeine Wirtschafts- und Wettbewerbsfragen (Leiter Jens-Peter Petersen), II. Infrastruktur und Forschung (Eckart John von Freyend), III. Finanzpolitik und Recht (Gottfried Walther), IV. Außenwirtschaft (Kurt Steves). Es wird erwartet, daß Mann die Allgemeinen Wirtschafts- und Wettbewerbsfragen (I.) und Peiffer Finanzpolitik und Recht (III.) besonders betreuen werden, während die beiden neuen Mitglieder der Hauptgeschäftsführung ihre alten Zuständigkeiten weitgehend behalten werden. Der BDI will seine Aktivitäten mit Blick auf die Europäischen Gemeinschaften verstärken. Hier dürften unter anderem neue Aufgaben auf die beiden scheidenden Hauptgeschäftsführer warten.

KERNENERGIE / Umweltschutz darf nicht an den Grenzen haltmachen

Internationale Harmonisierung nötig

HH. Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund ihrer zentralen Lage im dicht besiedelten Mitteleuropa ein besonderes Interesse daran, daß der Umweltschutz an den nationalen Grenzen nicht haltmacht. Dazu gehört auch, daß die kerntechnische Sicherheit, der Strahlenschutz und die Nuklearhaftung grenzüberschreitend gewährleistet sein müssen, schreibt der für Reaktorsicherheit zuständige Abteilungsleiter im Innenministerium, Peter Bochmann, in einem Beitrag für die Februar-Ausgabe der „atomwirtschaft".

Diesem Zweck diene die internationale Harmonisierung nationaler Regelungen – ausgehend von der Notwendigkeit, „den Bürgern in allen Staaten die Gewißheit zu geben, daß ihnen auch von jenseits der Grenze keine Gefahren aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie drohen". Die Erfüllung internationaler Verpflichtungen bei Kernenergie und Strahlenschutz sei daher in der Bundesrepublik verbindlicher Zweck des Atomgesetzes und bei allen einschlägigen Entscheidungen zu berücksichtigen. International harmonisierte Regelungen dürften allerdings nicht zu einer Erstarrung führen, sondern müßten einen internationalen Standard garantieren, der je nach Gewicht nationaler Interessen und Erfordernisse auch Verbesserungen erlaube.

Die Bundesrepublik habe am 1. August 1985 mit der sogenannten Haftungsnovelle die nach der Schadenssumme unbegrenzte Nuklearhaftung eingeführt. Zuvor hätten dies bereits die Schweiz und Japan getan. Neu sei allerdings, daß mit der Bundesrepublik erstmals ein Vertragsstaat des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens zur unbegrenzten Haftung übergegangen sei. Diese Übereinkommen gewährleisten lediglich einen Mindestschutz, werden also durch die deutsche Regelung nicht tangiert. Sie gestatten jedem Vertragsstaat, den Mindestschutz zu verbessern, sofern andere Mitglieder dadurch nicht beeinträchtigt und im Schadensfall zu erhöhten Leistungen veranlaßt würden. Bochmann plädiert dafür, „daß möglichst viele Staaten" den Übereinkommen beitreten und sie auch ratifizieren.

Internationale Rechtsharmonisierung hält der Atomrechtsexperte nur dann für geboten, wenn ein spezifischer Zusammenhang mit der Kernenergie gegeben sei. Andernfalls käme es zu einem „unvertretbaren Einbruch in das Zivilrecht der jeweiligen Vertragsstaaten". Künftig müsse man sich verstärkt der Nuklearhaftung mit Blick auf Stillegung und Beseitigung von Kernanlagen sowie Entsorgung radioaktiver Abfälle widmen, da ihnen immer mehr Bedeutung zukomme.

AUTOINDUSTRIE

Franzosen haben weniger verkauft

J. SCH. Paris

Während die deutsche Automobilindustrie ihre Pkw-Produktion 1985 um zehn Prozent steigern konnte, ging die französische um drei Prozent auf 2,63 Mill. Wagen zurück. Dieses negative Ergebnis ist aber vor allem dem Abbau der Lagerbestände zuzuschreiben. Hinsichtlich der Ertragslage war das Ergebnis eher etwas besser. *Gleichwohl* haben sowohl der Inlandsabsatz von 1,12 Mill. Einheiten (minus 0,6 Prozent) als auch der Export von 1,54 Mill. Einheiten (plus 0,6 Prozent) enttäuscht. Zum Jahresende zeigte sich eine Erholung.

Die einzelnen Marken entwickelten sich allerdings sehr unterschiedlich. Die staatlichen Renault-Werke reduzierten ihre Produktion um 7,4 Prozent auf 1,32 Mill. Pkw bei einem Verkaufsrückgang um 6,8 Prozent im Inland und von 1,2 Prozent im Ausland. *Auf dem deutschen Markt* wurden dabei Absatzverluste von 9,7 Prozent verbucht. In andere europäische Länder konnte der Export zum Teil beträchtlich gesteigert werden.

Demgegenüber nahm der Gesamtexport der privaten Peugeot-Gruppe um 2,9 Prozent und ihr Inlandsabsatz sogar um 5,2 Prozent zu. Sie steigerte ihre Produktion aber nur um 1,9 Prozent. Die Marke Peugeot erzielte im Ausland geringere Fortschritte als Citroën, während Talbot weiter stark zurückfiel. Der Inlandsabsatz von Peugeot-Talbot, die in einer Firma zusammengeschlossen sind, erhöhte sich um 7,6 Prozent, der von Citroën aber nur um 1,3 Prozent.

Durchweg besser als die nationalen *Wagen konnten sich die ausländischen* auf dem französischen Markt behaupten. Obwohl dieser Markt nach den jetzt vorliegenden Angaben nur um bescheidene 0,5 Prozent zunahm, womit er zum ersten Mal seit 20 Jahren in Europa vom zweiten auf den dritten Platz (nach der Bundesrepublik und Großbritannien) rutschte, stiegen die Neuzulassungen ausländischer Marken um 2,5 Prozent. Damit verbesserte sich ihr Marktanteil auf 36,59 (35,86) Prozent, was ein neuer Jahresrekord war.

An erster Stelle der Importwagen stand Ford mit einem Marktanteil von 7,55 (7,86) Prozent. Dem folgten VW-Audi mit 6,27 (5,55), Fiat mit 5,25 (5,53), General Motors mit 4,93 (4,35), Austin-Rover mit 1,81 (1,72), BMW mit 1,66 (1,72), Seat mit 1,25 (0,97) und Mercedes mit 1,19 (1,08) Prozent.

USA / Zwei neue Gouverneure stärken Reagans Einfluß innerhalb der Notenbank – Geldmengenziel wird heute beschlossen

Der Kurs der künftigen Politik ist noch unklar

H.-A. SIEBERT, Washington

In einer schwierigen Lage befindet sich das zwölfköpfige Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve Systems, das seit gestern über Amerikas künftigen Geldkurs berät. Bislang zeigte der jetzt erratische Zinstrend zwar nach unten, aber die Konfusion ist groß, nachdem ein Bundesgericht in Washington dem Haushaltsausgleichsgesetz die Zähne gezogen hat und Mitglieder der Reagan-Administration eine graduelle Drosselung des Geldmengenwachstums fordern. Noch unklar ist überdies die Stärke des Konjunkturverlaufs.

Hinzu kommt, daß an den heute fälligen Beschlüssen über die Geldziele, die Paul Volcker am 19. Februar dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses mitteilen wird, zwei neue Notenbank-Gouverneure beteiligt sind. Nach dem Plazet des Senats sind am Freitag Manuel Johnson (36) und Wayne Angell (55) eingeschworen worden.

Damit sind nun vier der sieben Gouverneure „Reagan-Leute", nachdem der Präsident vorher Preston Martin (62) und Martha Seger (53) berufen hat. *Zur alten Volcker-Mannschaft* gehören nur noch Henry Wallich (71), der sich von einer schweren Operation erholt, und Emmett Rice (66). Noch verschaffen die fünf regionalen Notenbankpräsidenten, die bis auf Gerald Corrigan aus New York rotierend *an den Sitzungen* des Offen-Markt-Komitees teilnehmen, Volcker (58) eine Mehrheit (es gibt zwölf US-Notenbankbezirke).

Das muß jedoch nicht immer so sein und hängt davon ab, ob in der Administration die Monetaristen oder die Angebotspolitiker („Supply Sider") das Sagen haben. Bisher befand sich die Friedman-Schule, die für ein stetiges, aber maßvolles Geldmengenwachstum streitet, auf dem Rückzug. Aber Beryl Sprinkel, der den wirtschaftspolitischen Beraterstab des Weißen Hauses leitet, blies letzte Woche nicht nur in das alte Horn. Unterstützt wird er jetzt auch von James Miller, der David Stockman als Chef des Haushaltsbüros ablöste. Beide sehen in der jüngsten Geldexplosion große Inflationsgefahren.

Manuel Johnson, Wirtschaftsprofessor und bisher Unterstaatssekretär für Wirtschaftspolitik im US-Finanzministerium, war einer der Architekten des Reaganschen Steuerprogramms *von 1981, durch das die Ein*kommensteuern allgemein um ein Viertel gesenkt wurden. Selbst ein „Supply Sider", ist er lange für mehr Geldwachstum eingetreten. Wayne Angell, ein früherer Bankier und Farmer, der seit 1956 an der Ottawa-Universität in Kansas Wirtschaftswissenschaften lehrte, gilt als flexibel und soll hauptsächlich daran interessiert sein, die Zinslasten der amerikanischen Bauern zu verringern.

In ihrem Senatshearing haben sowohl Johnson als auch Angell die Unabhängigkeit der US-Notenbank und ihre gegenwärtige Geldpolitik verteidigt. Demnach müßten sie für eine weiterhin „akkommodierende" Geldmenge, die ein beschleunigtes Konjunkturtempo ermöglicht, votieren. Keiner wollte überdies ein Inflationsrisiko eingehen. Indes, das Amt unterliegt vielen Einflüssen. So stimmt US-Finanzminister James Baker nicht mit Sprinkel und Miller überein. Er glaubt, daß der monetäre Freiraum nach den gesunkenen Ölpreisen größer und die Teuerungsgefahr kleiner geworden ist.

Abgesehen von der veränderten Zusammensetzung des „Fed" spricht die Logik dafür, daß in den USA die Haushaltsziele in diesem Jahr auch dann erreicht werden, wenn der Oberste Gerichtshof die automatischen Defizitkürzungen ebenfalls für nicht verfassungskonform erklärt. Weiter kann man jedoch kaum blikken und bis 1991, dem ersten Jahr mit ausgeglichenem Budget, schon gar nicht. *Dazu Preston Martin:* „Das erhöht die Ungewißheit."

Da bei einem derzeitigen Defizit von rund 200 Mrd. Dollar riesige Mittel der US-Wirtschaft entzogen würden, hätte die US-Notenbank bei einem positiven Gerichtsurteil die Weichen für einen Zinsrutsch stellen können. In der neuen Situation wird sich dafür jedoch kaum eine Mehrheit finden. Folgt man dem im September ausgeschiedenen „Fed"-Gouverneur Lyle Gramley, dann wäre jetzt sogar ein Anziehen der Kreditbremsen „folgerichtig". Er schließt auch einen Rückfall der Finanzmärkte in tiefsten Pessimismus nicht aus.

Kaum ein Zweifel besteht, daß die Konjunktur in den USA besser Tritt gefaßt hat. Nach nur 2,4 Prozent in der Oktober-Dezember-Periode reichen die Prognosen für das erste Quartal 1986 von 3,8 bis fünf Prozent. Danach geht es aber wieder abwärts. Alan Greenspan, Milton Friedman und Albert Sommers (Conference Board) sagen für Ende 1986 oder Anfang 1987 sogar eine Rezession voraus.

FRANKREICH / Regierung erhebt Nationalisierung der Wirtschaft zum Wahlkampfthema

Weniger Verluste bei Staatsunternehmen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem die französische Regierung im Wahlkampf der Sozialisten *bisher ihre Erfolge in der Inflations*bekämpfung und die umstrittene Verminderung der Arbeitslosigkeit betont hatte, will sie jetzt auch die Ergebnisse ihrer Nationalisierungsaktion in einem rosigen Licht darstellen. Schließlich gehört die (Re)Privatisierung zu den wichtigsten Wahlversprechen der bürgerlichen Opposition.

Die Gegenattacke ist für den 26. Februar angesetzt. Zweieinhalb Wo*chen vor den Parlamentswahlen will* Premierminister Fabius persönlich dieses Thema, das die Franzosen bisher nicht sonderlich interessiert hat, zum Wahlschlager erheben. Dazu teilt bereits jetzt das Industrieministerium mit, daß sich der kumulierte Verlust der ihm unterstellten 14 staatlichen Industrie-Unternehmen von 18 Mrd. Franc 1984 auf 6 Mrd. Franc 1985, also um 13 Mrd. Franc, vermindert hat.

Dabei verbesserten die sechs von den Nationalisierungsgesetzen von 1982 betroffenen Industrie-Unternehmen ihren Gewinn auf global rund 5 (3,4) Mrd. Franc. So verbuchten (nach vorläufigen Angaben) Rhone-Poulenc plus 2,20 (plus 2,03), CGE plus 1,0 (plus 0,8), Pechiney plus 0,7 bis plus *0,8 (plus 0,6), Saint-Gobain plus 0,6* (plus 0,5), Thomson plus 0,4 bis 0,5 (minus 0,04) und Bull plus 0,02 bis 0,05 (minus 0,50) Mrd. Franc.

Mit starken Vorbehalten zu bewerten sind dagegen die Ergebnisse der *Ende 1981 durch Umwandlung staat*licher Forderungen in Kapitalbeteiligungen nationalisierten Stahlkonzerne Sacilor und Usinor. Deren Verlustabbau auf 4,5 (8,14) und 2,0 (7,40) Mrd. Franc erklärt sich vor allem daraus, daß 1984, nicht aber 1985, große außerordentliche Rückstellungen zur Finanzierung von Sozialausgaben des künftigen Belegschaftsabbaues gebildet wurden. Das gleiche gilt für die schon 1945 verstaatlichten Renault-Werke, deren Verluste auf *9,60* (12,56) Mrd. Franc veranschlagt werden. Dazu kommen die Elf-Aquitaine, CDF-Chemie, EMC, CGCT und CEA-Industrie.

Im übrigen hat die Regierung den 14 Industrieunternehmen seit 1981 rund *50 Mrd.* Franc staatliche Kapitaldotationen zur Verfügung gestellt, davon 9 Mrd. Franc den sechs neuverstaatlichten.

Die verbesserte Ertragslage ist nach Ansicht der Opposition nicht *nur den außergewöhnlichen* Kapitalspritzen zu Lasten des Steuerzahlers zu verdanken, sondern auch der Wiederbelebung der Weltkonjunktur, die sich auch ohne Verstaatlichung auf die Geschäftsergebnisse positiv ausgewirkt hätte. Außerdem wiesen die 14 staatlichen Unternehmen den gleichen Verlust aus wie 1981.

CSSR: An Ecu interessiert

dpa/VWD, Berlin

Nachdem die Sowjetunion im vergangenen Jahr erstmals einen Kredit in Ecu (Europäische Währungseinheit) aufgenommen hat, ist jetzt auch von Außenhandelskreisen der Tschechoslowakei Interesse an der Verwendung des Ecu bei der Abwicklung des gegenseitigen Handelsaustausches bekundet worden. Die „DDR" zeigte bisher wenig Interesse an der Gemeinschaftswährung der Europäischen Gemeinschaft.

Die derzeitige Destabilisierung der Devisen- und Kreditmärkte im Westen und die zu erwartenden deutlichen Ausschläge des Kurses des US-Dollars machten die relative Stabilität des Ecu besonders anziehend, hieß es. Dank dieser Qualität erreiche der Ecu immer mehr Anhänger unter den Bankiers aus Afrika, Nord- und Lateinamerika und Japan sowie unter Wirtschaftsfachleuten in den osteuropäischen Ländern.

ITALIEN / Sparquote ist auf 24,2 Prozent gestiegen

Schatzamtszertifikate vorn

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Als konsum- und spendierfreudig bekannt sind die Italiener auch emsige Sparer. Wie aus OECD-Schätzungen hervorgeht, erreichte die Sparrate vom verfügbaren Einkommen der italienischen Haushalte im vergangenen Jahr 24,2 Prozent, einen halben Prozentpunkt über der des Vorjahres. Das war mehr als doppelt soviel wie die deutsche, französische und englische Sparquote.

Im Jahre 1985 stieg das Sparvolumen nach Schätzungen des Finanzforschungsinstituts Studi Financiari um 24,6 Prozent auf insgesamt 770 000 Mrd. Lire (umgerechnet rund 1116,5 Mrd. DM). Das entsprach einer realen Zunahme von 16 Prozent. Die Italiener haben in allen Sparten mehr gespart. Jeweils etwa ein Drittel der Neuersparnis von 152 000 Mrd. Lire entfielen auf das Wachstum der Bankeneinlagen (plus 12,5 Prozent auf *307 000 Mrd. Lire) und des Bestandes* an indexierten Schatzamtszertifikaten (CCT), der um 63 Prozent auf 129 000 Mrd. Lire zunahm. Etwa ein Fünftel der Neuersparnis entfiel auf die Zunahme des Aktienportefeuilles und etwas über ein Zehntel auf die des Bestandes an Investmentanteilen.

Der Bestand an Investmentzertifikaten verfünffachte sich von 5400 auf 27 000 Mrd. Lire. Dagegen kauften die Privaten während des vergangenen *Jahres Aktien direkt* nur im Wert von etwa 3000 Mrd. Lire. Trotzdem erhöhte sich ihr Aktienportefeuille im Laufe von 12 Monaten von 30 000 auf 70 000 Mrd. Lire, was vor allem auf die starke Steigerung der Börsenkurse zurückzuführen ist.

In allen anderen Sparten nahm das Volumen nominal zwar ebenfalls zu, real jedoch ab. Das bezieht sich sowohl auf die normalen Schatzanweisungen (BOT), deren Bestand nur noch um 5000 auf 94 000 Mrd. Lire zunahm, als auch auf Industrieobligationen, wo sich der Bestand um 4000 auf 44 000 Mrd. Lire erhöhte. Bremseffekte gingen in beiden Fällen von der relativ niedrigen Realverzinsung aus.

Während des vergangenen Jahres zeigte das italienische Sparerpublikum, daß es in Renditekategorien zu denken gelernt hat. Weiter zunehmen wird in diesem Jahr nicht nur das Aktienportefeuille, das 1985 erst *knapp sechs Prozent des gesamten* Sparvolumens erreicht hat, sondern auch der Anteil der Investmentfonds. Gegenwärtig haben von den etwa 18 Millionen italienischen Haushalten erst etwas über 0,6 Millionen Investmentzertifikate im Portefeuille.

Die Renditechancen sind nicht schlecht. Im laufenden Jahr muß der italienische Staat, dessen Verschuldung 1986 erstmals die Höhe des Bruttoinlandsprodukts überschreiten wird (107,4 Prozent gegenüber 99,2 Prozent im Jahre 1985) Schatzamtspapiere in Höhe von über 300 000 Lire emittieren: etwas mehr als 200 000 Mrd. Lire, um die fälligen Titel zu ersetzen und der Rest als Neuverschuldung. Das heißt, daß die Verzinsung, die heute zwischen 13 und 14 Prozent liegt, weiter hoch bleiben wird.

Utrecht-Bank wird jetzt übernommen

htz. Amsterdam

Durch die Übernahme des gesamten Jahresverlustes (1985) von umgerechnet rund 230 Mill. D-Mark und der damit besiegelten hundertprozentigen Übernahme der defizitären Amsterdamer Hypothekenbank Westland-Utrecht durch den größten holländischen Versicherungskonzern Nationale Nederlanden ist die Zukunft des Amsterdamer Kreditinstituts *jetzt abgesichert* worden.

An der Amsterdamer Effektenbörse sackte der Kurs von Westland-Utrecht indessen von 79 Gulden um 25,70 Punkte auf 53,30 am Montag, nachdem die Notierungen am Freitag *ausgesetzt werden mußten. Die Bank,* die auf dem Immobiliensektor große Verluste hinnehmen mußte, soll nun unter der neuen Leitung des Versicherungskonzerns von Grund auf saniert werden. Damit werden auch kräftige Strukturveränderungen verbunden sein.

ITALIEN / Schwächerer Dollar stärkt Handelsbilanz

Unternehmer optimistisch

ds, Mailand

Der schwächere US-Dollar und die niedrigeren Energiepreise werden das italienische Außenhandelsdefizit im laufenden Jahr voraussichtlich um 10 000 bis 12 000 Mrd. Lire (etwa 14,7 bis 17,1 Mrd. DM) erleichtern und die Leistungsbilanz nahezu ausgleichen. In einer Studie schätzt der Spitzenverband der italienischen Industrie, *daß durch die kombinierte Wir*kung dieser Faktoren das Bruttoinlandsprodukt 1986 real um 2,5 Prozent zunehmen wird, fast einen halben Prozentpunkt mehr als im vergangenen Jahr.

*Nach den Berechnungen des Indu*strieverbandes wird die Verbilligung der Energieeinfuhren um etwa ein Drittel (von 39 000 auf 27 000 bis 29 000 Mrd. Lire) die Chancen erhöhen, um die Inflationsrate wie von der Regierung beabsichtigt, von 8,6 Prozent im Jahre 1985 auf unter sechs Prozent in diesem Jahr zu senken. Sollte die Entwicklung des Dollar und des Ölpreises auch in den zwei darauffolgenden Jahren anhalten, rechnet der Spitzenverband der italienischen Industrie für 1987 und 1988 mit einer Inflationsrate von nur noch 4,81 und 3,79 Prozent im Jahresdurchschnitt. Der Verband geht davon aus, daß nur ein geringer Teil der *Kostenersparnis an die Verbraucher* weitergegeben wird.

Was das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts anbelangt, so schätzt der Verband die reale Zunahme für 1987 auf 2,81 Prozent und für 1988 auf *2,56 Prozent. Ebenfalls zunehmen* werden dem Verband zufolge die Investitionen und zwar nicht nur für Rationalisierungszwecke, sondern auch verstärkt für Kapazitätserweiterungen. Voraussetzung sei allerdings, daß die Lohn- und Gehaltssteigerung nicht über der Inflationsrate liegt.

BRITISCHE ÖLFÖRDERUNG / Die Regierung läßt den Gesellschaften freie Hand

Vorerst keine Produktionsdrosselung

WILHELM FURLER, London

Ein Labour-Abgeordneter richtete vor wenigen Tagen an die Regierung Thatcher die Frage, ob sie denn angesichts des dramatischen Einbruchs der Rohölpreise nicht endlich eine Beschränkung der Ölförderung aus dem britischen Festlandsockel erwäge. „Nein", lautete die auf eine schriftliche Anfrage bemerkenswerte kurze und kategorische Antwort von Energieminister Walker. Es bleibt also zunächst einmal bei der britischen Fördermenge von 2,7 Mill. Barrel (ein Barrel gleich 159 Liter) pro Tag.

Für Eingeweihte kommt die Antwort trotz des massiven Ungleichgewichts von Angebot und Nachfrage am Weltölmarkt alles andere als überraschend. Zum einen besitzt die Regierung in London – abgesehen von echten Krisenzeiten – praktisch keine Möglichkeit, die in den britischen Off-shore-Sektoren arbeitenden Ölgesellschaften zu einer Produktionsdrosselung zu zwingen.

Zum zweiten ist es auch die grundsätzliche Einstellung von Premierministerin Thatcher und ihren Kabinettsmitgliedern, nicht in rein privatwirtschaftliche Entscheidungsprozesse einzugreifen, solange das Wohl der Nation nicht direkt betroffen ist. Entsprechend läßt die Regierung den Unternehmen völlig freie Hand, mit einer möglichst raschen Ausbeutung ihrer Öl- und Gasfelder, die wegen der Nordsee- und Atlantikbedingungen sehr hohen Explorations- und Entwicklungskosten schnell einzuspielen.

Die Taktik vor allem der Saudis, die Nordseeölproduzenten Großbritannien und Norwegen zu einer Produktionsdrosselung zu bewegen, um sich selbst wieder einen höheren Weltmarktanteil zu verschaffen, scheint folglich nicht aufzugehen. Denn selbst ein Spotmarktpreis für Nordseeöl von nur 15 Dollar je Barrel, der in der jüngsten Baisse noch nicht *erreicht worden ist, bringt den Gesell*schaften noch stattliche Renditen.

Was die Opec-Länder, wenn sie die Nordseeölproduzenten immer wieder als schwächstes Glied in der Kette bezeichnen, offenbar übersehen, ist die Tatsache, daß die Betriebskosten bei 95 Prozent aller britischen Nordseeölfelder fünf Dollar je Barrel nicht übersteigen, und daß die Förderkosten für den Rest bei unter 12 Dollar liegen. Im übrigen würden Produzenten ihr Öl selbst mit Verlusten für einige Zeit weiterhin verkaufen, in der Hoffnung, daß die *Konkurrenz* zuerst aufgibt, oder daß sich die Marktverhältnisse wieder verbessern.

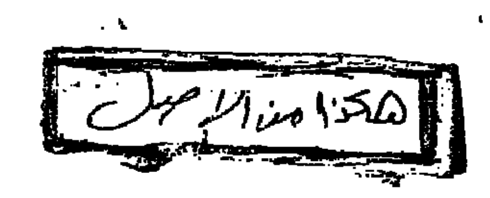
So gesehen dürften auf die großen britischen Nordseeölproduzenten wie BP, Shell, Ultramar, Burmah Oil, Tricentrol oder Enterprise Oil jeden*falls in absehbarer Zeit* kaum Schwierigkeiten zukommen. Dies gilt um so mehr für diejenigen Unternehmen, die mit eigener Verarbeitungskapazität von den in den letzten eineinhalb Jahren deutlich verbesserten Spannen im europäischen Raffineriegeschäft bei relativ hohen Benzin- und Produktenpreisen profitieren.

Dennoch liegt ein bedrückender Schatten über den Nordsee-Bohrtürmen. Mit fallenden Ölpreisen wächst die Wahrscheinlichkeit, daß kapitalintensive Explorationen und Feld-Entwicklungen zurückgestellt oder gar nicht erst in Angriff genommen werden. Denn die größten und am leichtesten auszubeutenden Felder sind mit großer Wahrscheinlichkeit bereits gefunden worden.

Jüngsten Schätzungen von Ölexperten zufolge dürfte sich das Öl*vorkommen im britischen* Kontinentalschelf folgendermaßen zusammensetzen: 5,3 Mrd. Barrel aus Feldern gegenwärtig in Produktion oder Entwicklung; drei Mrd. Barrel in Vorkommen, die bereits entdeckt wurden; zwei Mrd. Barrel an zu erwartenden künftigen Entdeckungen im britischen Nordseesektor; schließlich weitere acht Mrd. Barrel an zu erwartenden Entdeckungen in den Randgebieten des britischen Schelfs.

Diese 23,3 Mrd. Barrel würden ausreichen, Großbritannien bei einer Tagesförderung von rund 1,5 Mill. Barrel bis über das Jahr 2020 hinaus in etwa den Status des Selbstversorgers zu erhalten. Mit dem gegenwärtig extrem niedrigen Ölpreis von etwa 16 Dollar je Barrel wächst aber das Risiko, daß die weitere Entwicklung in der Nordsee zum Stillstand kommt.

Dadurch besteht die große Gefahr, daß die Nordseeölproduktion in den 90iger Jahren zur Neige geht – genau dann, wenn ein Angleichen der Öl*nachfrage* an das Angebot allgemein erwartet wird. Dies wäre der Zeitpunkt, wenn die Opec-Produzenten in Nahost mit ihren großen Reserven wieder ihre Muskeln spielen lassen könnten.



SCHERING / Jahresergebnis hat sich weiter verbessert

Verluste auf dem US-Markt

ews. Berlin

Mit der Entwicklung des Konzernumsatzes im Geschäftsjahr 1985 ist die Schering AG, Berlin und Bergkamen, „insgesamt zufrieden", wie in einem Zwischenbericht festgestellt wird. Auf der Basis eines hohen Vorjahresniveaus wurde noch einmal eine Steigerung um sieben Prozent auf 5,1 Mrd. DM erzielt. Davon entfielen auf das Inland 883 Mill. DM (plus 5 Prozent) und auf das Ausland 4,2 Mrd. DM (plus 7 Prozent).

In der AG wurde ein Umsatzwachstum von 8 Prozent auf 2,2 Mrd. DM verbucht. Auch hier war der Export mit einem Plus von zehn Prozent auf 1,6 Mrd. DM stärker als das Inlandsgeschäft mit einem Plus von fünf Prozent auf 649 Mill. DM. Die während des Jahres eingetretene Umsatzabschwächung wird vor allem mit der niedrigeren Bewertung verschiedener Währungen gegenüber der D-Mark begründet.

Sowohl in der AG als auch im Konzern wird ein „verbessertes Jahresergebnis" ausgewiesen, heißt es im Zwischenbericht weiter. Zur Dividende – für 1984 waren 12 DM auf das Grundkapital von 614,91 Mill. DM gezahlt worden, jetzt 644,91 Mill. DM – gezahlt worden, wird noch keine Aussage gemacht.

Teilweise erheblichen Gewinnsteigerungen im Inland und bei den europäischen Töchtern, bedingt auch durch außerordentliche Einflüsse und Kursgewinne, stand ein nicht näher beziffertes negatives Ergebnis in USA gegenüber. Bei den auf dem US-Markt tätigen Tochtergesellschaften sei der Rückgang der Ergebnisse aus dem laufenden Geschäft auf die konjunkturelle Abschwächung zurückzuführen.

Die einzige Sparte, die den Umsatz nicht verbessern konnte, waren die Industrie-Chemikalien mit einem Minus von einem Prozent auf 891 Mill. DM. Das stärkste Wachstum mit 13 Prozent Plus auf 331 Mill. DM erzielte die Galvanotechnik. „Erfreulich" sei auch die Umsatzsteigerung in der Sparte Pharma mit plus elf Prozent auf 2,1 Mrd. DM ausgefallen. Die Feinchemikalien legten bei unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Produktgruppen sechs Prozent auf 302 Mill. DM zu, beim Pflanzenschutz betrug das Umsatzplus vier Prozent auf 1,4 Mrd. DM.

Die Konzern-Investitionen in Sachanlagen stiegen um 30 Prozent auf 364 Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter stieg im Konzern um vier Prozent auf 23 884 und in der AG um sechs Prozent auf 10 615 Personen.

RISIKO-LEBENSVERSICHERUNGEN / „Schutz vor dem Todesfall" gewinnt mehr und mehr an Bedeutung

Die Unterschiede bei den Beiträgen sind erheblich

HARALD POSNY, Düsseldorf

Vor Jahren noch ein nahezu „unbekanntes Wesen" hat die Risiko-Lebensversicherung in jüngster Zeit mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Im letzten Jahr wuchs das Neugeschäft nach der Anzahl der Verträge um fünf Prozent, der abgeschlossenen Versicherungssumme nach um 9,1 Prozent.

Im Gegensatz zur Kapital-Lebensversicherung, die zu einem hohen Teil in den Beiträgen einen sogenannten Sparanteil beinhaltet, der im Versicherungsfall bei Erleben oder Tod die einmal abgeschlossene Versicherungssumme innerhalb von gut 25 Jahren verdoppelt, ist der Sparanteil in der Risiko-Versicherung gering. Der Schutz ist fast ausschließlich auf den Todesfall während der Laufzeit des Vertrags ausgerichtet. Er sichert nur die Rückzahlung eines Darlehens, die Erfüllung eines Sparziels ab, so daß nach Ablauf des Vertrags keine Versicherungssumme fällig wird. Die Prämie ist in der Regel verloren.

Aus diesem Grund sind natürlich die Prämienunterschiede zwischen beiden Formen sehr groß. Eine Kapitallebensversicherung über 100 000 DM kostet einen 35jährigen rund 3500 DM an Prämie im Jahr, eine Risiko-Versicherung dagegen nur 500 DM. Unter den Risiko-Versicherern gibt es jedoch auch erhebliche Unterschiede. Sie ergeben sich aus verschiedenen Systemen, mit denen die Versicherer ihre Kunden an den Überschüssen sowohl aus Kapitalerträgen als auch durch Sterblichkeits- und Kostenüberschüsse teilhaben lassen.

Die Stiftung Warentest hat in einem jüngsten Beitragsvergleich (erschienen im Januar-Heft der Zeitschrift „Test") für einen 35jährigen bei einem über zehn Jahre laufenden Vertrag mit gleichbleibender Versicherungssumme von 100 000 DM erhebliche Beitragsunterschiede festgestellt (siehe Tabellen). Die Unterschiede ergeben sich aus vier Grundsystemen, nach denen der vom Bundesaufsichtsamt vorgeschriebene Mindestrückfluß an Überschüssen von 90 Prozent an die Kunden geht:

1. Verrechnung der Überschüsse mit laufenden Beiträgen; hier wird der Beitrag von Anfang an um den zu erwartenden Überschuß gekürzt, was laut Stiftung Warentest eine Ersparnis von 200 bis 300 DM bedeuten kann. Die Verringerung kann jedoch nicht garantiert werden.

2. Verzinsliche Ansammlung; hier werden die Überschußanteile nicht direkt rückvergütet, sondern beim Versicherer angelegt und bei Vertragsende oder zwischendurch mit der ursprünglich vereinbarten Summe ausgezahlt. Hier hat die Regel der verlorenen Prämie eine Ausnahme.

3. Das (nur noch seltene) Schlußgewinn-System weicht von der verzinslichen Ansammlung nur dadurch ab, daß nur bei Vertragsende ausgezahlt wird.

4. Bonussystem; hier werden die Überschußanteile nicht zur Beitragsreduzierung, sondern zur Erhöhung der Versicherungssumme genutzt. Dieser Bonus kann jedoch nicht für alle Zeiten garantiert werden.

„Über den Daumen" kann man feststellen, daß die Systeme 2 und 3 etwas teurer sind, dafür aber Überschußanteile im Erlebensfall ausschütten, die Systeme 1 und 4 niedrigere Prämien haben, dafür aber nur die Risikosumme decken. Interessant, daß zu den preisgünstigsten Versicherern eine Reihe von Direktanbietern gehören, die keinen Außendienst bieten. Dieser Vertriebsweg hat einen sicheren Kosten- und Prämienvorteil.

Die 10 günstigsten Versicherer bei Verrechnung der Überschüsse mit laufenden Beiträgen

Gesellschaft	Jahresbeitr. in DM
1. Cosmos, Saarbrücken	279,40
2. Europa, Köln	281,05
3. Hannoversche, Hann.	281,05
4. Dialog, Augsburg	284,40
5. HUK-Coburg, Coburg	285,45
6. Transatl., Hamb.	287,00
7. Verein. Postv., K.	288,00
8. Condor, Hamburg	293,50
9. Gerlin, Köln	295,00
10. Agrippina, Köln	300,00

Quelle: Stiftung Warentest

Die 10 günstigsten Versicherer bei Anwendung des Bonussystems

Gesellschaft	Jahresbeitr. in DM
1. Europa, Köln	283,90
2. Neue Leben v. 1964, HH	294,50
3. Vita, Frankfurt	294,50
4. Gerling, Köln	295,00
5. Provinzial, Kiel	295,00
6. Schweizer. Renten, M.	295,00
7. Westf. Prov. Münster	295,00
8. Gothaer, Göttingen	295,50
9. Agrippina, Köln	300,00
10. Volksfürsorge, Hamb.	304,50

Quelle: Stiftung Warentest

SCHIFFSMAKLER

„Verkehrspolitik diskriminierend"

ww. Bremen

„Wir fordern, daß der Verkehrsausschuß des Bundestages endlich tätig wird", sagte der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Schiffsmakler, Oswald Dreyer-Eimbcke. „Wir können nicht bis zur Liberalisierung der Tarife für den Straßenfernverkehr 1992 warten." Dreyer-Eimbcke hält die deutsche Verkehrspolitik im Zusammenhang mit den europäischen Wettbewerbsverzerrungen im Hinterlandverkehr der deutschen Seehäfen für „Selbstdiskriminierung".

Fast 60 Prozent des deutschen seewärtigen Imports und 56 Prozent des seewärtigen Exports gingen schon über ausländische Häfen, rechnete er vor. Die Tendenz zeige weitere Verschlechterung an. Es sei nicht einzusehen, daß beispielsweise der Frachtpreis von Osnabrück nach Bremen auf der Straße wegen der Tarifstruktur im Binnenland teurer sei als zu den Rhein-Mündungshäfen in den Niederlanden und Belgien.

Die Schiffsmakler kritisieren außerdem, daß die Bundesregierung zu großzügig bei der Gewährung von Kontingenten für den ausländischen Lkw-Verkehr verfahre. „Mit der Flexibilität der deutschen Bundesbahn können wir allerdings leben", fügte Dreyer-Eimbcke hinzu.

Seit vergangenem Jahr liegt ein von fast allen Bundesländern befürworteter Gesetzentwurf vor, der das starre Tarifgefüge der Bundesrepublik im Güterverkehr von und nach den deutschen Seehäfen auflockern soll. Allerdings stehen handfeste Interessen der Verbände des Güterfernverkehrs (BDF) und der Binnenschiffahrt (BDB), vertreten durch einflußreiche Verkehrspolitiker aller Couleur, gegen gesetzliche Maßnahmen. So wird die Diskrepanz zwischen dem freien Transport über die „grüne" Grenze und dem festgefahrenen innerdeutschen System ständig größer.

IMPORTHANDEL / Günstige Preise bei Konserven

Verluste durch Dollarkurs

JB. Hamburg

Der deutsche Importhandel hat aufgrund des stark schwankenden Dollarkurses ein schwieriges Jahr hinter sich. Wie der Warenverein der Hamburger Börse e. V., der als Bundesverband des deutschen Importhandels mit Konserven, Tiefkühlprodukten, Trockenfrüchten, Schalenobst, Trockengemüse, Gewürzen, Honig und verwandten Waren fungiert, in einem Jahresrückblick schreibt, hätten sich erst im Spätherbst 1985 bei einem auf 2,60 DM abgerutschten Dollar günstigere Einkaufsmöglichkeiten ergeben. Zu diesem Zeitpunkt sei für zahlreiche Einkäufe die Währung jedoch bereits abgedeckt gewesen, so daß viele Händler unvorhersehbare Verluste erlitten hätten.

Die Entwicklung in den einzelnen großen Produktgruppen verlief unterschiedlich. Bei Konserven war der Absatz im ersten Halbjahr schleppend. Erst mit dem Dollarfall und der Überproduktion vor allem bei Ananas und Spargel veränderte sich das Preisgefüge. Spargel und Ananas verbilligten sich um 30 Prozent, Champignons um 20 Prozent, andere Obstkonserven um 10 bis 15 Prozent.

Bei weiterhin stabiler D-Mark geht die Branche von einer Fortsetzung des Preisrutsches aus. Sofern der Handel die günstigen Preise an den Konsumenten weitergebe, erwartet der Warenverein ein umsatzstarkes Jahr bei Konserven.

Günstig sind nach Angaben der Importeure auch die Preise für tiefgefrorenes Obst und Gemüse geblieben. Hierbei mache sich die Ausweitung der Produktion in den Erzeugerländern positiv bemerkbar. Vom starken Dollarfall profitierten ferner der Import von Fischkonserven, wobei Thunfischkonserven nach wie vor den größten Anteil ausmachen.

Bei Trockenfrüchten ist zum ersten Mal wieder die Einfuhr von Mandeln gestiegen. Entscheidend dafür dürfte gewesen sein, daß die Preise erheblich unter denen von Haselnußkernen lagen. Das Preisniveau bei Haselnüssen hatte sich aufgrund schlechter Ernteergebnisse in der Türkei deutlich erhöht. Starke Beschränkungen beklagt der Importhandel bei Sultaninen aus Drittländern. Die von der EG eingeführten Mindesteinfuhrpreise seien um so unverständlicher, da Griechenland als größter Produzent in der Gemeinschaft seine Produktion seit Jahren voll am Markt unterbringen könne.

Schuldzinsenabzug bei Erbfolgeregelung

KI/DW. München

Werden einem Steuerpflichtigen von seinen Eltern im Rahmen vorweggenommener Erbfolgeregelung Grundstücke übertragen, so können Schuldzinsen für eine gleichzeitig übernommene Darlehensschuld zur Gleichstellung seiner Geschwister Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung darstellen.

Für den Schuldzinsenabzug kommt es nach Ansicht des Bundesfinanzhofs (IX R 64/82) darauf an, daß sie in wirtschaftlichem Zusammenhang mit angestrebten oder zufließenden Einnahmen stehen. Der Umfang des Schuldzinsenabzugs ist davon abhängig, in welchem Ausmaß das Grundstück zur Einnahmeerzielung genutzt wird.

In dem vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fall hatten die Eltern Grundstücke auf eines ihrer Kinder übertragen. Dabei hatten sie sich ein Wohnrecht vorbehalten und das Kind verpflichtet, ein Darlehen zu übernehmen, dessen Mittel sie zur Gleichstellung der übrigen Kinder verwendet hatten. Der Zuwendungsempfänger kann nach dem Urteil Schuldzinsen für das Darlehen als Werbungskosten steuerlich geltend machen, wenn er das übernommene Anwesen vemietet oder verpachtet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bocholt: Bocholter Werkstätten GmbH; **Bochum:** Dr. *Engelbert Knappstein;* **Esslingen:** Michael Sonyi, Neuhausen/F.; Schrag Baumaschinen GmbH, Handelsges., Denkendorf; **Gelsenkirchen:** Getränke Lindemann GmbH, Gelsenkirchen-Horst; **Krefeld:** Petrans-Abfallbeseitigungsges. mbH, Nettetal 2; **Meldorf:** Hermann Schröder, Kaufmann, Marne; Nachl. d. Wolfgang Hief, Weselburen; **Schleiden:** Eicker GmbH & Co. Produktions KG, Blankenheim-Wald.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Mannheim: Friedhelm Vogt, Kaufmann.

Vergleich beantragt: Elmshorn: Kunststoffröhrenwerk GmbH.

NAMEN

Dr. **Harald Neitemeier** wurde als Nachfolger für den aus Altersgründen ausscheidenden Geschäftsführer **Hermann Pöner** in die Unternehmensleitung der Klein-Gruppe, Salzkotten, berufen. Er übernimmt das Ressort Finanzen und Controlling.

Wilhelm Kahle (62), Geschäftsführer Vertrieb Inland der Telefunken Fernseh und Rundfunk GmbH, Hannover, wurde stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung. **Karl-Wilhelm Veigt** (42), bisher Geschäftsführer der Olympia Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt, hat die Leitung sämtlicher Vertriebsniederlassungen Inland des Unternehmens übernommen.

Heinz Ruchti wurde zum Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Brochier-Bau-Gesellschaft mbH, Nürnberg, ernannt. Er ist Nachfolger von **Fritz Bareiß**, der in den Verwaltungsrat übergewechselt ist. Zu seinem Stellvertreter wurde **Wilhelm Kraft** ernannt. **Dieter F. Martin** wurde zum ordentlichen Mitglied der Geschäftsleitung bestellt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Offerte an Siemens

München (dpa/VWD) – Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, hat Siemens ihren Anteil an der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, angeboten. Siemens werde im Lauf der nächsten zwei Monate über einen möglichen Kauf entscheiden, erklärte das Unternehmen in München auf Anfrage. Daimler trennt sich im Zusammenhang mit dem Fusionskontrollverfahren Daimler-Benz/AEG von seinem MG-Anteil von knapp neun Prozent. Über die Allgemeine Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen mbH, München, sind neben Siemens und Daimler-Benz die Allianz AG, München, und die Deutsche Bank AG, Frankfurt, an der MG beteiligt.

Ausgleich im Export

Berlin (dpa/VWD) – Die Schindler Aufzügefabrik GmbH, Berlin, hat sich neue Märkte im Ausland erschlossen, so in Saudi-Arabien, Ägypten, Singapur und Hongkong. Gegenwärtig entfallen bereits 40 Prozent des Neugeschäftes auf den Export, teilte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Wolfgang Koch, in Berlin mit. Das Volumen des deutschen Marktes (10 000 Anlagen) werde eher noch zurückgehen. Daher werde das Servicegeschäft immer wichtiger. 1985 wurden nach vorläufigen Zahlen etwa 315 bis 320 Mill. DM nach 295 Mill. DM im Vorjahr umgesetzt. Schindler Deutschland beschäftigt 2500 Mitarbeiter, davon 1400 in Berlin. Im schweizerischen Schindler-Konzern (2 Mrd. sfr Weltumsatz) sind 22 500 Mitarbeiter beschäftigt.

Beteiligung erworben

Paris (J.Sch.) – Der französische Lebensmittelkonzern BSN hat eine 20prozentige Beteiligung an der deutschen Gesellschaft Sonnen-Bassermann (Umsatz 175 Mill. DM) erworben, die Teigwaren Ravioli, Fertiggerichte und Konfitüren produziert. Der Konzern ist in der Bundesrepublik bereits bei Frischprodukten durch seine Tochter Gervais Danone, München, (Umsatz 380 Mill. DM) und durch die Gesellschaft Diepal GmbH, München, vertreten. Nach dem Aufkauf der italienischen Gesellschaft Ponte steigt BSN jetzt zum zweitgrößten Teigwarenhersteller Europas (nach Panzani) auf.

Mehr Lastwagen abgesetzt

München (dpa/VWD) – Die MAN Nutzfahrzeuge GmbH, München, hat 1985 nach eigenen Angaben mit 21 239 Nutzfahrzeugen 9,4 Prozent mehr abgesetzt als im Vorjahr. Wie das Unternehmen mitteilte, sind die Verkäufe jedoch um 21,9 Prozent hinter dem Spitzenjahr 1981 zurückgeblieben. Bei den Lastwagen über 9,6 Tonnen Gesamtgewicht habe MAN in der Bundesrepublik 9,7 Prozent mehr Fahrzeuge ausgeliefert (Export: plus 7 Prozent). In der Gewichtsklasse 6 bis 9,6 Tonnen sei der Absatz um 12,9 Prozent (Export: plus 24,2 Prozent) gestiegen. Bei den Omnibussen wurde ein Plus im Inland von 7,4 Prozent (Export: plus 34 Prozent) erzielt.

JAPAN / Mehr als 90 000 Eisenbahnern droht Arbeitsplatzverlust durch Neuordnung

Privatisierung soll Staatsbahnen retten

FRED de LA TROBE, Tokio

Die japanische Regierung wird in Kürze im Parlament Gesetzesvorlagen zur Aufgliederung und Privatisierung der Staatsbahnen Japans (JNR) einbringen. Die Vorlagen gehen auf einen Bericht zurück, den eine fünfköpfige Kommission Mitte vergangenen Jahres vorlegte.

Demzufolge sollen bis zum April 1987 aus der JNR sechs private Eisenbahngesellschaften für den Personenverkehr und eine Gesellschaft für den Frachtverkehr gebildet werden. Zusammen werden die Unternehmen 183 000 Personen beschäftigen. Damit müssen 93 000 JNR-Angehörige entlassen werden. Sie sollen entweder in den vorzeitigen Ruhestand gehen oder von anderen Arbeitgebern beschäftigt werden.

Die Regierung Nakasone sieht die Privatisierung als das einzige Rezept zur Rettung der hochverschuldeten Staatsbahnen. Die Verwaltung der JNR war zu bürokratisch und schwerfällig geworden und allzusehr auf staatliche Unterstützung angewiesen. Im Fiskaljahr 1984 kam das Defizit der JNR umgerechnet auf 20,6 Mrd. DM. Das kumulative Defizit erreichte Ende März 1985 den Wert von 152 Mrd. DM, und die langfristigen Verbindlichkeiten stellten sich auf 272 Mrd. DM.

Die Staatsbahnen begannen 1964 in die roten Zahlen zu rutschen, als Japan in das Zeitalter des Automobils einzog. Die seither ungünstige Entwicklung war außer auf Fehler des Managements vor allem auf den Verlust von Frachtkunden und den Bau unrentabler Strecken – meist auf Drängen von Politikern, die sich damit Wählerstimmen erhofften – zurückzuführen. Um dem Abwärtstrend wirkungsvoll zu begegnen, stellte die JNR schon 31 lokale Linien ein. Weitere 27 Linien sollen folgen.

Die JNR hat ein Bahnnetz von insgesamt 23 256 Kilometern. Davon entfallen auf die 70 Hauptlinien 13 350 km. Das Aufkommen an Fahrgästen belief sich 1985 auf 194,2 Mrd. Passagiere/Kilometer, und das Frachtvolumen kam auf 27 Mrd. Tonnen/Kilometer. Die Konkurrenz des Straßen- und Luftverkehrs hat den Anteil der Staatsbahnen an der gesamten Fahrgastbeförderung in den letzten 24 Jahren von 51 Prozent auf 23 Prozent und den Anteil am Frachtvolumen von 38 Prozent auf fünf Prozent herabgedrückt.

Im Fiskaljahr 1984 verbuchten nur acht Hauptlinien einen Gewinn. Darunter war der Superexpreß „Shinkansen" auf der Strecke Tokio–Kyushu. Alle anderen 237 Linien schlossen mit roten Zahlen ab. Die japanische Regierung hat Ende Januar beschlossen, nach der Privatisierung der JNR von deren Defizit und Verbindlichkeiten einen Betrag von 208 Mrd. DM zu übernehmen. Der Rest soll von den sechs zu gründenden Gesellschaften getragen werden.

Die Frage der Abfindung und Wiederbeschäftigung der 93 000 zu entlassenden Arbeiter und Angestellten der Staatsbahnen ist noch nicht abschließend gelöst. Bisher zeichnen sich nur für etwa 52 000 neue Anstellungen ab. Von dem Rest wird ein Teil vorzeitig pensioniert werden. Staatliche und kommunale Behörden haben versprochen, ungefähr 30 000 Personen aufzunehmen, die Privatwirtschaft wird etwa 22 000 beschäftigen. (SAD)

Aktien überwiegend gut gehalten

Aber weiterhin schleppende Umsatztätigkeit

DW. – In der Hoffnung, daß die feste New Yorker Aktientendenz über kurz oder lang auf die deutsche Börse überspringen wird, gab es am Dienstag Meinungskäufe. Sie sorgten im allgemeinen für stabile Kurse, auch wenn der Umfang der ausländischen Kaufaufträge enttäuschend gering war. Das Interesse internationaler Anleger richtet sich zur Zeit vorrangig auf US-Aktien. Für viele hat die deutsche Börse nach dem scharfen Rückgang von Dollar und Pfund an Reiz eingebüßt. Dennoch hofft man nun auf eine allgemeine Geschäftsbelebung.

Das Commerzbank-Bezugsrecht erreichte mit 0,80 (minus 0,20) DM seinen bisher niedrigsten Stand. Das Angebot hat weiter zugenommen. Der Commerzbank-Aktienkurs konnte sich dagegen erstmals spürbar erholen. Keine Plazierungsprobleme für ihre jungen Aktien hat die BHF-Bank, deren Bezugsrecht sich leicht befestigte. Für Versorgungsaktien hat die Nachfrage zugenommen; als Anregungen dienen die verbilligten Brennstoffkosten. RWE-Stämme erreichten mit 250 DM einen neuen Spitzenstand. Autoaktien nur wenig verändert. Wieder lebhafte Umsätze in PKI, wo ein hervorragender Abschluß erwartet wird. Maschinenbauaktien wurden überwiegend zu Vortagskursen gehandelt, etwaige Abweichungen waren meist zufallsbedingt.

Frankfurt: Riedel de Haen tendierten mit plus 20 DM weiter fest. Agiv zogen um 10,50 DM und Goldschmidt um 10 DM an. Hutschenreuther erhöhten um 5,80 DM. Nachgegeben haben Wella um 15 DM und Cassella um 14 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel und Conc. Chemie verbesserten sich um je 4 DM, Kabelmetal um 4,80 DM und Nino um 3 DM. Hagen Batterei verminderten um 14 DM, Heinrich um 15 DM und Leffers um 13 DM. Nordstern gaben um 30 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf lagen um 3 DM fester. HEW erhöhten um 1,10 DM und Phoenix Gummi um 1,40 DM. Bremer Vulkan stockten um 1,50 DM auf. Hapag Lloyd gaben weiter um 2 DM nach. Holsten Brauerei wechselten 3,50 DM höher den Besitzer.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 20 DM höher taxiert. Engelhardt konnten 5,50 DM und Bekula 2,50 DM zulegen. Bergmann verloren 28 DM und Rheinmetall St. 10 DM. DeTeWe und Springer gaben um je 7 DM nach.

München: Audi verbesserten sich um 14 DM, Flachglas um 5 DM und Brauh. Coburg um 10 DM. Patrizier stockten um 20 DM und Paulaner um 30 DM auf. Otto Stumpf verloren 4 DM und Dywidag 5,50 DM.

Stuttgart: Kolbenschmidt setzten bei größeren Umsätzen ihre Aufwärtsbewegung um 7 DM auf 277 DM fort. Hohner konnten sich um 6 DM teilerholen. Zeag Zement verteuerten sich um 15 DM und Württembergische Feuerversicherung verbuchten einen Gewinn von 67 DM.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 283,99 (284,28)
WELT-Umsatzindex: 5549 (4279)
Advance-decline-Zahl: 94 (101)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

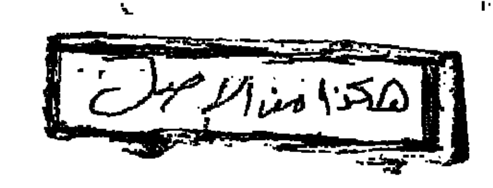
Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam · Brüssel · Hongkong · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Wien · Toronto · Zürich



FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Renten etwas freundlicher

Der vorangegangene Renditerückgang in den USA, wo wieder einmal von der Möglichkeit einer Zinssenkung gesprochen wird, führte am deutschen Rentenmarkt zu einer gewissen Auflockerung. Hier wurden öffentliche Anleihen bis zu einem Viertelpunkt heraufgesetzt. Die letzte 6 3/8prozentige Bundesanleihe wurde zu 100,30, das heißt um 0,05 Prozentpunkte über ihren Emissionskurs in den Handel eingeführt. Das Inlandsinteresse danach ist bis heute begrenzt geblieben, weil sich auf dem Pfandbriefmarkt gegenwärtig noch bessere Renditen erzielen lassen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	222G	222G	5½ Asiat.Entwbk. 78/88	100,25G	100,25bG	6½ dgl. 73/88	103	103,5T
F	7½ dgl. 82 o. O	101,25G	101,25	7¼ dgl. 79 89	102,4G	103,4G	5½ dgl. 78/88	100	99,95
F	5½ Jusco 83 m. O.	219G	216G	10 dgl. 80/90	107,1G	107,1	6½ dgl. 79/89	101,25	101,5
F	5½ dgl. 83 o. O.	99,9bG	99,9G	8¾ dgl. 80/90	105,5G	105,5	10¼ dgl. 81/91	111,25	112T
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	126G	126T	10 dgl. 81/91	109,15	109	9 dgl. 82/92	107,5G	107,5
F	3½ dgl. 84 o. O.	93,35G	93,25	10¾ dgl. 81/89	112,35G	112,5	8½ dgl. 82/90	108,25G	108,25
F	3¾ Kaufhof 84 m. O.	168,5G	167,5G	9¾ dgl. 82/92	111,25G	111,25	7½ dgl. 83/91	105,75	105,75G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	79,8	80,2	9¾ dgl. 82/92 II	112	111,75T	7½ dgl. 83/90	105,75G	105,75G
F	3½ dgl. 85 m. O.	140,5	139,5	8¼ dgl. 82/92	107,5G	107,5G	7¾ dgl. 84/94	105,25G	105,25G
F	3½ dgl. 85 o. O.	78,3T	77,6T	7¾ dgl. 83/91	106,2T	106T	7¾ dgl. 84/92	105,5G	105,5G
F	3½ Kobe S. 85 m. O.	124,5G	124,5G	8½ dgl. 83/93	109,7G	109,5bG	6¾ dgl. 85/97	99,15	99,1
F	3½ dgl. 85 o. O	91,5G	91,75bB	7¾ dgl. 84/94	106,8	106T	7 Europarat 73/88	100,7	101G
F	3½ Linde Int. m. O.	181T	181G	8 dgl. 84/94	106,5G	106,25	6¼ dgl. 77/87	100T	100G
F	3½ dgl. o. O	78,9	78,5	7¾ dgl. 85/97	106,9G	106,5G	6½ dgl. 78/88	100,25G	100,25G
	[illegible]								

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschuldverschreibung, IS = Industrieschuldverschreibung, RS = Rentenbankschuldverschreibung, S = Schiffspfandbrief. Börse: B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart.

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	unerh.	unerh.	32,35
Bond Valor DM	108,58	106,56	106,31
Convert Fund A DM	31,60	29,90	30,10
Convert Fund B DM	90,99	86,40	86,70
CS Money Market DM	1072,00	1071,00	1071,00
Eurinvest DM	geschl.	geschl.	82,50
Euroacon DM	177,47	158,04	157,34
Formular Sel. DM	78,89	73,76	73,76
GT Inv. Fund DM	geschl.	geschl.	56,10
Interspar DM	78,39	76,97	geschl.
Japan Sel. DM	359,35	336,00	336,00
Unaco DM	74,20	72,02	73,05
Amerika-Valor sfr.	519,75	491,50	492,50
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	unerh.
Automation sfr.	124,00	115,00	115,50
Bond-Invest sfr.	64,25	62,75	63,25
Bond Valor Yen	10363,00	10170,00	10158,00
Bond Valor $	114,19	112,06	111,83
Bond Valor sfr	104,20	104,25	104,10
Bond Valor Ster.	99,71	97,86	98,17
Canasec	672,00	639,00	641,00
CSF-Bonds sfr.	76,50	74,00	74,00
CS Money Market $	1120,00	1119,00	1119,00
CS Money Market Ster.	1068,00	1067,00	1067,00
CS Money Market Yen	–	–	101474,0
Convert Valor sfr.	126,80	124,40	124,60
Convert Valor $	134,90	132,37	132,28
Dreyfus $*	12,96	12,18	12,12
Dreyfus Int. $*	45,55	42,82	unerh.
Dreyfus Intercont. $*	39,87	37,48	37,48
Dreyfus Leverage $*	20,60	18,85	18,71
Energie-Valor DM	166,72	158,58	158,85
Europa Valor sfr	198,00	188,50	188,75
Forma sfr.	192,00	187,50	188,00
Founders Growth $*	8,77	8,77	8,69
Founders Mutual $*	10,10	10,18	10,09
Goldmines sfr.	–	228,00	225,00
Intercont. Tr. sfr.	–	358,50	357,75
Interswiss sfr	170,00	169,50	169,50
Intervalor sfr	91,25	88,00	88,50
Japan Portfolio sfr	958,50	902,50	899,00
Kemper Growth $*	13,85	12,67	12,60
Pacific-Valor sfr.	160,00	150,00	150,25
Pharmafonds sfr.	305,00	281,50	281,50
Pioneer Fund $*	24,19	22,09	22,03
dgl. II $*	19,69	18,02	17,90
Schweizeraktien sfr.	509,50	483,00	483,00
Siat-Imm. sfr.	1760,00B	1750,00G	1760,00G
Siat 63 sfr.	1405,00B	1395,00G	1395,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2660,00	2540,00	2540,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1370,00	1305,00	1305,00
Swissvalor sfr.	409,25	397,50	397,75
Technology $*	14,85	12,84	12,73
Technogrowth Fd.	108,57	102,44	102,44
Templeton Growth $*	12,94	11,84	11,76
Universal B.S sfr.	79,80	76,00	76,25
Universal Fond sfr.	130,36	125,76	126,22
Ussec	822,00	782,00	788,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Optionshandel

Frankfurt: 11. 2. 86

1848 Optionen = 102 100 (169 900) Aktien, davon 310 Verkaufsoptionen = 17 950 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-200/109, 240/70G; 250/62B; 270/45B; 280/38; 290/32B; 300/25; 320/20; 330/16; 340/9,5; 350/7,5; 360/6; 7-200/115; 250/70; 260/66, 270/60; 280/45G; 300/39; 310/34; 320/28,8B, 330/27,7; 340/16,1; BASF 4-240/51,25; 250/39; 257/31G; 270/22; 280/18,1; 290/14; 300/10,3; 310/6; 320/5; 7-260/44G; 270/36,75G; 280/32; 290/23,8; 300/20,6; 310/16; 320/15; 340/14, 350/8G; 360/7,5G, Bayer 4-240/75; 250/58; 260/44,15G; 270/36, 280/26,5, 290/20G; 300/12,6; 310/9,4; 320/7,4; 350/6,1; 340/5G; 7-260/50,75G; 270/45; 280/44; 300/28; 310/25; 320/18, 330/14,4; 340/11,5; 350/10,5, 360/6,4; BBC 4-270/15G; BHF 7-550/45B; 600/36G; Bay. Hypo 4-500/80B; 600/25; 7-600/44G; 650/35G; Bekula 4-100/15B; 105/10B; 110/5,6; 7-110/8,6; BMW 4-570/85B, 600/50; 650/25,5; 660/70B; 700/8B; 7-600/90B; 700/40; 710/30; 720/22G, Bay. Vereinsbk. 4-400/115B; 500/40G; 7-550/46; Commerzbk. 4-280/40; 290/31; 300/23,2; 320/15, 330/10B; 350/8, 360/7, 380/4B, 400/3, 7-300/40; 320/27; 330/24; 340/22B; 350/18,1; 390/11,5B; 400/10,1; 420/8; Conti 4-19/20,6; 130/52; 170/41; 180/31; 200/16G; 210/14; 220/8; 7-160/57G; 170/47, 180/38G; 190/32; 200/31B, 210/20B; 220/18B; 230/13,4; Daimler 4-1000/380B, 1100/290B; 1150/250; 1300/115,75G; 1400/90B; 1500/60; 1600/30; 7-1400/140; 1500/118; 1600/90; 1800/50B, 2000/25; 2500/12G, Dt. Babcock St. 4-180/53B; 280/40B; 220/20B, 230/15B; 240/14B; 250/6; 7-220/33B; 230/30; 240/25G; 250/22B, 260/15B; 270/14,8G; Dt. Babcock Vz. 4-190/33,2B; 7-24/13G; 200/40B; 220/21B, 230/16,6G; Deutsche Bk. 4-732,9/98; 800/50; 850/30; 880/16G; 900/20G; 920/16; 950/13B; 1000/9; 7-800/100; 850/67,25G, 900/55; 950/36; 1000/30; Degussa 4-500/22; 7-400/29,8B, Dresdner Bk. 4-370/51B; 380/42G; 400/38; 410/31, 420/24,2; 430/21; 460/13,6B; 470/10,6; 7-400/60; 420/39G; 490/20B, 500/15B; GHH St. 4-220/30B; 240/12G; 7-280/20; GHH Vz. 4-190/40B; Hoechst 4-240/49; 250/45; 260/37; 270/29,2G; 280/18G; 290/13,3; 310/10; 320/7G; 360/2,5; 7-280/41; 290/50B; 300/21; 310/18; 340/11G; 350/10G; Hoesch 4-120/70B; 130/61G; 140/50B; 150/45B; 160/30; 170/22G; 180/20G; 198/12,5; 200/6; 210/4B; 220/3,5G; 230/3G; 7-150/55G; 160/47G; 170/37G; 180/28,5G; 190/22G; 200/17; 210/12B; 220/10; 240/6,1G; 250/5G; Karstadt 4-310/66G; 340/29,2G; 350/23G; 7-370/30G; 400/14,4G; Kaufhof 4-350/70B; 400/29; 7-400/38G; 420/24,2G; KHD 4-320/60B; 330/50B; 340/40B; 350/35B; 360/30B, 370/25B; 400/10G; 7-400/20G; Klöckner 4-75/56B; 80/35B; 85/26,5, 90/24,2B; 95/20B; 100/16; 110/9,4; 120/4,5; 130/2,5; 140/2,4G, 7-75/38B, 90/27,2G; 100/25,2; 110/15,6; 120/11,2G, 130/7; 140/5, 150/3G; Lufthansa St. 4-250/58; 260/48; 270/38; 280/34G; 300/15G; 7-270/54B; 280/50B; 290/45B; 300/40G; 310/32G, 330/18G; Lufthansa Vz. 4-250/56; 260/16; 270/38B; 280/34G; 300/15G; 7-280/45B; 290/40B; 300/34B; 330/18B; Linde 7-640/57G, 700/30,1G; Mercedes 4-1300/60B; 1400/20B; 7-1200/120G; 1300/90B; 1350/80G; 1400/50G; 1600/54; Metallges. 4-340/42; Mannesmann 4-230/61,25B; 240/55; 250/40G; 260/35; 270/28,9G; 290/18B; 300/10G; 320/5B; 7-270/38B; 280/31; 300/26; 310/23G; 320/18B; 330/13B; 340/10,4G; 350/9,4G; Nixdorf 4-620/71G; 7-600/58,75G; Porsche 7-1400/70, Preussag 4-260/25B; 270/20B; 280/15G, 290/9B; 300/8B; 310/3,2G; 7-270/52B, 280/30G; 300/15,4G; Rütgers 4-440/10B; RWE St. 4-210/40; 220/30; 230/20; 240/15; 260/7G; 7-190/70G; 200/60B; 210/45G; 220/30; 230/27,5; 240/20; 250/19,6; 260/18; 270/17,4; RWE Vz. 4-220/20,2; 230/11G; 240/9B; 7-200/45B; 230/20,8B; 240/18G; 250/15G; Schering 4-650/20B; 7-750/18; Kali + Salz 4-300/28,5; 320/15G; 340/7,2; 7-300/45G; 350/22G; 360/20, 370/15B; Siemens 4-670/135B; 680/128, 95G; 690/119,25G; 700/115; 740/60; 800/52; 810/50B; 820/45B; 830/38B; 840/32B; 860/20B; 900/17,5; 7-700/130B, 750/120, 770/100B; 800/85G; 810/80; 830/60,65, 900/47,5; Thyssen 4-110/70B; 140/40; 150/31; 160/22G, 170/17; 180/12,1; 190/6,1; 200/5,1, 210/5G; 7-150/45B; 160/35G; 170/29G; 180/21,1, 190/15; 200/14,9; 210/11,5; 220/10; 230/9,4; Veba 4-231/70; 241/55; 261/35,5; 271/27,5G; 280/24G; 300/15,6; 330/46; 7-260/59,25B; 280/36G, 290/29G; 300/26,7G; 300/15; 350/10G; 360/8,4G; VEW 4-14/20,6B; 150/15B; 160/6,6; 7-140/29B; 160/15; VW 4-580/175, 420/140; 440/115B; 470/90G; 490/74G; 520/55B; 550/35; 560/26B; 570/25; 580/20, 590/16B, 600/15; 7-470/115G; 490/98B; 500/95B; 520/70G; 530/68G; 540/61B; 550/60; 560/50G; 570/49; 600/34; 610/30; Alcan 4-75/6,6B; 80/3,3B; 7-75/9G; 80/6G; 85/4,9G; Chrysler 4-110/15B; 120/6G; 130/4; 7-110/70G; 120/15; 130/10; 140/9; Elf 4-70/5G; 7-65/10G; 70/8,5G; 75/7B; General Motors 7-190/17,4; 210/12G; IBM 4-370/31B; 380/26B; 390/24,2, 400/14,9; 7-380/39G; 400/33; 420/27B; 430/19; 440/17; Litton 7-220/9G; Norsk Hydro 4-40/5,7; 45/3,1G; 50/1,6G; 55/1,2; 7-40/8,5G, 45/5,7G. 50/3G; 55/2G. 60/1,5; Philips 4-40/19, 45/14G; 54,5/6G; 55/5G; 60/2,4; 7-55/8,4; 60/6,2; 64,5/5,6B; 65/3,9; Royal Dutch 7-170/10,6; Sony 4-44. 50/2,5B; Sperry 4-120/18G; 140/2,4G; 7-120/70B; 130/6,9G. 140/6; Xerox 4-130/51,5B; 140/20,9; 150/12G; 160/5,5G; 7-16/9,4G; 150/18G; 170/5G.

Verkaufsoptionen: AEG 4-250/1G; 260/1,5B; 270/2,5G; 280/5B, 290/8,6B; 300/10B; 310/18G; 7-250/2; 260/3,5; 270/4,9; 280/7,6; 290/11; 300/18G; BASF 4-270/3; 280/4; 7-250/1,5; 260/2,5G; 270/4,5; 280/7; Bayer 7-260/2; 270/4,5, 280/5, 290/10G; BHF 7-500/5G; BMW 4-580/6B, 600/15,4G, 7-600/26G; Bay. Vereinsbk. 7-500/20G; Commerzbk. 4-280/5; 290/7; 300/14,4; 310/17; 7-290/11; 300/15; 310/26; 320/29,8; Conti 4-190/2,5G; 200/3,5; 7-200/5,1G, Daimler 4-1200/12; 1300/25G; 7-1150/12; 1200/17; Dt. Babcock St. 7-230/14B, Deutsche Bk. 4-790/20G, 800/30G; Dresdner Bk. 4-400/13G; 410/18B; 7-400/18; 410/25G; GHH St. 4-250/8B; 7-250/9,1G; Hoechst 7-270/2; 280/10; Hoesch 4-170/1,5; 180/3; 190/5G; 7-170/2,4G; Karstadt 4-330/4; 7-310/3,5G; 330/6,4G; 340/8,4G, Kaufhof 4-400/6G; 7-360/6; KHD 7-340/5G; Klöckner 4-90/1G; 95/2G; 100/2,5G, 7-85/1,5G; 90/2G; 100/3; 110/11, Lufthansa St. 4-280/4B; 290/8B; 7-260/5, 280/6G; Mercedes 4-1100/8B. Mannesmann 4-260/1,5G; 270/3,45; 280/6G; 7-260/3G; 270/4G; 280/8B; Preussag 4-250/2,1G; 260/5,5G; 7-260/10G; RWE St. 4-210/2,5B; 220/7B; 7-210/6B; 220/10,3B; RWE Vz. 4-210/5B; Siemens 4-750/46, 760/5,4G; 770/8,7G; 780/12,5G; 800/22; 7-720/3,1G; 740/5,15G; 760/11G; 770/20,1G; 780/25G; 800/30G; Thyssen 4-140/1G, 170/3,6; 7-150/1,8G; 160/2,6G; 170/5G; Varta 7-290/3G; Veba 4-260/1B; 280/3,5; 7-280/6,9; 300/18B; VEW 7-150/2G; VW 4-510/3; 520/6; 530/7; 540/10; 7-510/10; 530/16; Alcan 7-75/2,5G; Chrysler 7-100/1,5; Elf 7-70/9,8B; General Motors 4-180/4B, 7-180/5B; IBM 7-370/15G; Norsk Hydro 4-40/2,1B; 7-40/3,3; 45/3,5G; 50/6,5G; Philips 4-55/1,9; 7-55/3B; Sperry 4-150/9

Hinweis: Wegen übergroßer Geschäftstätigkeit konnten die Oktober-Termine in dieser Ausgabe keine Berücksichtigung finden.

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 166,42 (166,36); Elektrowerte: 359,25 (360,14); Autowerte: 778,15 (781,35); Maschinenbau: 184,68 (185,65); Versorgungsaktien: 171,01 (170,81); Banken: 393,10 (391,73); Warenhäuser: 143,78 (142,90); Bauwirtschaft: 404,37 (407,96); Konsumgüterindustrie: 155,90 (157,26); Versicherung: 1439,26 (1443,13); Stahlpapiere: 175,25 (175,17)

Kursgewinner (Frankfurt):

Eisenh. Köln	444,00	+32,00	+7,7%
Stock	750,00	+50,00	+7,1%
Adt Gebr.	56,00	+3,00	+5,7%
KKK Vz.	580,00	+30,00	+5,4%
Veith Pirelli	354,00	+16,00	+4,7%
KKK St.	680,00	+30,00	+4,6%
Goldschmidt	255,00	+10,00	+4,4%
AG Bad Salzschl.	480,00	+20,00	+4,3%
Henniger Brau.	148,00	+6,00	+4,2%
Westdtr. Vict.	57,00	+2,00	+3,6%

Kursverlierer (Frankfurt):

Bürsten Kränz	220,00	-20,00	-8,3%
Gerling NA Kl.	645,00	-45,00	-6,5%
Rosenthal	360,00	-22,00	-5,7%
Rieb. Mont.	250,00	-15,00	-5,6%
Münch. Vers.	1000,00	-50,00	-4,7%
Dywidag	165,00	-8,00	-4,6%
MAN-Rol.	600,00	-29,00	-4,6%
Progress	215,00	-10,00	-4,4%
Commerzbk. Reste	17,20	-0,70	-3,9%
Dt. Conti Rück	1250,00	-49,00	-3,7%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 820,00 G, Kötitzer 1950,00 B, VAB 2900,00 T

Düsseldorf: BASF 273,00, Bayer 281,50, BHF 480,00 G, Contigas 325,00, Contigummi –, Dresdner Bk. –, IWK –, KSB –, KSB Vz. –, Linde 623,00, Metallges. 345,00 bB, Nixdorf 567,50, Rütgers 415,00, Salamander 290,00, Schering 555,50, VEW 145,00

Frankfurt: Adt 52,00, Allweiler St. 279,00 G, Allweiler Vz. 206,00, BASF 272,80, Bayer 282,00, BHF 490,00 G, Contigas 328,00, Contigummi 199,00, Dresdner Bk. 392,00 G, IWK 310,00, KSB 190,00 T, KSB Vz. 180,00 T, Linde 629,00, Magdeburger Feuer 800,00 B, Magdeburger Feuer NA 1420,00 B, Mainkraft 555,00 T, Metallges. 350,00, Moto Meter 228,00 G, Nixdorf 569,50, Pfaff 228,00 B, Rütgers 415,00 G, Salamander 297,50, Schering 555,00, VEW 143,50, Ymos St. 184,50, Ymos Vz. –

Hamburg: Doog 355,00 bB, Schering 558,00

München: BASF 275,00, Bayer 282,00, BHF 480,00 T, Br. Wolfk. 220,00 G, Contigas 333,00 B, Contigummi –, Dresdner Bk. 392,00 G, IWK 320,00 G, Isar-Amper –, Linde 625,00 G, Metallges. 360,00 B, Nixdorf 565,00, Rütgers 415,00 G, Salamander 313,00 TG, Schering 565,00, Stumpf 115,80 bB, VAB 2900,00 bG, VEW 142,10

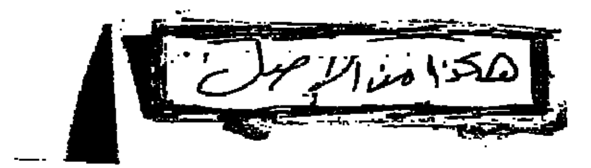
Devisenmärkte

In New York schloß der US-Dollar am 11. Februar bei 2,38. Am Bondmarkt stiegen die Preise, obwohl von der heute beginnenden Sitzung des Open Market Committees keine Impulse ausgehen dürften. Dem Notenbankchef wurden wieder einmal Rückzugsvorhaben nachgesagt, die jedoch unbegründet sein dürften. In Europa (Japan blieb wegen Chinese New Year geschlossen) fiel der Kurs von 2,3790 nach einer Erholung bis 2,3840 am Nachmittag auf 2,3730 zurück. Amtlich wurde er mit 2,3789 notiert. Der Yen hielt sich auf hohem Niveau, der Schweizer Franken – während der letzten Tage etwas vernachlässigt – zog gegen D-Mark um 7,3 Promille auf 119,40 an. Unter den Freiverkehrswährungen fielen der Rand in beiden Kategorien sowie der Australische Dollar deutlich zurück. US-Dollar in: Amsterdam 2,6877; Brüssel 48,65; Paris 7,293; Mailand 1618,00; Wien 16,7198; Zürich 1,9924; Ir. Pfund/DM 3,032; Pfund/Dollar 1,4065; Pfund/DM 3,344.

Devisen und Sorten

11.2.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,3749	2,3829	2,3633	2,33	2,43
London[2]	3,339	3,353	3,289	3,28	3,43
Dublin[2]	3,025	3,039	2,946	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6982	1,7062	1,6746	1,64	1,74
Amsterd.	88,49	88,62	88,22	87,75	89,50
Zürich	119,30	119,50	119,04	117,75	120,00
Brüssel	4,88	4,90	4,809	4,72	4,97
Paris	32,555	32,715	31,785	31,60	33,35
Kopenh.	27,105	27,225	26,94	26,25	28,00
Oslo	32,13	32,25	31,52	31,00	32,75
Stockh.**	31,65	31,81	31,225	31,00	32,75
Mailand[3]**	1,4645	1,4745	1,4185	1,41	1,51
Wien	14,208	14,248	14,144	14,12	14,34
Madrid**	1,585	1,595	1,555	1,53	1,65
Lissabon**	1,53	1,55	1,436	1,10	1,90
Tokio	1,2675	1,2705	–	1,21	1,27
Helsinki	44,52	44,72	44,06	43,25	45,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen**	1,608	1,657	–	0,90	1,70
Frankl.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,633	1,652	–	1,62	1,72
Johannbg.*	1,079	1,113	–	0,78	1,10
Hongkong*	30,36	30,64	–	28,00	34,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.



Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Während Kaffee um das Limit höher notierte, konnte sich Kakao lediglich gut behaupten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	10.2.	7.2.
März	326,00	325,00
Mai	289,50	289,50
Juli	269,00	268,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	271,90	271,90
Am. Durum	268,84	268,84

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	111,80	112,50
Mai	115,80	116,20
Juli	118,00	118,60

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	99,50	99,80
Mai	101,00	101,30
Juli	100,80	100,80

HAFER Chicago (c/bush)		
März	124,75	124,75
Mai	125,75	125,50
Juli	122,50	122,50

MAIS Chicago (c/bush)		
März	242,00	240,50
Mai	242,25	241,25
Juli	241,75	241,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	103,50	103,10
Mai	105,20	105,00
Juli	106,70	106,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	10.2.	7.2.
März	233,00	230,00
Mai	234,00	228,00
Juli	238,31	232,31

KAKAO New York ($/t)	10.2.	7.2.
März	2070	2052
Mai	2115	2107
Juli	2155	2147
Umsatz	3362	3216

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 März	5,90	5,93
Mai	6,10	6,19
Juli	6,33	6,37
Sept.	6,40	6,47
Okt.	6,58	6,62
Umsatz	5709	14576

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,49	5,35

KAFFEE London (£/t) Robusta	10.2.	7.2.
März	2503-2512	2430-2440
Mai	2555-2568	2500-2503
Juli	2627-2629	2575-2580
Umsatz	4543	3928

KAKAO London (£/t)		
März	1664-1665	1668-1669
Mai	1668-1670	1674-1675
Juli	1698-1700	1707-1708
Umsatz	2546	5082

ZUCKER London (£/t) Nr.6	10.2.	7.2.
März	154,40-154,60	156,00-156,40
Mai	159,40-159,60	161,00-161,40
Aug.	166,00-166,60	167,00-168,00
Umsatz	1294	957

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	11.2.	10.2.
schw.		
Saraw.spez.		
weiß.Saraw.	geschl.	geschl.
weiß.Munt.		

ORANGENSAFT New York (c/lb)	10.2.	7.2.
März	88,80	90,80
Mai	89,70	91,65
Juli	90,10	92,75
Sept.	89,50	92,50
Nov	92,25	92,45
Umsatz :100)	1000	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	10.2.	7.2.
	23,00	24,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,75	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	19,28	19,51
Mai	19,70	19,90
Juli	20,00	20,24
Aug.	20,10	20,35
Sept.	20,00	20,30
Okt.	20,00	20,35
Dez.	20,32	20,62

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.		
	17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	15,50
Choice white hog 4 % fr. F.	12,75	12,75

TALG New York (c/lb)		
top white	13,50	14,00
fancy	13,00	13,50
bleichf.	12,75	13,25
yellow max. 10% fr.F	11,50	12,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Feb.	44,90	45,50
April	40,10	40,30
Juni	44,25	44,60

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	57,90	57,25
März	58,35	58,10
Mai	59,65	59,55

HÄUTE Chicago (c/lb)	10.2.	7.2.
Ochsen einh. schwere River Northern	59,00	59,00
Kühe einh. schwere River Northern	52,00	52,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	533,00	530,50
Mai	540,75	538,50
Juli	547,75	546,00
Aug.	546,00	543,50
Sept.	529,00	527,50
Nov.	523,50	522,50
Jan.	534,00	533,25

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	153,80	151,50
Mai	154,70	153,20
Juli	155,30	154,00
Aug.	155,20	154,00
Sept.	152,00	150,50
Okt.	147,50	146,50
Dez.	148,50	147,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	10.2.	7.2.
März	307,50	307,40
Mai	315,00	315,40
Juli	322,50	323,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	10.2.	7.2.
	15,00	15,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	11.2.	10.2.
jegl. Herk. cif	615,00	640,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	500,00	500,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	310,00	305,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)		
fob Niederl. fob Werk	111,00	113,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	335,00	340,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	243,00	245,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	10.2.	7.2.
März	60,25	59,90
Mai	60,55	60,25
Juli	59,00	57,40
Okt.	49,51	49,72
Dez.	48,45	48,60
März	49,40	49,40

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	41,875	41,87

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	11.2.	10.2.
März	491-492	492-496
Mai	505-507	535-540
Aug.	522-526	–
Umsatz	51	57

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	11.2.	10.2.
März	40,50	40,50
Mai	40,50-42,50	40,50-42,50
Juli	40,50-42,50	40,50-42,50
Okt.	40,50-42,50	40,50-42,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	11.2.	10.2.
März	603,00-605,00	604,00-605,00
Mai	–	–
Juli	–	–
Umsatz	1	1

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11.2.	10.2.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	11.2.	10.2.
März		12045
April	geschl.	12111

KAUTSCHUK London (p/kg)	10.2.	7.2.
RSS 1 März	60,00-61,00	60,00-61,00
RSS 1 April	60,50-61,50	60,50-61,50
RSS 2 März	58,75-59,75	58,75-59,75
RSS 3 April	57,25-58,25	57,25-58,25
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	11.2.	10.2.
März		
April		
Nr. 2 März	geschl.	geschl.
Nr. 3 März		
Nr. 4 März		
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	11.2.	10.2.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11.2.	10.2.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	260,19-260,36	265,77-265,93
dritt. M.	269,58-269,75	275,68-276,02
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	86,68-87,01	87,08-87,24
dritt. M.	90,05-90,20	90,61-90,77
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	932,13-935,49	938,00-941,36
dritt. M.	952,25-953,95	965,90-966,58
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	134,12-135,80	137,17-140,53
Prod.-Pr.	166,80	167,52
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	11.2.	10.2.
	geschl.	geschl.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11.2.	10.2.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	336,81-339,15	unerh.
BLEI in Kabeln	94,50-95,50	unerh.
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	
Vorz.dr.	464,00-464,50	unerh.

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	11.2.	10.2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	300-304	305-306
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	342	339-345
MS 63	325-331	328-330

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	11.2.	10.2.
Leg. 225	342-345	342-345
Leg. 226	344-347	344-347
Leg. 231	379-380	379-380
Leg. 233	389-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	11.2.	10.2.
PLATIN (DM/g)	29,80	30,05
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26340	26560
Rückn.-Pr.	25590	25810
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26360	26740
Rückn.-Pr.	25670	26040
verarbeitet	27650	28050
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25850	26235
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	459,70	468,00
Rückn.-Pr.	445,90	453,90
verarbeitet	479,90	488,50

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)	11.2.	10.2.
London 10.30	337,20	340,50
15.00	335,80	340,15
Zürich mit.	336,90-337,40	340,60-341,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	79900	80550
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	415,90	422,65
3 Mon.	428,60	435,00
6 Mon.	441,45	448,30
12 Mon.	466,35	473,50
PLATIN (£/Feinunze) London	10.2.	7.2.
fr. Markt	257,90	254,70
PALLADIUM (£/Feinunze) London	10.2.	7.2.
f. Händl.-Pr.	70,60	69,70

New Yorker Metallbörse

	10.2.	7.2.
GOLD H & H Ankauf	340,15	337,45
SILBER H & H Ankauf	591,00	588,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	350,00-353,50	350,00-353,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	99,00-100,00	97,00-98,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Feb.	589,90	591,80
März	592,00	594,00
Mai	599,50	601,00
Juli	608,50	609,80
Sept.	616,70	620,00
Dez.	629,50	631,50
Jan.	633,50	635,70
Umsatz	9000	10000

KUPFER (c/lb)	10.2.	7.2.
Feb.	63,45	63,60
März	63,65	64,85
Mai	64,25	64,45
Juli	64,60	64,80
Sept.	64,85	65,05
Dez.	65,40	65,00
Jan.	65,55	65,70
Umsatz	4700	4308

Londoner Metallbörse

	11.2.	10.2.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	776,00-776,50	788,50-889,50
3 Mon.	804,00-804,50	816,50-817,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	258,50-259,50	259,50-260,00
3 Mon.	268,50-269,00	269,00-270,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	986,00-986,50	995,50-996,00
3 Monate	1014,50-1015,50	1025,00-1026,00
ab. Kasse	–	995,50-996,50
3 Monate	–	1024,50-1025,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	971,00-973,00	980,00-981,00
3 Monate	1007,00-1009,00	1014,00-1015,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	418,50-419,50	428,50-429,50
3 Monate	427,00-428,00	436,00-437,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	225-230
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	50-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	10.2.	7.2.
März	50,50-50,90	50,00-55,30
April	47,72	50,72
Mai	46,45	49,45
Juni	45,80	48,62

GASÖL – London ($/t)	10.2.	7.2.
Feb.	–	198,50-199,00
März	177,25-177,75	173,00-174,00
April	166,75-167,25	161,50-162,00
Mai	162,00-163,00	156,50-157,50
Juni	158,00-159,00	155,00-155,50
Juli	157,00-158,00	154,50-155,00
Aug.	156,50-158,00	156,50-157,50

BENZIN – New York (c/Gallone)	10.2.	7.2.
März	51,20-51,40	51,20-51,40
April	51,22	51,22
Mai	51,62	51,62
Juni	52,12	52,12
Juli	52,35	52,35

ROHÖL – New York ($/Barrel)	10.2.	7.2.
März	16,75-16,85	17,50-17,75
April	16,65-16,80	17,65-17,67
Mai	16,77-16,85	17,88-17,91
Juni	16,85-16,90	18,11
Juli	17,00-17,01	18,25-18,29

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	10.2.	7.2.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	70,25	17,25
N. Sea Brent	18,00N	18,00
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	10.2.	7.2.
Febr.	70,00	70,00
April	91,30	91,10
Mai	99,30	99,30
Nov.	78,30	77,50

New York (c/lb)	10.2.	7.2.
März	1,90-1,94	1,95
April	1,90-1,95	1,90-1,95
Mai	2,06-2,07	2,08
Nov.	3,36-3,57	3,38

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	10.2.	7.2.
März	140,30-140,40	139,20-139,70
Mai	143,00-143,40	142,50-142,80
Juli	146,50-146,90	145,20-145,70
Sept.	148,90	148,50-148,00

Devisenterminmarkt

Die Deports für den US-Dollar bildeten sich am 11. 2. etwas zurück. Die befürchtete Zinsverstellung trat nicht ein.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67-0,57	2,07-1,97	4,06-3,96
Pfund/Dollar	0,52-0,50	1,58-1,55	3,00-2,95
Pfund/DM	2,70-1,30	7,20-5,80	13,2-11,8
FF/DM	27-11	94-78	149-153

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11.2. : Tagesgeld 4,30-4,40 Prozent; Monatsgeld 4,25-4,40 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,55 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,55 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11.2. : 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 11.2. : 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11.2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8	4⅜-4½	3⅞-4
3 Monate	7⅞-8⅛	4⅜-4½	3⅞-4⅛
6 Monate	7⅞-8⅛	4⅜-4½	3⅞-4⅛
12 Monate	8⅛-8⅜	4½-4⅝	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 11.2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75; Verkauf 19,75 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11.2. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1180,00	1527,60
5 US-Dollar (Indian)**	790,00	952,30
5 US-Dollar (Liberty)	440,00	577,80
1 £ Sovereign alt	200,50	251,37
1 £ Sovereign Elizabeth II.	186,50	235,41
20 belgische Franken	148,00	197,22
10 Rubel Tscherwonez	199,00	254,22
2 südafrikanische Rand	178,25	224,87
Krüger Rand, neu	795,25	946,49
Maple Leaf	813,75	967,58
Platin Noble Man	880,00	1043,10
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	226,50	286,71
20 schweiz. Franken „Vreneli"	174,25	227,15
20 franz. Franken „Napoléon"	165,25	216,89
100 österr. Kronen (Neuprägung)	753,25	922,55
20 österr. Kronen (Neuprägung)	151,50	195,51
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,50	106,59
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	354,75	438,62
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	82,25	116,57

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,20, 2 Jahre 5,05. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25 , Kurs 100,50, Rendite 6,13 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 11.2.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	54,15	6,75
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	104,058	6,75
Berl. Bk. E54	100,00	1.7.95	54,39	6,70
Berl. Bk. E55	100,00	1.7.00	37,77	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	unerh.	unerh
Commerzbank	100,00	4.8.00	unerh.	unerh
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	unerh.	unerh
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	unerh.	unerh
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	unerh.	unerh
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	unerh.	unerh
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	unerh.	unerh
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	50,50	6,71
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	unerh.	unerh
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	unerh.	unerh
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	unerh.	unerh
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	unerh.	unerh
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	unerh.	unerh
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	unerh.	unerh
WestLB 600	100,00	2.5.95	55,00	6,69
WestLB 601	100,00	2.5.00	39,05	6,83
WestLB 602	100,00	3.10.05	26,90	6,91
WestLB 500	126,86	16.2.89	109,10	5,12
WestLB 501	137,01	16.2.90	109,75	5,67
WestLB 503	115,76	3.10.88	102,00	4,89
WestLB 504	141,85	1.10.91	102,55	5,91
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,16
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	58,75	9,13
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	52,00	11,24
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	56,875	9,69
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	55,875	9,91
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	54,25	8,95
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	45,625	10,15
Penney (A+)	100,00	17.2.94	46,00	10,01
Sears (AA)	100,00	27.5.94	46,625	9,49
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	45,50	9,77
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	45,00	9,07

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. % (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75 (4,75)	100,3	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	5,15 (5,15)	99,70	101,4	103,3	105,1	107,0	108,8
3	5,63 (5,64)	98,05	101,0	103,4	106,1	108,8	111,5
4	6,11 (6,15)	95,85	99,60	102,7	106,2	109,6	113,1
5	6,24 (6,26)	94,40	99,00	102,8	107,0	111,1	115,3
6	6,40 (6,41)	92,75	98,05	102,4	107,3	112,1	117,0
7	6,72 (6,72)	90,15	95,55	101,5	106,4	111,8	117,3
8	6,85 (6,85)	88,45	94,45	101,0	106,4	112,4	118,4
9	6,96 (6,96)	86,60	93,10	100,3	106,1	112,6	119,1
10	6,98 (6,98)	85,45	92,45	100,2	106,5	113,5	120,5
15	7,15 (7,18)	79,85	88,80	98,65	106,7	115,7	124,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 111,424 (111,382)
Performance-Rentenindex: 235,573 (235,469)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	10. Febr.	0,813-8,063
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,75
	60–270 Tage	7,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,35
	60 Tage	7,70
	90 Tage	7,70
Certificates of Deposit	1 Monat	7,65
	2 Monate	7,65
	3 Monate	7,70
	6 Monate	7,75
	12 Monate	7,80
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,18
	26 Wochen	7,23
US-Staatsanleihe	10 Jahre	8,97
	30 Jahre	9,21
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	31. Jan.	628,6 Mrd. $ (+ 2,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
März	125,30	125,00
Juni	126,90	126,50

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	10.2.	7.2.
11¼ EEC 90		106,75
10⅜ EIB 95		106,125
11 dgl. 91		107,75
11½ dgl. 90		108,875
11⅞ dgl. 93		112
12 dgl. 95		114
12½ dgl. 90		111,5
12⅞ dgl. 93		117,375
13 dgl. 96		116
10⅛ Wld Bk 95		104,5
10⅜ dgl. 88		103,5
10⅝ dgl. 90		106,25
10⅞ dgl. 93	geschl.	107,875
11 dgl. 92		108
11⅛ dgl. 98		113,375
11¼ dgl. 88		105,25
11⅜ dgl. 90		108
11⅜ dgl. 89		106,25
11½ dgl. 90		109
12 dgl. 93		113,25
12¼ dgl. 94		115
12⅜ dgl. 94		118
6⅞ Sears 91		104,125
6⅞ Swed.Ex.91		100,375
7 TRW 94		101,25
6⅞ Un.Tech.92		100,375
6⅞ World Bk90	geschl.	101,125
6⅞ dgl. 94		101
7 dgl. 94		102,875
7⅜ dgl. 93		105,2
8 dgl. 93		106,875

Euro-Yen

	10.2.	7.2.
6⅞ Al.Corp 91		100,5
7⅛ ADB 94		104,75
7 Austria 95		102,75
7 BP 92		103,375
6⅞ Denmark 92		101
7 Denm.Bk. 92		101,125
7 Dow Chem.94		101,5
6⅞ EDF 95		102,75
6½ Eurofima86		99,75
6⅝ dgl. 95		99,875
6⅝ dgl. 92		100,5
6⅝ dgl. 93		100
7⅜ dgl. 94		103,5
6⅞ Fannie 92	geschl.	101,25
6⅞ Fin.Rep90		101,25
6⅞ GMAC 90		100,875
7⅛ Goodyear95		101
6⅞ dgl. 94		100
6⅞ ITT 92		100,875
6½ McDonal.97		101,125
6⅞ Montreal95		99,875
7⅛ N.Bruns.95		105,625
7⅛ N.Zeald.90		102,625
7⅜ dgl. 89		103,625
7 Pac.Gas 94		101,875
6⅞ Penney 92		99
6⅞ Procter 92		101,375
6⅞ Scllo 92		100,125

Lux. Franc Bonds

	10.2.	7.2.
9¾ Akzo 87		99,75
9⅞ Asea 89		101
6⅞ Asian Dv87		97,25
10½ BFG Lux90		103
11 BNP 90		102,25
9 dgl. 93		108
10⅛ Paribas89		101
10½ Coca 94		104,25
11 dgl. 92		104,25
13 dgl. 91		105
12½ Conseil97		104,25
8 Coptel 88		97,75
8½ dgl. 89		98,25
11 Cr.Lyon.88		102
13 dgl. 89		103
7½ Den.Mtg 88		96,75
10⅛ Euratom96		105
11 dgl 93		104
12¼ dgl. 88		100,75
12¾ dgl. 92		102,5
9 Eurofima 95		101
10 dgl. 91		103
10 dgl. 94	geschl.	104
11¼ dgl. 89		101,75
8 EIB 91		97,75
9½ dgl. 95		102,25
9⅞ dgl. 88		101,25
9⅞ dgl. 93		103,75
10½ dgl. 94		105,25
11½ dgl. 88		105
12¼ dgl. 90		104,5
9⅞ Hypo Bk.88		101,25
9⅞ Ind.B.F.95		100,5
11 Krediet.93		106,5
8 Kredietc 86		99
10 dgl. 90		102
11⅞ dgl. 89		102,25
8 Luxair 87		98,5
8½ dgl. 87		98,75
10⅛ Lux Bk.91		102,25
12½ dgl. 89		100,75
9 Mel.Chim 95		102,25
12½ Nord LB9		102
8 Norges 86		98,5
8 Oslo 89		98
8½ dgl. 87		98,5
9 Paribas 92		100
8 Philips 89		97,75
7⅜ Renault 88		96,75
9½ Sogenal 92	geschl.	101
10⅜ Solvay 87		101
10⅜ Stockh.86		99,5
8 Sveriges 88		97,75
9⅜ Volvo 87		100
9⅜ WorldBk.90		101,75
10⅛ dgl. 89		102

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	10.2.	7.2.
8⅜ Cop City91		97
8⅞ CCA 91		96,5
9⅜ Gas d Fr86	geschl.	99
11⅛ Ned. G.88		100,5
9⅞ Queb. P.94		99
8½ SDR 94		97

ECU

	10.2.	7.2.
10⅞ Al.Dbk89		102,125
10⅜ dgl. 91		104,25
9½ ABN 92		101,875
All Nippon 95		99,875
9⅜ ANZ 92		101,625
10⅜ Austria93		107
10 BNDA 92		101,25
9 M.+Hope 92		100,375
9 Bk.Hels.96		98
9⅞ Bk.Tok.90		102,375
10⅜ dgl. 91		103,125
10⅜ dgl. 91		103,25
8½ BNP 95		98,75
8½ Bay.Vbk.88	geschl.	100,375
8⅜ BFCE 93		97,625
9⅜ dgl. 92		104,5
9⅜ dgl. 95		103,75
9⅜ Bull 92		98
9⅜ CNT 92		104,75
9⅝ dgl. 95		103,75
8⅞ Cargill 95		98,25
10⅜ Coca 89		106,375
11⅜ dgl. 94		108,5
9 Cerlnv 95		101,25
9 Chrysl. 92		97,625
10 dgl. 91		101,875
10⅜ dgl. 93		101,75
9 ClubMed 88		101,125
9⅜ Conseil 92		101,375
9½ dgl. 95		102,375
9⅜ CCF 95		100,375
9⅜ CrdNord 91		101,75
11⅜ CrdFonc90		106
11½ dgl. 90		106,25
8⅜ CrdNat 95		99,75
10⅜ dgl. 94		106,75
8½ Crdanst.94		100
9⅜ Credito 92		101,25
9⅛ Denmark 90		100,875
10⅜ Denmark91		104,875
9⅜ Dresd.bk95		103
9 EDF 97		101,625
8⅜ EEC 93		100
8⅜ ELFAqu. 88		98,875
9 Ensa Gut 91		99,125
9⅜ dgl. 93		99
10 Euratom 97		103,625
9⅜ Eurofima93		105,75
11 dgl. 92		107,5
8½ EIB 92		99,625
9⅜ dgl. 95		103,625
10⅛ dgl. 94		105,875
10⅜ dgl. 94		105,875
10⅜ dgl. 90		106
11⅛ dgl. 92		107,125
11¼ dgl. 94		108,875
9 Eutelsat 93	geschl.	99,5
8⅛ Fiat 90		99,875
9 IBKFinal 95		98,125
8⅞ Ford C.93		98,25
11 Genfin.90		106,125
10⅛ Giroz. 93		106,5
10⅜ GTE 92		106,875
10 IADB 93		103,875
8⅛ IBM 90		100,25
9 Imatran 96		98,625
11 III 89		104,125
9⅛ Italia 89		100,625
10½ dgl. 97		105,25
11½ dgl. 90		107,625
9⅜ Kansall 92		99,75
9⅜ Kbifimo 92		100,375
11⅛ LTCB 90		106,25
10⅛ Magal 95		103,125
8⅞ Mits.Tr 93		97,625
9 MoetHen.91		101,125
9⅜ Mol 90		101,25
8½ Morgan 90		99
8⅜ Motorola92		99,625
9 Norsa 95		98
9⅛ N.Zeal. 90		101,625
9⅞ N.Zeal.92		102,625
11 Nipp Crb91		106,25
9 OstLbk. 89		100,25
8⅞ Olivetti93		99,5
10 Pochin.90		102,625
9 Petroc.95		96,5
9⅛ Peugeot 90		100,75
10⅛ dgl. 90		104,875
9 Philips 93		102,5
9⅜ Pibo 97		102,5
10 Prvbk. 97		102,375
11½ Queb.Pr89		106,125
10⅜ RATP 97		104
9⅞ Rabobk. 95		102,875
8⅜ Reynolds91		99,875
10⅛ Roybk.Ca89		103,5
9 SAS 95		100,5
9 Samwa 95		98,75
8⅜ Secpac 90		97,75
11¼ SNCF 94	geschl.	108,5
9 SNCI 95		99,25
10½ Sparkas91		104
9⅛ Sumitcorp93		101,125
9 Sumitfin 93		101
9 Unbk.Nor.95		99,125
9½ WestLB 90		104,25
9⅜ Westpac92		101,25
8⅜ Worldbk 93		98,125
9⅜ dgl. 95		104,25
9⅜ dgl. 97		103,25
10⅛ dgl. 89		104,625
10⅜ dgl. 88		104,875
10⅜ dgl. 94		106
11 dgl. 93		106,875

ECU-Tageswerte

	10.2.	7.2.
Dollar	0,907764	0,903603
Bfr	44,2989	44,9091
DM	2,16638	2,1682
Hfl	2,44733	2,44878
£	0,646096	0,64722
Dkr	7,96336	7,97791
FF	6,63757	6,646
Lira	1473,98	1475,15
I-£	0,714775	0,715725
Sfr	1,82806	1,83206
öS	15,2323	15,2438
Peseta	136,301	136,309
Skr	6,81415	6,80278
Nkr	6,71973	6,72326
Kan-$	1,27586	1,26956
Esc	140,950	140,736
Fmk	4,84655	4,84241
Yen	170,66	172,317
Drachme	132,57	132,45

SZR-Wert

	11.2.	7.2.
Dollar	1,11481	1,1114-
DM	2,66539	2,66425

Kommerz und Kommunikation auf Flohmärkten

Die Lust am Plunder

Das Geschäft mit der Nostalgie floriert. Plüsch und Plunder, Kunst und Kitsch waren noch nie so gefragt wie heute. Der Freilufttrödel der frühen siebziger Jahre etabliert sich: in Fabrik- und Messehallen, auf ungenutzten Parkplätzen von Einkaufszentren oder tagsüber in Autokinos. Die Hochkonjunktur für Jugendstil oder Kunstgewerbe aus den Dreißigern, wohl auch der Nierentisch und die Trompetenlampe am biegsamen Messinghals aus den fünfziger Jahren, von wirklich alten Dingen ganz zu schweigen, machten aus dem Freizeitspaß von einst ein knallhartes Geschäft.

Noch sind die Tage der Rosen – ARD, 16.10 Uhr

So klagt ein Flohmarkt-Veteran, der Hamburger Boutiquen-Besitzer Klaus Koehn, der seit 1973 für einen Bürgerverein ehrenamtlich einen Trödel in Pöseldorf organisierte, schon vor drei Jahren: „Die Idee ist pervertiert." Denn unter den Anbietern gibt es immer weniger Amateure. Die Profis machen sich breit und nicht Kommunikation, sondern Kommerz heißt das Motto. Berufsmäßige Trödler bessern den Umsatz ihrer schlecht laufenden Ladengeschäfte, Antiquitätenhändler verramschen Gegenstände, die sie in ihren etablierten Boutiquen ihren Kunden nicht anbieten wollen. Etwas hängen bleibt immer: Auf florierenden Märkten sollen bis zu 20 000 Mark Umsatz von Hand zu Hand gehen.

Ein attraktiver Weg, Steuern zu sparen, denn hinter diese Geschäfte schaut kein Finanzamt. Zwar heißt es von vielen Märkten, sie seien inzwischen teuer. Dennoch beschleicht jeden, der nur einmal darüber wandert, um zu schauen, doch fast regelmäßig das Gefühl, unter all diesem dilettantisch zusammengewürfelten Zeug müßte doch etwas besonders Günstiges, wenn nicht sogar Wertvolles, zu finden sein. Der Jagdinstinkt ist geweckt, sobald man die Szene betritt. Und auf jedem „Antik"-Markt machen Geschichten und Anekdoten die Runde – meist Erlebnisse von anderen Trödelstädten.

Wer kennt nicht die Begebenheit, daß auf dem etwa hundertjährigen Flohmarkt von St. Quen in Paris unter Plunder und Plüsch Wertschätze wie ein Bild von Fragonard, sogar die „Kartoffelesser" von Vincent van Gogh, Renoirs „Nini", Aquarelle von Manet und Cézanne und eine Büste von Houdon erstanden wurden? Auf solche Glücksfälle hofft ein jeder – und die Trödler nehmen den Passanten nicht ihre Illusionen.

Ist wirklich alles alt auf dem Markt? So alt wie die zahllosen nostalgischen Autohupen aus Messing, deren schwarze Gummiballons noch so neu riechen? „Made in Pakistan". Oder wirklich alles so wertvoll? Wie die ehedem wertlosen Altaktien, die Nonvaleurs, früher Ladenhüter, heute im Sog der Flohmärkte wie Pretiosen gehandelt?

Aber so ein Gang über den Trödelmarkt ist für viele eine Wanderung durch die eigene Kindheit. Für manchen ausländischen Mitbürger aber auch ein ganzjähriger Schlußverkauf. Sie suchen dort, wo die basarähnliche Atmosphäre sie häufig zu heftigem Feilschen animiert, keinen nostalgischen Krimskrams, sondern preiswerte Gebrauchswaren wie Hausrat, Kleider und Schuhe. Das kann so getrennt wiederum und auch so beieinander sein wie auf der Straße des 17. Juni nahe der Technischen Universität in Berlin. Dorthin kommen sie bei Wind und Wetter an jedem Wochenende: die Profis und die Amateure aus beiden Lagern und verhandeln über die wackeligen Tapeziertische hinweg. Wer regelmäßig geht, entdeckte schon hier und da ein schönes Stück – meist Schmuck. Oder etwas Originelles. Und diese Käufer sind, so hoffen die im „Bundesverband des Deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels e.V." in Hannover zusammengeschlossenen Etablierten, die Einsteiger für die wirklich antiken Stücke. GABRIELE HERLYN



Auf der Suche nach dem Schnäppchen: Trödelmarkt in Berlin FOTO: MEHNER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.05 Am Rosenmontag ist alles vorbei
10.50 Das Mädchen im Apfelbaum
11.40 Vorsicht, Falle!
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Noch sind die Tage der Rosen
Die Berliner Alltagskultur um 1900
Beobachtungen von Jürgen Boettcher
16.55 Denkste!?
... zurück aus Hollywood
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Kehraus
Deutscher Spielfilm (1983)
von Gerhard Polt und Gisela Schneeberger
Buch: Hanns Christian Müller, Gerhard Polt und Carlo Fedier
Mit Gerhard Polt, Gisela Schneeberger, Nikolaus Paryla, Dieter Hildebrandt u. a.
Musik, Regie: Hanns Christian Müller
21.45 Brennpunkt
Aktuelle Sendung
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Fernseh-Pressekonferenz
Mit dem sowjetischen Generaloberst Nikolaj F. Tscherwow
Gesprächsleitung: Lothar Loewe
23.45 Einsatz in Manhattan
Nette Nachbarn
Der Polizist Gil Weaver und Ritchie Linden sind alte Schulfreunde. Als Kojak mit Weaver einen Diamantenraub aufklärt, treffen sich die beiden unter ungewöhnlichen Umständen wieder.
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Das Eichhorn und die Prinzessin
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Mohrle
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Spielregeln
Jugend und Justiz
Der Junge bleibt bei mir
20.15 Kennzeichen D
Das Wort vom „reichen Juden" und die Bürger von Korschenbroich / „Sindermann macht's möglich – Vor der Reise des „DDR"-Volkskammerpräsidenten nach Bonn / Das Erbe Bonhoeffers – Ein Interview mit Alt-Bischof Schönherr / Nach alter Art – Glokken aus Apolda
Moderation: Dirk Sager
21.00 Der Denver-Clan
Wer ist mein Vater
21.45 heute-journal
22.05 Bemäntelte Armut
Eine Herausforderung an Kirche und Gesellschaft
Film von Cornelia Schlede
22.35 Die plötzliche Einsamkeit des Konrad Steiner
Schweizerischer Spielfilm (1976)
Mit Sigfrit Steiner, Silvia Jost, Helmut Förnbacher u. a.
Regie: Kurt Gloor
0.10 heute

SAT 1

15.00 Captain Future
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 S. O. S. – Charterboot!
18.00 Es darf gelacht werden
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Sport auf SAT 1
Bayern Münchens dänischer Spielmacher Soeren Lerby / Mit Menotti nach Mexiko / Studiogast: Willi Schulz
19.45 Ferien mit Papa
Englischer Spielfilm (1957)
21.30 APF blick
22.15 Single sucht Single
22.45 Kultur, Natur und Wissenschaft
Henry Moore – Skulpturen in Florenz
23.40 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Wenn die Alpenrosen blüh'n
Deutscher Spielfilm (1955)
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Mensch und Wissenschaft
22.45 Begegnungen
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.20 Filmvorschau
20.30 Frech und verliebt
Deutscher Spielfilm (1944)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Wer bin ich?
22.32 Wetter / Horoskop / Betthupferl

KRITIK

Wütende Lokalpatrioten

Es gibt noch unentdeckte Gegenden von sonderbarem Reiz in Deutschland. Eine davon ist das Eichsfeld an der hessisch-thüringischen Grenze, das tausend Jahre lang zum Erzbistum Mainz gehörte, bevor es 1803 dem Königreich Preußen einverleibt wurde. Die kurmainzische Tradition hinterließ tiefe Spuren im einstigen „Armenhaus Preußens": Das Eichsfeld ist heute eine katholische Insel im sonst protestantischen Mitteldeutschland und ein Unruheherd im atheistisch ausgerichteten SED-Staat außerdem. Also zogen die Ostberliner Politökonomen aus, dieses wirtschaftliche Notstandsgebiet zu entwickeln. Die Leinenindustrie kam ins Land und mit ihr kamen die kommunistischen Agitatoren, doch von den heute 150 000 Eichsfeldern blieben 120 000 praktizierende Katholiken, allesamt aber „wütende Lokalpatrioten".

Schon die ersten Bilder in Günther Geislers Film „Sonderfall Eichsfeld" aus der Reihe **Reisebilder aus der DDR** (ZDF) ließen die konfessionelle Prägung des Landes erkennen, das heute zu vier Fünfteln auf „DDR"-Gebiet liegt: Wegkreuze auf den Feldern, wie man sie sonst nur aus Bayern kennt, und Prozessionen durch Kleinstädte und Dörfer, die 35 Jahre „realen Sozialismus" zu widerlegen scheinen, denn auch die mitgeführten Fahnen waren kirchlich-katholisch, auf keiner einzigen waren „Hammer und Zirkel" auszumachen.

ALBAN ROTT

Kuddelmuddel der Generationen

Der alte Albert lebt nur noch in seiner Vergangenheit als erfolgreicher Radrennsportler und geht mit seinen ewigen Reminiszenzen der Tochter Gisela und deren Sproß Frank mächtig auf die Nerven. Er spürt das und holt sich deshalb eine gereifte Freundin, Hilde, ins Haus.

Das ist die Ausgangslage der von Oswald Döpkes mit Fingerspitzengefühl inszenierten Komödie **Unser Haus reicht nur für drei** (ZDF). Was aber passiert, wenn die anderen beiden plötzlich ebenfalls mit einem Partner auftauchen? Gisela nämlich probiert es mit Hubert (R. Glemnitz als noch längst nicht geschiedener Feuilletonjournalist), ihr Sohn schleppt die junge Katja (Anja Jaenecke) an, und das just zu der Zeit, da Albert mit seiner Hilde verreist ist. Die aber gibt ihm unterwegs einen Korb, weil auch sie die ewigen Radler-Geschichten nicht mehr hören kann: Als der Alte enttäuscht heimkehrt, ist die Bude voll – Generationenkuddelmuddel.

Doch das hält nicht lange: Katja läßt sich von partyfreudigen Freunden wieder rausholen, Hubert bleibt bei seiner Frau kleben, und am Ende hocken Opa, Tochter und Enkel wieder zu dritt beieinander.

Ohne Sigfrit Steiner als Albert und Judy Winter als Gisela wäre das alles im Banalen versandet. Mit diesen beiden aber wurde ein sehenswerter Versuch über die zeittypische Unfähigkeit zur Kommunikation daraus.

ALEXANDER SCHMITZ

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich: André Kostolany
Der amerikanisch-ungarische Börsenmakler und Finanzexperte im Gespräch mit Claus-Hinrich Casdorff
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Das Geheimnis von Oberwald
Italienischer Videofilm (1979)
Mit Monica Vitti u. a.
Regie: Michelangelo Antonioni
0.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Telekirche im III.
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Sicherheitsgesetze – Mit Sicherheit in die Unfreiheit?
21.15 Das Licht der Gerechten (6)
22.05 Engel übern Broadway
Amerikanischer Spielfilm
Mit Rita Hayworth, Douglas Fairbanks jr. u. a.
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.30 Black Beauty (14)
18.55 Pumpa (14)
19.05 Dingsda
19.45 Tiersprechstunde
20.15 Macht das Fernsehen den Fußball kaputt?
21.00 Tod auf Raten
Vom Ende der einzigen Raffinerie Hessens
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße (10)
22.20 Abschiedsbilder
Film von Nico Hofmann

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Ein bißchen schwarz – ein bißchen weiß
20.15 Sammelsurium
Aus dem Kulturleben
21.00 Das verlorene Wochenende
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Ray Milland u. a.
Regie: Billy Wilder
22.55 Die Karriere
Eine Geschichte aus der Weimarer Republik
23.20 Federico Fellini
Film von Birgitta Ashoff
0.05 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Verstehen Sie Spaß?
19.30 Dingsda
20.00 Der Leih-Opa
20.50 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Levin und Gutman
6. Unterwegs nach Jerusalem
22.10 Z. E. N.
22.15 Lese-Zeichen
22.45 Der Jüngste Tag hat kein Datum
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Der Verlag Gruner + Jahr und die Redaktion des Wirtschaftsmagazins „Capital" trauern um ihren Chefredakteur

Ludolf Herrmann

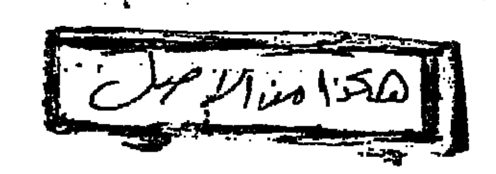
der am Montag, 10. Februar 1986, nach langer Krankheit verstorben ist.

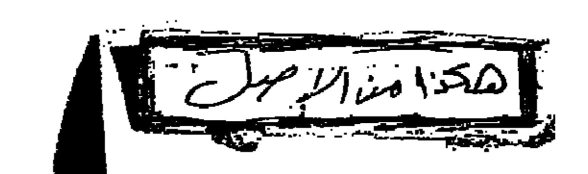
Ludolf Herrmann hat sich um den Verlag und um unsere Zeitschrift bleibende Verdienste erworben. Er war ein liebenswerter Kollege, ein Journalist von Ausdruckskraft und Grundsatztreue. Eine klare, reine Stimme in der deutschen Publizistik, die durch seinen Tod ärmer geworden ist.

Hamburg/Köln,
den 10. Februar 1986

Gerd Schulte-Hillen
Vorsitzender des Vorstandes
Gruner + Jahr AG & CO

Johannes Gross
Herausgeber „Capital"





Was wie von Adel klingt

egw – Als die bebrillte Germanistin, bekannt für ihre Liebe zum Dialekt, die neue Verordnung gelesen hatte, sagte sie mit unhörbarem Lächeln: „Die werden's ge so weit treiben, daß der Adel als a ganzer wegkommt." Diese sowohl semantisch wie inhaltlich rätselhafte Äußerung aufzudröseln, mag nur einem Österreicher gelingen.

Was zunächst das „ge" betrifft, so handelt es sich nicht um das allgemein bekannte „geh" („Geh, Alte, schau . . ."), sondern um ein Suffix, das wohl auch animatorisch gemeint sein kann, aber im wesentlichen so viel heißt wie „wohl" oder „vermutlich". Es ist nur in Teilen des Landes gebräuchlich.

Der Inhalt des Satzes aber bezog sich auf die neue gesetzliche Regelung in Österreich, wo der Adel zwar abgeschafft, aber oft durch Doppelnamen ohne Adelsprädikat immer noch zu erkennen ist. Künftig darf nun der Ehegatte, (wie es die Deutschen vorexerziert haben) den Mädchennamen seiner Frau an seinen anhängen, sich also einen Doppelnamen zulegen, um adelig zu klingen, ohne ein Adeliger zu sein.

Die Äußerung der Germanistin bezog sich aber auch darauf, daß im gleichen Sinne schon vor Jahren von der sozialistischen Regierung bestimmt worden war, ein Ehemann könne statt seines Namens den der Frau führen, was natürlich zur Folge hatte, daß – sofern die Frau eine Adelige gewesen war – damit die Zahl der Träger von „Adelsnamen" inflationär vergrößert wurde, da sie nun von Nichtadeligen auch geführt werden konnten (selbstverständlich ohne den abgeschafften Titel). Ein Herr Moser oder Mayer kann sich nun, wenn er die passende Frau geehelicht hat, Metternich oder Esterházy nennen, und, nicht genug, er kann sogar einen Doppelnamen, etwa Mayer-Metternich, in Anspruch nehmen.

Fragt sich nur, ob die gelehrte Dame mit ihrer Prophezeiung ins Schwarze getroffen hat. Man ist in Österreich geneigt, die Dinge diplomatisch von hinten („von der Maschikseite" her) anzugehen, hier also sozusagen auf kaltem Wege den Adel zu torpedieren – den es eigentlich schon lange nicht mehr gibt und der allen Gesetzgebungstücken zum Trotz noch munter fortlebt.

Ohne Rücksicht auf das Copyright – Das internationale Raubdruckunwesen

Rasch in des Teufels Küche

Vor tausend Jahren importierte der Westen unsere geistigen Errungenschaften, ohne uns Tantiemen zu zahlen. Wir Chinesen begreifen die Idee des Copyright nicht. Das ist eine westliche Denkweise." So parierte der taiwanesische Verleger Jerome Su den Vorwurf, sich durch Diebstahl geistigen Eigentums zu bereichern, weil sein florierendes Raubdruck-Unternehmen Autoren und Verlagen im Westen keinen Pfennig zahlt. Jerome Su tut – straflos – das, was viele Raubdruck-Ritter im Fernen Osten zu Millionären machte. Den Buchexporteuren des Westens – auch Verlagen in der Bundesrepublik – entsteht deshalb alljährlich ein Verlust von Hunderten von Millionen.

Englands Verlegerverband hat soeben eine neue Initiative gestartet, um den Raubdruck-Rittern das Handwerk zu legen. Statt der bisher gängigen Spiegelfechterei mit moralischen Waffen soll jetzt schweres Geschütz aufgefahren werden. Die Verleger wollen die Regierungen mobilisieren, den Piratennationen der Dritten Welt den Entzug der Wirtschaftshilfe anzudrohen, falls geistiges Eigentum nicht umgehend respektiert werde. Die WELT sprach in London mit Ian Taylor, dem rührigen Herold der britischen Verleger, der acht Ländern den Fehdehandschuh überbracht hat.

Taylor ist gleichzeitig so etwas wie ein Privatdetektiv der Verleger. Er hat sich in Pakistan, Süd-Korea, Taiwan, Singapur, Malaysia und anderen Ländern in eigener Person auf die Spur findiger Unternehmer gesetzt, die geistiges Eigentum in großem Stil vermarkten. „Alles, was diese Buchfabrikanten benötigen, sind Papier und Druckmaschinen. Und ihre eigene Vertriebsorganisation", berichtete Taylor und zeigte uns einen elfbändigen Katalog eines südkoreanischen Raubdruck-Großhändlers, der symptomatisch für den Buchmarkt der Dritten Welt, aber auch für gravierende Unterlassungssünden deutscher Verleger ist.

Die umschreibt Taylor so: „Die deutschen Verleger haben jetzt ein Problem. Am Anfang drückten sie ein Auge zu und fühlten sich gar geschmeichelt, als sie von Raubdrucken ihrer Bücher in der Dritten Welt hörten. Jetzt kommen sie darauf: Wenn man tatenlos zusieht, kommt man rasch in Teufels Küche."

Taylor hat in Ägypten Raubdrucke englischsprachiger Bücher des Heidelberger Springer-Verlags gesehen. Wir fanden in dem Raubdruck-Katalog des Il Wou mit dem Titel „Books Information" eine wahre Fundgrube für den Umfang der Nachfrage nach deutschen Geistesprodukten. Für umgerechnet knapp 700 Mark ist Mohrs siebenbändiges Standardwerk „Die Religion in Geschichte und Gegenwart" zu haben. Da gibt es einen Markt für Stegmüllers „Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie", für sprachlich so anspruchsvolle deutsche Texte wie Heideggers „Sein und Zeit" oder Werke von Dilthey und Husserl.

Ist Deutschland für die Raubdruck-Ritter des Fernen Ostens ganz klar das Land der Dichter und Denker, so zapfen sie das Know-how der Naturwissenschaften, der technischen Fachrichtungen und der Medizin vornehmlich aus dem angelsächsischen Sprachraum an. „Wobei zu beachten ist, daß auch in der Bundesrepublik immer mehr wissenschaftliche Texte in englischen Originalausgaben herauskommen", betont Taylor.

Im Katalog fiel ins Auge Kirks „Encyclopedia of Chemical Technology", ein Kompendium in 22 Bänden, Fachliteratur von Astronomie bis Veterinärmedizin, wobei Computer-Software auf dem allerjüngsten Stand gehalten war.

In Singapur kostet die Piratenausgabe der Encyclopedia Britannica die Hälfte des Listenpreises von 4200 Mark. Millionen von Studenten im Fernen Osten und in Afrika studieren nach Raubdrucken, die im Schnitt für ein Viertel der aus dem Westen importierten Ausgaben zu haben sind.

Taylor entwickelte darum einen Fahrplan für wirksame Gegenmaßnahmen: „Als erste Phase haben wir soeben unsern Report über das Ausmaß des Buchpiratentums mit konkreten Vorschlägen unserer Regierung zugeleitet. Als zweite Phase soll eine konzertierte Aktion der EG-Staaten folgen."

Die Raubdruck-Unternehmer sitzen in Ländern, die einen Urheberrechtsschutz ausländischer Buchprodukte entweder überhaupt nicht kennen oder ihn nicht durchsetzen. So ist beispielsweise Singapur weder Signatarland der ein Jahrhundert alten Urheberrechtskonvention von Bern noch der Copyrightkonvention der Unesco (UCC). Den unlängst vorgelegten Entwurf eines eigenen Urheberrechts haben Englands Verleger als unzureichend abqualifiziert. Pakistan hat die Berner Konvention unterschrieben. „Aber die Piraten haben dort trotzdem leichtes Spiel, weil die Polizei ihnen nicht auf den Pelz rückt", schimpft Taylor. „In Indien ist die Rechtslage zwar ausreichend, aber die Praxis völlig unzureichend, weil die Behörden in dem riesigen Land einfach überfordert sind."

Es spricht Bände, daß auf einer Buchmesse in Singapur die legalen Verleger und Grossisten Stand an Stand neben ihren Raubdruck-Konkurrenten *ausstellen* konnten.

Der britische Verlegerverband hat sich mit der Internationalen Föderation der Platten- und Videoproduzenten zu der Interessenvereinigung „Anti-Piratengruppe" zusammengeschlossen. In ihrem soeben dem Foreign Office, dem Handelsministerium und dem Unterhaus zugeleiteten Report wird die Situation in acht Piratenländern detailliert dargelegt: Singapur, Malaysia, Taiwan, Süd-Korea, Indonesien, Pakistan, Saudi-Arabien und Nigeria.

Die Aktivitäten der Piraten kosteten britische Buchverleger Schätzungen zufolge in Singapur im Berichtsjahr 1984/85 allein 56 Millionen Mark, in Taiwan gar 87 Millionen Mark und in allen acht Ländern zusammen rund eine Viertelmilliarde Mark. Singapur, in dem Report als „Weltkapitale des Piratentums" bezeichnet, besitzt die „auflagenstärksten" Produktionsstätten für das Kopieren von copyrightgeschütztem Ton- und Bildmaterial. Dort wurden im Berichtsjahr Musik-und Videokassetten britischer Herkunft im Wert von 180 Millionen Mark im Piratenverfahren hergestellt, 80 Prozent davon für den Export.

Einer Hochrechnung zufolge entgehen Autoren, Buchverlegern, Plattenproduzenten und Herstellern von Computer-Software weltweit im Jahr 3,5 Milliarden Mark als Folge unerlaubter Verwertung.

Taylor über den gigantischen Diebstahl geistigen Eigentums: „Es kann nicht die Aufgabe privater Buchverleger sein, das Bedürfnis der Dritten Welt nach billigen Büchern zu subventionieren. Der Pirat braucht nur zu drucken. Unsere Verleger haben ihm sogar schon die Werbung abgenommen. Die Verluste für die Volkswirtschaft westlicher Länder sollte ihre Regierungen zum Handeln zwingen."

SIEGFRIED HELM



Lebende Bilder vergangener Moden: Szene aus dem neuen Pariser Mode-Museum FOTO: MARC ENGUERAND

Paris: Das neue Mode-Museum om Pavillon Marsan

Dompteuse des Luxus

Hat Paris endlich *das* Modemuseum? Unter der Ägide des kraushaarigen, quirlig-aktiven Kulturministers Jack Lang wurde dieser Tage das Musée des Arts de la Mode im zum Louvre gehörigen Pavillon Marsan eröffnet. Zwar verfügt Paris bereits seit einiger Zeit über das „Musée de la Mode" im Palais Galliera, das jedoch dem Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, untersteht, der von anderer politischer Couleur ist als der sozialistische Kulturminister Jack Lang. Müssen wir also künftig zwischen linksgewirkten und rechtsgestrickten Moden unterscheiden?

An der Einweihung des neuen Hauses durch Präsident Mitterrand nahm, neben diversen Größen der Pariser Modeszene wie dem bis nach China und neuerdings nach Rußland expandierenden Pierre Cardin und der wie immer in ihre flammendrote Haartracht getauchten Sonja Rykiel, auch Industrieministerin Edith Cresson teil. Denn neben den „normalen" Funktionen eines Museums soll das Musée des Arts de la Mode zu einem Ort der Begegnung für die Professionellen der Mode- und Textilbranche werden, den Dialog fördernd, anregend auf das Entstehen der Mode wirken und damit auch zum kommerziellen Erfolg der französischen Mode beitragen. Weiter ist dem Museum das Institut de la Mode angegliedert, wo in Zukunft für die beruflichen Qualifikationen des Modenachwuchses gesorgt wird.

Vorläufig allerdings sind die diversen, den Modeschöpfern und ihrem Hofstaat für Konferenzen, Happenings und Schauen zur Verfügung stehenden Säle noch geschlossen. Geöffnet sind nur die drei obersten Stockwerke mit der Schau „Momente der Mode" organisiert von Edmonde Char-Les-Roux, dem französischen Gegenstück zu Diana Vreeland vom Metropolitain Museum of Art, auch sie ehemalige Chefredakteurin von Vogue, dazu Mitglied der Academie Goncourt, die mit ihrer jährlichen Buchpreisverleihung unbekannten Autoren zu gesteigerten Auflagen hilft. Geschickt in Szenen eingebettet (teils im wahrsten Sinne des Wortes) werden hier exklusive Roben und was man so darunter trug vom 18. Jahrhundert bis 1940 dargeboten.

1940 markiert das Ende, so die offizielle Version – weil mit diesem Jahr das soziale Gefüge Europas sich so entscheidend änderte, daß damit das Ende des elitären Geistes der Haute Couture begann. Eher zutreffen dürfte jedoch die Annahme, daß man sich noch einige zugkräftige Themen für später aufsparen wollte. Dazu gehört die geplante Schau „Yves St. Laurent gesehen von Yves St. Laurent".

Aus dem 18. Jahrhundert lassen sich in einer bewußt muffig gehaltenen Museumsatmosphäre Modeaccessoires wie Strumpfbänder, Fächer, feinste Handschuhe bewundern. Auf fünf Sockeln präsentieren sich ständig drehende Porzellanmannequins die wesentlichen Kleidertypen der Weiblichkeit des 18. Jahrhhunderts. Was man darunter trug, nämlich an Wäsche nur ein Hemdchen sowie ein Korsett, an dem das eigenartige Gestänge der Krinoline befestigt war, um den Hüften die nötige Breite zu verleihen, ist gleich daneben zu sehen. Im Anfang des 19. Jahrhunderts hängen die Damen der Gesellschaft, gehüllt in luftig leichte Mousselinekleider, ihren melancholischen Schwärmereien nach. Nachdem das 18. Jahrhundert für breite betonte Hüften schwärmte, galt nun das Augenmerk der Mode dem Hintern, machte der Cul de Paris Karriere, bunt überhängt mit Rüschen, Bändern, Schleifen, einem Papagei nicht unähnlich.

Für das 20. Jahrhundert liegt eine Dame, lasziv, nur mit einem Schal statt eines Feigenblattes bedeckt, auf ihrem Bett, um sie herum ihre Luxuswäsche und die Roben von Doeillet, Callot Soers, Poiret, Lanvin. Der Orient-Expreß, ein authentischer Pullmanwagen, besetzt mit Damen in paillettengeschmückten, fransenbehängten Charlestonkleidern, rollt dann weniger goldenen Zeiten entgegen. Chanel und Vionnet repräsentieren die 30er Jahre. In der Manege steht die Dompteuse und dressiert – nein, noch nicht den Mann, sondern *sich* aufbäumende Luxusjacken von Schiaparelli. Alles in allem eine Ausstellung, die – ihrem Titel gemäß – den Blick auf einige interessante Momente lenkt. (Eintritt 22 F, Katalog 290 F)

BEATRICE SCHAFFHAUSER

JOURNAL

Parthenon-Friese 1988 wieder in Athen?

AFP, Paris

Die griechische Kulturministerin Melina Mercouri hat am Montag in Paris ihre Überzeugung bekräftigt, die von Lord Elgin zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach England gebrachten Giebelfriese des Parthenon-Tempels würden binnen zwei Jahren wieder nach Athen zurückkehren. Angeblich haben sich in einer Meinungsumfrage 67 Prozent der befragten Briten dafür ausgesprochen, die Kunstwerke, die im British Museum ausgestellt sind, an Griechenland zurückzuerstatten. Zugleich forderte sie die Herausgabe der Nike von Samothrake und der Venus von Milo, die dem Pariser Louvre gehören.

Großer Literaturpreis für Dobrica Cosic

cgs, Belgrad

Dobrica Cosic wurde in Belgrad mit dem „Großen Literaturpreis des Schriftstellerverbandes Serbiens" ausgezeichnet. Damit soll die außerordentliche Bedeutung seines gesamten literarischen Werkes gewürdigt werden. Die Auszeichnung ist bemerkenswert, weil Cosic, einst hohes Parteimitglied, sich zum Kritiker der kommunistischen Politik und zu einem Verfechter der Demokratie sowie der Menschen- und Bürgerrechte entwickelt hat, was zu Zusammenstößen mit offiziellen Stellen führte. Sein jüngstes Werk „Der Sünder" schildert das Schicksal eines Intellektuellen, der in die Mühlen des kommunistischen Parteiapparats der Stalin-Ära gerät.

Neuer Präsident der Wissenschafts-Akademie

rst. Prag

Der Biochemiker Josef Riman ist vom ČSSR-Staatspräsidenten Gustáv Husák zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften ernannt worden. Riman, der Nachfolger des kürzlich verstorbenen Jaroslav Kozesnik wurde, gilt als einer der wenigen profilierten tschechoslowakischen Wissenschaftler. Der 61 Jahre alte Direktor des Instituts für Molekulargenetik der Akademie der Wissenschaften ist auch Kandidat des Zentralkomitees der KP und Mitglied der Ideologischen Kommission der Partei. In der Vergangenheit setzte sich Riman für die Entfernung aller Anhänger der Reformpolitik des Jahres 1986 aus der Akademie der Wissenschaften ein.

Treffpunkte mit Griechenland

DW. Bonn

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Treffpunkte mit Griechenland", die die Bonner Volkshochschule gemeinsam mit der Botschaft organisiert hat, wird am 20. Februar in der Stadtbücherei die Ausstellung *„Moderne griechische Literatur in deutscher Übersetzung"* eröffnet. Gleichzeitig sind am selben Ort Photographien von Olga Kaloussi „Von Pindar zu Seferis" zu sehen (bis 2. März).

Polnische Sektion israelischer Autoren

JGG. Köln

Der „Verband israelischer Schriftsteller" hat beschlossen, eine polnische Sektion einzurichten. Wie „The Polish Daily" (London) mitteilt, werden dieser Sektion polnischschreibende israelische Schriftsteller, Übersetzer beider Sprachen „sowie herausragende Kulturpersönlichkeiten, die sich mit polnischen Problemen befassen", angehören.

Beiträge zu Sepulkralkultur

DW. Bonn

„Vergänglichkeit und Denkmal" heißt der vierte Band der Schriftenreihe des Arbeitskreises selbständiger Kulturinstitute mit Beiträgen zur Sepulkralkultur. Sie befassen sich u. a. mit dem Friedhof in Vergangenheit und Gegenwart, der Gestaltung und der Kunstgeschichte von Grab und Denkmal, dem Projekt einer nationalen Mahn- und Gedenkstätte. In einem umfangreicheren Essay untersucht Thomas Nipperdey z. B. „Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert". Der Band mit 276 Seiten und 104 Abb. kostet 58 Mark (ASKI, Poppelsdorfer Allee 43, 5300 Bonn 1).

Autorentreffen

In unserem gestrigen Beitrag über das Berliner Autorentreffen konnte ein Satz so mißverstanden werden als habe Hans-Joachim Schädlich die systematische Unterdrückung der Zensur in totalitären Staaten moniert. Hans-Joachim Schädlich hatte in diesem Zusammenhang gesagt: „Während totalitäre Staaten eine der Voraussetzungen schriftstellerischer Arbeit, die freie Meinungsäußerung, systematisch unterdrücken, sogar mittels eigens zu diesem Zwecke geschaffener Gesetze, kann in der Bundesrepublik von Zensur nicht die Rede sein."

Rock-Oper nach Puccini: „Bohème 86" in Wien

Umarmen nur ohne Ton

Natürlich war alles so wahnsinnig gut und lieb gemeint. Unter dem immer unter die Haut gehenden Anspruch, neue, vor allem jüngere Publikumsschichten anzusprechen, wollte ein eigentlich ehrgeiziges Theater aus seiner Haut herausfahren und sozusagen den Puccini von heute erfinden. Als Welturaufführung ließ die Wiener Kammeroper „Bohème 86", eine Rockoper nach Puccini, großsprecherisch ankündigen.

Man nehme einen alten Opern-Hit, stecke ihn in eine neue oder moderne Verpackung – was immer man darunter auch verstehen mag – und fertig sei die Rock-Oper. Für jung und alt. Vielseitig verwendbar. Denkste.

Ein Sakrileg, den Melodienverschwender Puccini softig und rockig zu klopfen, ist das natürlich nicht. Der Alte hält dies ohne weiteres aus. Aber was ist dabei nun wirklich herausgekommen?

Ein nettes Stückchen, ein Ulk nach Studententheater-Manier, ein harmloser Ausflug von Mimi und Rudolf in den Disco-Schuppen. Freilich am falschen Ort: Nicht etwa, weil die Bühne zu eng wäre. Eduard Neversals pfiffige Ausstattung zieht sich da geschickt aus der Affäre. Ein paar gläserne Stellwände mögen die armselige Mansarde ebenso gut suggerieren wie ein flottes Weihnachtsfest im Café Momus. Nein, das war's nicht, bloß der Raum der Kammeroper ist für eine ordentliche Ohrenmassage zu klein. Die Band müßte live in den Saal donnern – und nicht über Lautsprecher aus dem Keller. Sind dennoch für die Sänger Kontaktmikrophone in Verwendung, dürften diese einander nicht umarmen – sonst ist der Ton weg. Er war's öfters. Und bezeichnend für die „Professionalität" des Unternehmens.

Unfreiwillige Komik schlich sich ein. Sollte es vielleicht doch eine Opern-Parodie sein? Leider auch nicht. Obwohl Victor Couzyns neue Texte dafür einige Ansätze geboten hätten. Gehobenen Alltags-Slang. Halblustig und mühevoll zusammengestoppelt. Ach, mein Kreislauf macht nicht mehr mit, muß Mimi (in holprigem Deutsch) einmal seufzen. Ein gar so witziges Stück ist die „Bohème" aber nun auch wieder nicht.

Die Handlung wird verknappt. Auf gut eineinhalb Stunden Spieldauer, wobei dritter und vierter Akt besonders grimmig beschnitten wurden. Aber das ist ja alles nicht so wichtig. Die Musik soll zählen: diese 23 Nummern („Songs") von Wolfgang Gattringer und Wilhelm Gesierich, die in der jungen Wiener Szene einen durchaus guten Namen haben. In der derzeit gefälligen Musical-Masche – Wien steckt im permanenten „Cats"-Fieber – strickten sie einen hübschen, harmlosen Sound herunter. Mit zarten Anlehnungen an Puccini, da und dort schleicht sich eine seiner Melodien ein. Aber nur andeutungsweise, mit viel zu großem Respekt vor der Vorlage, ohne Mut zum frechem Kontrapunkt. Harmlos, kaum schlagerträchtig. Und schon gar nicht „alternativ".

Wo blieben nun Rock, Pop und Punk? Es kann doch nicht die einzige Pointe des Abends gewesen sein, den alten Benoit als Transvestiten im zweiten Akt wiederkommen zu lassen. Aber es war schon leider so. Angemessenes Mittelmaß. Obwohl die Inszenierung von Sam Cayne auf rasante Buntheit bedacht war und vor allem die norwegischen Pop-Stars Anita Skorgan (Mimi) und Jahn Teigen (Rudolf) Schwung in den Laden brachen.

Es war ein (mäßiger) Versuch, sich anders zu gebärden. Die Wiener Kammeroper, die zuletzt mit Fritz Muliars Inszenierung des „Barbier von Sievering" in die Niederungen des Vorstadttheaters hinabgestiegen ist, verbrannte sich nun an der „Moderne" die Finger. Dabei wollte sie doch nur einem angeblichen Publikumsgeschmack nachlaufen . . .

WALTER GÜRTELSCHMIED

Nächste Aufführungen: 14., 15., 19., 22., 26. Febr., 1., 5., 8. März; Kartenbestellung: 0043 222 / 52 89 43 31

Das Gute siegt im Boxring: Der Film „Rocky IV"

Der Sibirjake geht k.o.

Eben noch hat Sylvester Stallone als „Rambo II" das Ergebnis des Vietnamkriegs korrigiert. Nun tritt er als „Rocky IV" – so der Titel seines jüngsten Films – an, den Quell des Bösen zuzustopfen. Und zwar mit zwei oder drei gezielten Rechten. Denn als Rocky ist Stallone bekanntlich Boxer. Und nun steigt er gegen einen gewissen Iwan in den Ring, getreu dem Rezept, das seinerzeit die Jungsoldaten schon in „Im Westen nichts Neues" vorschlugen: Statt Kriege zu führen, sollen sich die Großen um den Sieg prügeln, das spart Geld, Kosten und vor allem Menschenleben.

Solche Weisheiten verkündet nun auch Rocky *im Schlußwort* des Films, nachdem der Iwan ausgezählt worden ist. Aber bis dahin gibt es noch so etwas wie Spurenelemente einer *Geschichte*. Iwan Drago (Dolf Lundgren) ist der Paraderiese einer russischen Sportdelegation, die eines Tages in den USA eintrifft. Er ist zwei Meter groß und läßt sich auf Pressekonferenzen als Inkarnation der blonden Bestie anstarren. Denken und reden kann er natürlich nicht. Das tut für ihn ein schnarrender Funktionär mit dem Charme eines gelifteten Gromyko. Iwan gibt dazu blecherne Töne von sich. Denn er ist kein richtiger Mensch, sondern eine hochgezüchtete Kampfmaschine mit Anabolika statt Blut in den Adern.

Rocky, der auf seinem Privatschloß einem geruhsamen Familienleben frönt, sieht die empörenden Bilder im Fernsehen. Mit ihm sein zum Freund aufgestiegener Ex-Rivale Apollo Creed (Carl Weathers). Dem läßt das dreiste Funktionärsgebaren keine Ruhe. Er fordert den „Sibirischen Bullen" heraus. Große Show, kurzer Kampf. Apollo, angetreten in Stars-and-Stripes-Hose, wird totgeschlagen. Das zeige, „wie rückständig und schwach Ihr Gesellschaftssystem ist", prahlt der Funktionär. Und sein Bulle heißt nun „Sibirischer Totengräber". Doch der Rächer Amerikas steht schon bereit.

Ein Klappergestell der Aeroflot bringt ihn in den Kaukasus, wo er sich in der Bergeinsamkeit vorbereiten will. Während sein Gegner mit Spritzen und Maschinen gedopt wird, bleibt Rocky echter Sportler. Er fällt Bäume, stürmt Gipfel und röhrt kraftvoll durch die Täler. Nur zwei KGB-Männer passen auf, daß er keine Propagandazettel an die Tannen heftet. Als er schließlich antritt, brandet ihm der ganze Haß des Sowjetvolkes, insbesondere der anwesenden Roten Armee, entgegen. Dreizehn Runden braucht Rocky, um Iwan Drago bewußtlos zu schlagen und das Volk auf seine Seite zu bringen. Ihm, und damit dem wahrhaft erfolgreichen Gesellschaftssystem, gilt am Ende der Jubel.

Das Erstaunlichste an diesem Film ist seine Humorlosigkeit. Propaganda läßt sich genießen, wenn sie – wie in Wilders „Eins, zwei, drei" oder in der „Bond"-Serie – ironisiert wird. Doch Drehbuchautor und Regisseur Stallone meint alles ganz ernst. Man muß den Humor schon selbst aufbringen. Das geht auch. Aber in den USA, wo doch gut 40 Prozent der Erwachsenen glauben, ihr Land habe den Zweiten Weltkrieg gegen den Angreifer UdSSR ausgefochten, ließen die Einspielergebnisse zu wünschen übrig. Wohl kein schlechtes Zeichen. Denn ein gesundes Selbstbewußtsein nährt sich nicht von trivialer Teufelsmalerei.

DIETMAR BITTRICH



Wenn sich Politik im Boxring entscheidet: Iwan Drago (Dolph Lundgren) gegen Rocky Balboa (Sylvester Stallone) FOTO: UIP-VERLEIH

Expeditionen in Traumwelten: London zeigt Ken Kiff

Männlein, grün oder lila

Es hat einen großen Kopf und eine Knollennase. Seine Augen sind rund vor Erstaunen. Das Männlein ist grün oder lila und kann äußerst liebenswürdig träumen: Von Landschaften mit safrangelben Bergen und saphirblauen Flüssen, von Salamandern und einer Sonne, die ihre Strahlen kokett auseinanderfaltet. Sehnsüchtig verfolgt es seine Muse, eine rundliche Eva mit langen blonden Haaren. Das Männlein kann aber auch im dunklen Raum an einem Tisch mit schwarzer Schere selbst sezierend seinen auf Papier gemalten Kopf anschneiden. Und als Poet schießt es sich eine Kugel durch den Kopf.

Dies Männlein ist die Leitfigur im Werk des britischen Malers Ken Kiff. Jetzt endlich hat der 50jährige seine erste große Ausstellung in der Londoner Serpentine Gallery erhalten. Aufgefallen war er bereits seit einigen Jahren auf Kunstmärkten oder Einzelausstellungen in der Galerie Jacobs, die gerade seine Bilder zu „britischen Volksmärchen" gezeigt hat.

Ken Kiff bestätigt in der wohlproportionierten Galerie inmitten von Hyde Park seinen Charme mit Widerhaken. Bereits seit 20 Jahren hat der Sohn eines Holzarbeiters im figurativen Stil gemalt. Er unterrichtete an einigen Londoner Kunstschulen und lebte einige Zeit in Indien.

Seine Expeditionen in die Welt der Träume und Gefühle malte er in den Erlebnissen seines Männleins nieder. 1971 begann Kiff, auf kleinen Papierformaten in Acrylfarben seine „Sequenzen" zu formulieren: Als epischen Traum, in dem sein Held allerlei wundersame oder erschröckliche Abenteuer erlebt. In bisher rund 200 Bildern hat er ein ganzes Register an Gefühlen mit Melancholie, Verwirrung und Trauer, aber auch Entzükken und Beruhigung durchgespielt. Der Farbe weist er eine empfindsame Rolle zu. Er läßt sie strahlen in Landschaften, die an die italienische Früh-Renaissance erinnern, als die Welt noch frisch erschaffen worden war. „Ich liebe Gelb", sagte er zum Beispiel. „Von blassem Zitronengelb bis zu dunklen bräunlichen Tönen, nicht nur als tonale, sondern auch als emotionale Kontraste. Gelbtöne, die strahlen und sonnig sind oder krank und niedergeschlagen."

So leuchten die Farben auf, wenn das Männlein im tiefblauen Wasser nach einem roten Fisch greift, voll Sehnsucht, von seiner Art zu sein. Da können sie sich aber auch depremiert graubraun in die Bildfläche zurückziehen. Kiff vollführt hier malerische Balance-Akte, die in den größeren Formaten der letzten Jahre zuweilen ins Krude umkippen. Da hat er das in Indien aufgegriffene Formenvokabular nicht überzeugend verarbeitet. Doch meistens gelingt ihm seine ganz spezielle Poesie. (Bis zum 23. Febr.)

HEIDI BÜRKLIN

KULTURNOTIZEN

170 Radierungen von Rembrandt werden im Petit Palais in Paris bis 20. April ausgestellt.

Das erste Saurier-Museum in China ist jetzt in Zigong in der Provinz Sichuan eingerichtet worden.

Siegfried Anzinger, in Köln lebender österreichischer Maler, wurde mit dem mit 28 600 Mark dotierten „Oskar-Kokoschka-Preis" ausgezeichnet.

Art Buchwald und Sam Shepard wurden von der amerikanischen Akademie für Kunst und Literatur zu Mitgliedern gewählt.

Phil Collins und Annie Lennox erhielten als beste Sänger und beste Sängerin den Preis der englischen Schallplatten-Industrie. Als beste Gruppe wurde „Dire Straits" in London geehrt.

Laurent Bayle ist zum künstlerischen Direktor des Pariser Musikforschungszentrums IRCAM ernannt worden.

Helikopter der Kriegsmarine abgestürzt

H. WEISSENBERGER, **Toulon**

Bei dem Absturz – oder der Notlandung – eines Hubschraubers der französischen Marine im Mittelmeer nordöstlich von Korsika kamen Montag nachmittag wahrscheinlich 13 der 14 Personen an Bord – vier Besatzungsmitglieder und eine Elitegruppe der Marineinfanteriekommandos – ums Leben. Ein Überlebender wurde von einem Schlepper geborgen.

Die „Super-Frelon" transportierte die Kommandoeinheit unter „Einsatzbedingungen" von Saint-Mandrier auf dem Kontinent nach Ajaccio auf Korsika. Um 13.49 Uhr stürzte die Maschine ins Meer. Ein Suchflugzeug sichtete das Wrack zwei Stunden später im aufgewühlten Meer.

Am Abend fischte der Schlepper „Abeille-Normandie" den Maat Christian Großmann lebend, aber völlig unterkühlt, auf, und kurz darauf die Leiche eines Obermaats. Von den zwölf Vermißten gibt es trotz einer rund zwölfstündigen Suche mit Marine-Flugzeugen und Schiffen keine Spur. Ihre Überlebenschancen werden des außerordentlich schlechten Wetters wegen als äußerst gering eingestuft. In dem Unfallgebiet herrschen Böen von Windstärke 6, das Meer ist sturmgepeitscht, und in der Nacht fielen Schnee und Regen.

Nach den letzten Funksprüchen des Hubschrauberpiloten, Leutnant Nouvel, und den Aussagen des überlebenden Maats setzten urplötzlich die Turbinen aus. Der Hubschrauber, der sehr niedrig flog, setzte „brutal" auf dem Meer auf, wie Großmann erklärte und sei umgekippt.

Die meisten blieben im Helikopter gefangen

Großmann: „Dabei blieben die meisten im Inneren des Helikopters gefangen." Unklar war nach Angaben der Marine noch, weshalb Besatzung und Passagiere nicht die für solche Fälle vorgesehenen Operationen zu ihrer eigenen Rettung unternahmen.

Die „Super-Frelon" war mit den Kommandos unter dem Befehl des Kapitänleutnants Robidaire unterwegs nach Aspretto auf Korsika, wo sich ein Zentrum zur Ausbildung von Kommandos und Kampfschwimmern befindet. Dort wurden bis zum Sommer des vergangenen Jahres die „Super-Kommandos" der Kampfschwimmereinheit des französischen Geheimdienstes ausgebildet.

Stellvertretender Kommandant dieses Ausbildungszentrums war übrigens ein Hauptmann Alain Mafart, der im Zusammenhang mit der Versenkung des Greenpeace-Schiffs „Rainbow Warrior" im Hafen von Auckland seine Haft in Neuseeland verbüßt. (SAD)

Fluchtgefahr: Graf Galen bleibt in Haft

dpa, **Frankfurt**

Der wegen Betrugs und Untreue angeklagte Bankier Ferdinand Graf von Galen bleibt in Untersuchungshaft. In einer Eilentscheidung hat der Erste Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt gestern auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft entschieden, daß von Galen (50) ungeachtet einer Kaution von zehn Millionen Mark nicht auf freien Fuß gesetzt wird.

Der Senat hob damit den Beschluß der Zweiten Strafkammer des Landgerichts Frankfurt im Galen-Prozeß vom Montag auf, nach der Galen gegen diese Kaution vom Vollzug der Untersuchungshaft zu verschonen sei. Im Gegensatz zur Auffassung der Strafkammer entschied der Senat, die Fluchtgefahr sei auch mit einer so ungewöhnlich hohen Kaution nicht gebannt.

„Lebensmittelpunkt" ins Ausland verlegt

Die Auseinandersetzung um die eventuelle Haftentlassung von Galens entwickelte sich gestern zu einem Rennen gegen die Uhr zwischen verschiedenen Justizinstanzen. Die Kaution wurde um die Mittagszeit beim Landgericht in Frankfurt hinterlegt. Gegen 13 Uhr gab der Gerichtsvorsitzende die Verfügung über die Haftentlassung Galens an die Untersuchungshaftanstalt Frankfurt-Preungesheim heraus. Gleichzeitig war jedoch bereits die gegenteilige Entscheidung des übergeordneten Oberlandesgerichts ergangen, die nach ungewöhnlich kurzer Verhandlungszeit gefällt worden war.

Unterschiedliche Auffassungen über die Frage der Haftverschonung waren bereits vor dem Prozeß zwischen dem Landgericht und dem Oberlandesgericht offenbar geworden. Ende 1985 hatte die Strafkammer bereits einmal entschieden, daß Haftverschonung gewährt werden könne. Das Oberlandesgericht hob jedoch diesen Beschluß auf, obwohl zuletzt eine Kaution bis zu 16 Millionen Mark angeboten wurde.

Entscheidend für die damalige wie für die jetzige Beurteilung des Oberlandesgerichts war die als sehr hoch eingeschätzte Fluchtgefahr. Nach Auffassung des Oberlandesgerichts hat von Galen seinen „Lebensmittelpunkt" inzwischen nicht mehr in der Bundesrepublik, sondern im Ausland. Seine Ehefrau besitzt in den USA erhebliche Vermögenswerte und ausgedehnte Ländereien. Sie hält sich zur Zeit mit dem einzigen Sohn von Galens in Paris auf.

Angesichts dieser Umstände schätzt der Strafsenat das Fluchtrisiko als außerordentlich hoch ein. Der Galen-Prozeß wird am Montag fortgesetzt.



„Miss Liberty" in alter Schönheit

New Yorks steinerne alte Dame erstrahlt seit gestern wieder in alter Schönheit. Für viele Millionen Dollar zum 100. Geburtstag geliftet, wurde die Freiheitsstatue von ihrem zweijährigen Korsett befreit. Der gestrige Tag zeitigte aber noch eine weitere Überraschung: Einen Scheck über 24 Millionen Dollar, den der amerikanische Finanzminister, James Baker, der Stiftung für die Restaurierung der Statue überreichte. Das Geld stammt aus dem für die Finanzierung der Aktion eingeleiteten Verkauf von Gold- und Silbermünzen. Mit dem Münzverkauf will die Regierung bis Ende des Jahres 40 bis 50 Millionen Dollar für „Miss Liberty" sammeln. Bisher kamen nach Angaben des Stiftungsvorsitzenden Iacocca 233 Millionen Dollar zusammen. Die Freiheitsstatue soll bis zum Unabhängigkeitstag (4. Juli) endgültig restauriert sein.

Theorie vom Urknall verhallt ganz leise

Neue Erkenntnisse zur Entstehung des Universums

dpa, **Hamburg**

Amerikanische Astronomen haben bei der Vermessung ferner Galaxien Daten gefunden, die auf eine Alternative zu der gängigen Theorie von der Entstehung unseres Universums durch den sogenannten Urknall deuten. Nach ihrem Modell hat es statt dessen eine Vielzahl von Urexplosionen gegeben, welche die Galaxien auseinandergejagt und jedesmal neue Riesenblasen gebildet haben.

Nach der klassischen Theorie vom Urknall hat das Universum vor etwa 20 Milliarden Jahren seine bis heute andauernde Ausdehnung mit einer einzigen ungeheuren kosmischen Explosion begonnen. Aus der ursprünglich gleichmäßig verteilten Materie bildeten sich rund eine Jahrmilliarde später Klumpen und daraus Galaxienhaufen. Heute wird das Universum, dessen immer noch andauerndes Auseinanderstreben als Hauptindiz für den Urknall gilt, auf 100 Milliarden Galaxien von jeweils hundert bis zweihundert Milliarden Sternen geschätzt.

Viel Anerkennung für die neue Theorie

Margaret Geller und ihr Kollege John P. Huchra vom Harvard-Smithsonian-Zentrum für Astrophysik kamen jetzt auf die Idee der Riesenblasen im Universum, als sie mit dem 1,50-Meter-Teleskop des Whipple-Observatoriums in Arizona weit entfernte Galaxien vermaßen und graphisch darstellten.

Nach ihrer Beobachtung verhalten sich die Galaxien ganz anders, als man sich das vorgestellt hatte. Auf einer Tagung der Amerikanischen Astronomischen Gesellschaft in Houston fanden die Thesen der beiden Wissenschaftler vom Ursprung des Universums nach einem Bericht der „Los Angeles Times" viel Zuspruch.

Die von Geller und Huchra gewonnene dreidimensionale Darstellung zeigt, daß das Universum aus gigantischen Blasen zusammengesetzt ist, an deren Oberflächen sich Galaxien wie unser Milchstraßensystem befinden. Bislang hatte man angenommen, daß solche Leerräume rar sind.

Die Karte läßt eine Region von Galaxien tief im Universum erkennen, die mit mehr als 300 Millionen Lichtjahren (ein LJ = 9,5 Billionen Kilometer) Entfernung von der Erde doppelt so weit weg sind wie die fernsten, bislang dort registrierten entsprechenden Galaxie-Typen. Das von Geller und Huchra gezeichnete Bild vom All stützt die These, daß eher eine ganze Serie ausgedehnter mächtiger Explosionen das Universum geformt hat, als ein einziger Urknall und die Schwerkraft.

Die Karte von Geller und Huchra entstand in Arizona, als die beiden Wissenschaftler aus einem ausgesuchten Himmelsstreifen 1000 Galaxien mittels Rotverschiebung im Spektrum vermessen hatten. Die Verschiebung der Spektrallinien im Spektrum eines kosmischen Objektes in Richtung auf größere Wellenlängen läßt Rückschlüsse auf dessen Entfernung zu. Dieser Effekt im Licht entfernter Galaxien hatte einst auch den ersten Hinweis auf die Ausdehnung des Weltalls gegeben.

Die so registrierten Galaxien zeigten in etwa das bekannte Bild der langgliedrig angeordneten Galaxien mit dem Eindruck eines Häkeldecken-Musters. Die Astronomen kennen längst das Bild dieser ungeordneten Galaxien-Strukturen, die offenbar nur durch die Kraft der Gravitation im Zaum gehalten werden.

Die Arbeit der amerikanischen Forscher läßt nun aber darüber hinaus auch die ungeheuren Leerräume mit Ausdehnungen bis zu 150 Millionen Lichtjahren erkennen. Sie fragten sich, ob diese weiten Räume im All wohl tatsächlich leer seien und weshalb sich die Galaxien so eigenartig um sie herum gruppierten. Und ihre Antwort war die Theorie von den Weltraumblasen.

Ein Nichts herrscht in diesen Strukturen, aber viel Aktivität dort, wo sie aufeinandertreffen. Das aufregende Moment liegt nach Ansicht der beiden Amerikaner in diesen phantastischen, leeren Räumen, wobei sich die Galaxien an der Oberfläche einer jeden Blase gruppierten wie Wassertropfen auf einem größer werdenden Ballon.

Sind die angeblichen Leerräume wirklich leer?

Diese Vorstellung ist revolutionär, weil sie eben der bisherigen Urknall-Vermutung widerspricht. Danach soll ja allein diese Explosion die kosmischen Trümmer ins expandierende Universum getrieben haben. Die neue Theorie von der Serie von Urknallen würde auch in die weitere Konzeption passen, wonach die Galaxienhaufen in ihren Bewegungen gegenläufig sein können und nicht die nach dem Urknall angenommene Richtung vom Zentrum weg haben müssen.

Die Autoren veröffentlichen ihre Theorie in der März-Ausgabe der amerikanischen Fachzeitschrift „Astrophysical Journal Letters". Ihr nächstes Ziel ist der Nachweis, daß die angeblichen Leerräume auch tatsächlich leer sind. Auch das nämlich gilt als äußerst umstritten.

RUDOLF MERGET

Darmstadt rätselt über Himmelskörper

dpa, **Darmstadt**

Auch einen Tag nach der Entdekkung des zwölf Zentimeter großen Einschlaglochs ist die Herkunft des rätselhaften „Himmelskörpers" unklar, der in der Nacht von Sonntag auf Montag nördlich des Darmstädter Stadtteils Arheiligen die zwölf Zentimeter dicke Eisdecke eines Weihers durchschlagen hat. Am Heidelberger Max-Planck-Institut für Kernphysik will man die Aufzeichnungen über Himmelskörperbewegungen, die in der Nacht von Sonntag auf Montag mit einem bundesweiten System von Meteoritenortungskameras gemacht wurden, überprüfen. Der Absturz eines Meteoriten müßte in diesen Aufzeichnungen erkennbar sein, sofern es zur Zeit des Meteoritenabsturzes noch dunkel gewesen ist, meinte ein Sprecher des Institutes gestern. Meteoriten sind für die Kernphysiker besonders interessant, da sie unverfälschte Informationen über das „Urgestein" der Erde enthalten. Gerhard Bausch, der Eigentümer des am Weiher gelegenen Forsthauses Kalkofen, teilte mit, rings um die Absturzstelle seien noch etwa zehn faustgroße Löcher in die Eisdecke des Weihers geschlagen worden.

Weiter fest im Griff

AP, **Wien/München**

Der am Wochenende mit Schneemassen wieder eingezogene Winter hat Mitteleuropa weiterhin fest im Griff. Gestern herrschten nach wie vor katastrophale Wetterbedingungen im Süden und Osten Österreichs. In Rom wurde die Bevölkerung wegen des Schneechaos aufgefordert, zu Fuß zu gehen. Auf den Autobahnen und Straßen Bayerns war der Verkehr gebietsweise durch Schnee- und Eisglätte erheblich behindert; im Norden der Bundesrepublik war die Binnenschiffahrt weiterhin beeinträchtigt.

19 Menschen verbrannt

AFP, **Atagawa**

Die verkohlten Leichen von 19 Menschen sind gestern nach einem Brand aus den Trümmern eines Hotels in Atagawa, 120 Kilometer südwestlich von Tokio, geborgen worden. Fünf Personen werden noch vermißt. Wie die Polizei mitteilte, war das Feuer im Festsaal des teilweise aus Holz gebauten Daitokan-Hotels ausgebrochen. Zwei Polizisten wurden bei den Rettungsarbeiten durch herabfallende Gebäudeteile verletzt.

Genarrte Kölnerin

dpa, **Köln**

Eine Kölnerin zahlte 500 Mark bar, um von einem Fensterplatz aus den Rosenmontag-Umzug zu verfolgen, mußte aber noch am selben Abend feststellen, daß der „Zoch" dort gar nicht vorbeikommen würde. Sie überredete einen Bekannten, sich ebenfalls mit dem Wohnungsinhaber zu verabreden. Zu dem Treffen kam die Polizei gleich mit. Bis gestern waren die 500 Mark zurückgezahlt.

Unfall-Statistik

AP, **Düsseldorf**

Lastwagenfahrer sind überproportional oft an Autobahn-Unfällen beteiligt. Dies erklärte NRW-Verkehrsminister Zöpel gestern in Düsseldorf. Danach stellen „Brummis" 13,4 Prozent des Verkehrsaufkommens auf den Autobahnen, verursachen aber 18,2 Prozent der Unfälle.

Psychologe als Richter

AFP, **Lima**

Ein mutmaßlicher Massenmörder, der in den vergangenen Monaten in Lima mindestens zehn Personen getötet haben soll, ist beim Verhör von einem Polizeipsychologen getötet worden. Der 30jährige Angel Diaz Balbin habe ein Geständnis mit so grauenhaften Einzelheiten abgelegt, daß der Psychologe ihn mit einem Riemen erwürgte, aus dem Verhörzimmer stürzte und ausrief: „Ich habe die Menschheit gerettet."

Bürgerfreundliches Bonn?

AP, **Bonn**

4,6 Millionen Mark hat die Stadtverwaltung Bonn 1985 allein an „Parkknöllchen" und Bußgeldverfahren kassiert. Als „Glanzlichter der Stadt" gelten 35 „Politessen", die nicht weniger als 227 174 Strafmandate verteilt haben. Kritiker zweifeln ob dieser Methoden am bürgerfreundlichen Image der Stadt.

ZU GUTER LETZT

Bewußtloser sprach über einen Bankraub: Polizei löste den Fall. „Westdeutsche Allgemeinen Zeitung" schrieb darüber.

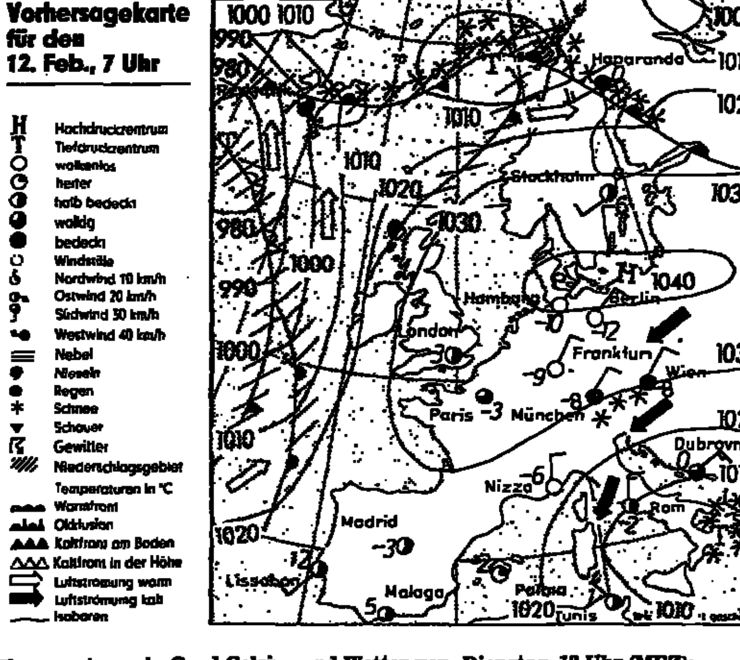
WETTER: Trocken und kalt

Lage: Ein Hochdruckgebiet mit Kern über Südskandinavien weitet sich nach Süden aus und bestimmt zunehmend auch das Wetter in Süd deutschland.

Vorhersage für Mittwoch: Im Süden zunächst noch starke, von Norden her auflockernde Bewölkung, aber auch hier niederschlagsfrei. Sonst heiter oder sonnig. Höchste Temperaturen im Rheinland nahe null, sonst minus 2 bis minus 5 Grad. In der kommenden Nacht klar und Frost um minus 10, in Bayern bis minus 15 Grad. Schwacher bis mäßiger Nordostwind.

Weitere Aussichten: Keine durchgreifende Änderung.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.40 Uhr*, Untergang: 17.33 Uhr; **Mondaufgang:** 9.27 Uhr, Untergang: 22.55 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:			Lübeck	-1	bd	Faro	15	bw	Ostende	-1	bw
			Mannheim	0	wl	Florenz	5	bw	Palermo	6	bw
Berlin	-3	he	München	-8	S	Genf	-7	he	Paris	-1	bd
Bielefeld	-1	bw	Münster	-1	bw	Helsinki	-2	bw	Peking	7	wl
Braunlage	-5	he	Norderney	0	he	Hongkong	18	he	Prag	-5	bw
Bremen	-1	bd	Nürnberg	-4	he	Innsbruck	-9	he	Rhodos	15	bw
Dortmund	-2	he	Oberstdorf	-11	he	Istanbul	5	bd	Rom	2	bw
Dresden	-9	bd	Passau	-8	bd	Kairo	23	he	Salzburg	-5	S
Düsseldorf	0	he	Saarbrücken	-3	he	Klagenfurt	-2	bw	Singapur	25	bw
Erfurt	-6	bd	Stuttgart	-6	bd	Konstanza	-1	bd	Split	9	bw
Essen	-1	bw	Trier	-2	he	Kopenhagen	-3	he	Stockholm	-6	bw
Feldberg/S.	-11	IW	Zugspitze	-16	S	Korfu	11	bd	Straßburg	-3	he
Flensburg	-2	wl	**Ausland:**			Las Palmas	20	bw	Tel Aviv	19	bw
Frankfurt/M.	-1	wl				Leningrad	-4	he	Tokio	8	R
Freiburg	-7	bw	Algier	14	he	Lissabon	15	he	Tunis	15	bw
Garmisch	-7	he	Amsterdam	-1	bd	Locarno	1	wl	Valencia	12	bw
Greifswald	-5	bw	Athen	12	bd	London	1	bd	Varna	0	bw
Hamburg	-1	bd	Barcelona	6	bw	Los Angeles	8	bw	Venedig	5	he
Hannover	-1	bd	Belgrad	2	wl	Luxemburg	-3	he	Warschau	-5	he
Kahler Asten	-5	he	Bordeaux	-2	wl	Madrid	5	he	Wien	-6	S
Kassel	-2	he	Bozen	3	he	Mailand	3	he	Zürich	-7	bw
Kempten	-10	S	Brüssel	-1	he	Malaga	16	bw			
Kiel	-3	he	Budapest	-1	S	Mallorca	9	he			
Koblenz	0	he	Bukarest	-2	bw	Moskau	-8	bw			
Köln-Bonn	0	he	Casablanca	18	bw	Neapel	1	bw			
Konstanz	-8	bw	Dublin	3	bd	New York	-4	S			
Leipzig	-4	he	Dubrovnik	10	bd	Nizza	9	he			
List/Sylt	-3	wl	Edinburgh	-2	he	Oslo	-10	he			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen, Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Irland zahlt Pieter Menten Schadenersatz

JOCHEN ZWIKIRSCH, **Dublin**

Nazi-Kriegsverbrecher Pieter Menten, der nach der Entlassung aus einem niederländischen Gefängnis seine Wahlheimat Irland nicht mehr betreten darf, kann vom irischen Staat eine Zahlung in Höhe von 37 000 Pfund, umgerechnet etwa 125 000 Mark erwarten.

Rechtsgrundlage ist ein bizarres (und in naher Zukunft außer Kraft gesetztes) Gesetz, das nach einer nachweislich vorsätzlichen Sachbeschädigung die öffentliche Hand zur Schadensersatzleistung verpflichtet, wenn die Täter nicht ermittelt und haftbar gemacht werden können.

Auf dies alte Gesetz beriefen sich *die Menten-Anwälte, als sie den* Kreisrat der Eire-Grafschaft Waterford vor Gericht brachten und erfolgreich Schadensersatz für das 1979 von Unbekannten in Brand gesteckte Menten-Anwesen „Comeragh House" in Leamybrien forderten.

Als die Brandstifter Benzin über die Treppe des angeblich mit kostbaren Kunstschätzen vollgestopften Hauses gossen und anzündeten, saß dessen Besitzer gerade in holländischer Untersuchungshaft. Der gebürtige Niederländer (inzwischen 86 Jahre alt) war nach der deutschen Besetzung seines Heimatlandes in die SS eingetreten und an der Deportation und Ermordung tausender Juden und Polen beteiligt. Dafür wurde er 1979 im Alter von fast 80 Jahren zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Im vergangenen März wurde Pieter Menten wegen seines schlechten Gesundheitszustandes vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er sechs Jahre der Strafe abgesessen hatte. Dublin erklärte ihn damals umgehend zur Persona non grata, so daß ihm *die Rückkehr auf die „Grüne Insel"* und nach „Comeragh House" für immer verwehrt bleibt. Dennoch blieb dem irischen Gericht bei der augenblicklichen Rechtslage keine andere Wahl, als dem Schadenersatzanspruch des jetzt in Holland lebenden Nazi-Verbrechers stattzugeben.

Pieter Menten gilt als Millionär und gehörte in Holland zu den bekanntesten Kunsthändlern und Antiquaren. (SAD)

Leute heute

Ganz exklusiv

Der Literaturnobelpreis läßt immer noch auf sich warten, und auch in der Heimat wurde **Graham Greene** (81) bislang stiefmütterlich behandelt, wenn es um Ehrungen ging. Jetzt zeichnete **Königin Elizabeth** den bekanntesten lebenden Romancier des Landes mit dem Order of Merit aus. Als eine Art Wiedergutmachung des Kulturestablishments, sagt man auf der Insel. In den Reihen des exklusivsten Klubs Englands tauchen so illustre Namen wie der von **Sir Henry Moore** oder **Sir Laurence Olivier** auf.

Ganz einfach

Über „Alltäglichkeiten" wie eine Gnaden- (nach 70 Jahren), Diamant- (nach 60) oder gar nur goldene Hochzeit können **Oliver Glenn** (99) und seine 98jährige Frau **Cora Lee** nur schmunzeln. Sie standen am 6. November 1904 als Jungverliebte vor dem Traualtar und sind damit das am längsten verheiratete Ehepaar Amerikas. Was das Geheimnis für über 80 Jahre Ehe sei, wurden sie bei der Rekordfeier in Elmore (Alabama) gefragt. „Ganz einfach", verriet Oliver Glenn, „nur die Liebe ..."

Ganz verschieden

Geht es nach den Wünschen **Nancy Reagans**, findet der nächste Ost-West-Gipfel auch auf dem Nebenschauplatz „Supermarkt" statt. Mit einer solchen Feldstudie möchte die Gattin des amerikanischen Präsidenten **Raissa Gorbatschowa** und ihrem Mann **Michail** den „offenen Charakter" der amerikanischen Gesellschaft zeigen. „Dort können Sie ganz verschiedene Leute sehen", verspricht die First Lady ihren Gästen aus der Sowjetunion mit Blick auf den gemeinsamen Bummel.

Fast Wand an Wand mit Haremhab

Englische Presse feiert Fund des Maya-Grabes / „Plünderer waren sicher auch schon da"

PETER MICHALSKI, **London**

„Der wichtigste archäologische Fund seit der Entdeckung des Grabes von Tutanchamun vor 64 Jahren" – in den Schlagzeilen der englischen Presse herrschte gestern kein Zweifel daran, daß der Zufallseinstieg in den Bestattungskomplex des Pharaonenberaters Maya und dessen Frau Merit (vgl. WELT von gestern) diesen Superlativ verdient.

In einem Gespräch mit der WELT warnte Dr. Geoffrey Spencer, Ägyptologe am Britischen Museum in London, jedoch vor einer voreiligen Wertung: „Die Forscher haben bis jetzt nur einen Blick in die Vorkammer tun können. Sie berichten von riesigen Mengen Sand und Schutt. Vorläufig läßt sich überhaupt nicht sagen, was sie in der Grabkammer selbst finden werden." Es liege im Bereich des Möglichen, daß das Dach der Grabkammer eingestürzt sei, sagte Spencer. „Und es muß als höchst unwahrscheinlich gelten, daß das Grab nicht wiederholt von Plünderern heimgesucht worden ist", gab der Wissenschaftler zu bedenken.

Nach ersten Berichten wird die Hauptbedeutung des Grabes in den Inschriften und Reliefs liegen. „Sie sind hervorragend erhalten, und es ist damit zu rechnen, daß sie uns neuen *Aufschluß sowohl* über *Mayas Karriere* als auch über die Geschichte des Knaben-Pharaos Tutanchamun und seines Generals und Nachfolgers Haremheb liefern", glaubt Spencer.

Ob die Grabkammer auch Sarkophage und andere Kunst- und Kultgegenstände von großem materiellem Wert enthält, können erst die Ausgrabungen in den kommenden Monaten und Jahren nachweisen. Das Grab des Gottkönigs Tutanchamun im „Tal der Könige" gilt nach wie vor als einzigartig, weil es mehr als 3000 Jahre unangetastet geblieben war.

Spencer, der erst vor wenigen Tagen von der Ausgrabungsstätte auf dem Gräberfeld von Sakkara zurückgekehrt ist, teilt indes nicht die Vorbehalte, die Mahmud Abdel-Rasek, Generaldirektor der ägyptischen Antikenverwaltung, an der Bedeutung Mayas angemeldet hat.

„Er war mehr als nur ein Lagerhausverwalter"

Abdel-Rasek hatte Maya lediglich als „Verwalter unterägyptischer Lagerhäuser" abqualifiziert. Der englische Ägyptologe verweist dagegen auf Inschriften in der *Pharaonenstadt* Theben, die Maya als „Schatzmeister" ausweisen sowie als „königlichen Schreiber und Oberaufseher am Ort der Ewigkeit". „Wir wissen, daß er unter Tutanchamun diente und eine sehr hohe Funktion bekleidete. Zwei Statuetten in der Grabkammer des Pharao stammen von Maya, darunter eine Darstellung Tutanchamuns auf dem Totenbett, flankiert von zwei Vögeln als Symbol der Doppelseele des Verstorbenen. Das beweist eindeutig, daß Maya mehr war als ein bloßer Lagerhausverwalter in Unterägypten."

In der Tat gilt Maya als der Bewahrer des Erbes von Tutanchamun und als der große Widersacher Haremhabs. Tutanchamun kam als Neunjähriger auf den Thron und starb mit 18 Jahren. Sein Nachfolger General Haremhab versuchte bei der eigenen Thronbesteigung, alle Spuren Tutanchamuns zu tilgen. Es wird vermutet, daß er sogar die Zerstörung von Tutanchamuns Grab plante und nur von Maya daran gehindert wurde.

Mayas Grab liegt fast Wand an Wand mit dem Haremhabs. Es wurde vor mehr als hundert Jahren von dem deutschen Ägyptenforscher Richard Lepsius entdeckt, vor den Ausgrabungen aber von Sandstürmen wieder verschüttet. Sein Wiederentdekker, Dr. Geoffrey Martin vom Londoner University College, fahndete seit Jahren nach der Stätte und war 1975 erfolgreich.

Bis vor wenigen Tagen hatten er und das *achtköpfige* internationale Forscher-Team keine Ahnung, wie nahe sie ihrem Ziel, dem Grabmal Mayas, waren. Am Samstag stiegen er und sein holländischer Kollege Dr. Jacobus Van Dijk einen 15 Meter tiefen Schacht hinab: „Am Fuß stellten wir fest, daß Grabräuber eine Wand durchbrochen hatten. Wir kletterten durch den Spalt, und auf einmal merkten wir, daß wir in der Vorkammer zum Grab Mayas standen. Es war ein großartiger Augenblick." (SAD)

